



WIDERSTAND GEGEN TOTALITÄRE HERRSCHAFT UND IDEOLOGISCHEN ZWANG

18. bis 20. Mai 2001 • Halle/S.

Gemeinsame Veranstaltung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen (5. Kongress)

TAGUNGSBAND

Abbildungen auf dem Umschlag:

Podium mit Wolfgang Schwanitz, Heidi Bohley, Wolfgang Kusior und Marianne Birthler (Foto: Anja Siebeneicher)

Gedenken im „Roten Ochsen“ (Foto: LStU Sachsen-Anhalt)

Empfang im Rathaus Halle (Foto: Reinhard Dobrinski)

Die Wiedergabe des Stadtplans erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Stadtvermessungsamtes Halle (Saale); Kartengrundlage: Amtliche Stadtkarte Halle (Saale), Stadtvermessungsamt. Jede Art der Vervielfältigung bedarf der schriftlichen Genehmigung des Stadtvermessungsamtes.

(Der Stadtplan wird in der Netzversion nicht wiedergegeben)

Impressum

Herausgegeben durch die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Sachsen-Anhalt, Thüringen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren/Referenten die Verantwortung

Magdeburg, Dezember 2001

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung

Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang

Tagungsprogramm	2
Einführung	4
Grußwort – Dr. Manfred Püchel	5
Freitag, 18. 05. 2001	
Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang – Wolfgang Templin	10
Empfang im Stadthaus	
Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	25
Edda Ahrberg	28
Samstag, 19. 05. 2001	
Grußworte der ausländischen Gäste	29
Aliaksandr Bialiatski	31
Ivan Bedniakov	35
Ioan Ilban	38
Berichte aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen	40
Sonntag, 20. 05. 2001	
Vorstellung von Projekten aus Sachsen-Anhalt	
Der 17. Juni 1953 in Halle (Anmerkungen zu einer Ausstellung)	79
Die Publikationen des Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. über das Wirken des MfS in der Medizinischen Akademie Magdeburg (MAM)	82
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.: „Heringsbahn“	88
Berufsschulzentrum Dessau: „10 Jahre deutsche Einheit – Die Wende in der DDR“	93
Der Gertraudenfriedhof (Feld 39) in Halle: Vorstellung eines Gestaltungsentwurfs	96
Podiumsdiskussion „Wie lässt sich Vergangenes an heutige und zukünftige Generationen vermitteln?“	98
Anhang: Faltblatt „Macht contra Zivilcourage“	109

Freitag, 18. Mai 2001

- 18.00 **Eröffnung des Kongresses**
Begrüßung: Edda Ahrberg (LStU Sachsen-Anhalt)
Grußwort: Dr. Manfred Püchel
(Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt)
- 18.15 **Eröffnungsvortrag:** Wolfgang Templin
„Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“
- 20.00 **Empfang im Rathaus** durch die Stadt Halle (mit Abendessen)
Grußworte: Ingrid Häußler
(Oberbürgermeisterin der Stadt Halle/S.),
Edda Ahrberg (LStU Sachsen-Anhalt),
Ioan Ilban (Rumänien)

Samstag, 19. Mai 2001

- 9.00 **Grußworte der ausländischen Gäste**
(Rumänien, Ukraine, Weißrussland)
Moderation: Jörn Mothes
(LStU Mecklenburg-Vorpommern)
- 11.00 **Berichte aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungs-
initiativen**
Moderation: Michael Beleites (LStU Sachsen)
- 13.45 **Politischer Stadtrundgang**
(Abfahrt der Busse vom Dorinhotel)
- A: Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit
(Außenstelle Halle des BStU mit einer Führung durch das
Archiv und Dokumentationszentrum)
- B: Gedenkstätte „Roter Ochse“ (Führung durch die Gedenkstätte)
- C: Der Herbst 1989 in Halle
(Ausstellung, Zeitzeugenvideo und Vortrag von Pfarrer Hans
Hanewinckel in der Georgenkirche)

- 16.00 **Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte „Roter Ochse“**
Moderation: Martin Gutzeit
(LStU Berlin)
- anschl. individuelle Besichtigungsmöglichkeiten der Gedenkstätte
- 19.30 **Berichte aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungs-
initiativen**
Moderation: Jürgen Haschke
(LStU Thüringen)

Sonntag, 20. Mai 2001

- 9.00 **Vorstellung von Projekten aus Sachsen-Anhalt**
- Verein „Zeit-Geschichte(n)“ e. V.: Der 17. Juni 1953 in Halle
(Anmerkungen zu einer Ausstellung – Udo Grashoff)
 - Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.: Die Inoffiziellen Mitarbei-
ter der Medizinischen Akademie Magdeburg (Dr. Klaus Kramer)
 - Grenzdenkmalverein Hötensleben: „Heringsbahn“
(Achim Walther)
 - Berufsschulzentrum Dessau: „10 Jahre deutsche Einheit – Die
Wende in der DDR“ (Schülerprojekt)
 - Der Gertraudenfriedhof (Feld 39) in Halle: Vorstellung eines
Gestaltungsentwurfes (Steffi Kaiser)
- Moderation: Edda Ahrberg (LStU Sachsen-Anhalt)
- 11.00 **Podiumsdiskussion** zur Umsetzung von Bildungsangeboten
„Wie lässt sich Vergangenes an heutige und zukünftige
Generationen vermitteln?“
Heidi Bohley (Verein „Zeit-Geschichte(n)“ e. V.),
Rolf Schwanitz (Staatsminister im Bundeskanzleramt),
Marianne Birthler (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR),
Moderation: Wolfgang Kusior
- 13.00 Abschluss der Veranstaltung mit einer
Gedenkminute auf dem Gertraudenfriedhof

Vom 18. bis 20. Mai 2001 trafen sich in Halle auf Einladung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Es war der fünfte Kongress dieser Art.

Das Thema der Tagung lautete „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“. In Vorträgen und Diskussionen ging es besonders um folgende Schwerpunkte: Das Gedenken an die Menschen, die die kommunistische Gewaltherrschaft nicht überlebt haben, die Vorstellung von Projekten, die Erfahrungen dieser Menschen an die Nachgeborenen weitergeben wollen und die Diskussion um Entschädigung und Wiedergutmachung für erlittenes Leid. Die Diskussion zum dritten Thema stand unter dem Schatten der Entscheidung des Bundestages vom 18. Mai 2001 mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zwar die Renten der MfS-Mitarbeiter anzuheben, aber die Einführung einer Verfolgtenrente abzulehnen.

Wie in jedem Jahr nahmen auch Gäste aus Osteuropa teil. Diesmal waren es Ioan Ilban aus Rumänien sowie Ivan Bedniakow und Aliaksandr Bialiatski aus Weißrussland. Leider war es nicht gelungen Gäste aus der Ukraine zu bewegen, nach Deutschland zu kommen. Aufgrund der politischen Situation in ihrem Land hatten sie Angst vor den Folgen. Mit Bedauern haben das die Teilnehmer des Kongresses zur Kenntnis nehmen müssen.

Die Mitglieder der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen verfassten im Verlauf der Tagung eine Resolution zur Verbesserung ihrer Situation. Diese wurde von den Veranstaltern unterstützt.

Die Veranstaltung wurde in großen Teilen aufgezeichnet. Bei einigen Beiträgen war die Aufzeichnung nicht möglich, ein Abdruck ist deshalb nicht erfolgt. Die Beiträge wurden geringfügig redaktionell überarbeitet. Allen, die bereit waren, ihre Texte noch einmal zu bearbeiten, sei herzlich gedankt.

Die Tagung stieß wie in jedem Jahr auf großes Interesse. Es wurde beschlossen, die nächste Konferenz vom 31. Mai bis 2. Juni 2002 in Leipzig durchzuführen.

Dr. Manfred Püchel

Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Frau Ahrberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße sie hier ganz herzlich in Halle zur gemeinsamen Veranstaltung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Als ich Ihre Einladung erhielt, dachte ich zum einen sofort an meinen Schwiegervater, der Ende der fünfziger Jahre aus politischen Gründen in Bautzen eingesperrt war. Die Erinnerung an Verhaftung, Verurteilung und Haftzeit hat ihn sein Leben lang nicht mehr losgelassen. Meine Schwiegermutter wusste lange Zeit gar nicht, wo er geblieben war. Leider verstarb er einige Zeit vor der Wende und konnte so den Zusammenbruch des DDR-Regimes nicht mehr miterleben. Würde er noch leben, wäre er vielleicht heute auch hier anwesend und würde vielleicht auch eben so wie der Herr dort hinten, über die Entscheidung des Bundestages mit Unverständnis reagieren.

Meine Damen und Herren, zum zweiten wurde ich bei Ihrer Einladung an das Frühjahr '91 erinnert. Damals fand im Berliner Reichstag auf Einladung des Leipziger Bürgerkomitees die erste Veranstaltung zum Stasi-Unterlagen-Gesetz statt. Im Ergebnis dieser Runde wurde eine Gruppe gebildet, der u. a. Landtagsabgeordnete aus allen neuen Bundesländern angehörten und die die Erarbeitung des Stasi-Unterlagen Gesetzes durch den Bundestag begleiten sollte. Dieser Gruppe gehörte auch ich als Landtagsabgeordneter an. Wir konnten zwar nicht sehr viel bewegen, aber auf unsere Initiative hin wurde wenigstens ins Gesetz die Institution der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen aufgenommen. Kompetenzen und Aufgaben sollten in Ländergesetzen fixiert werden. Anfang '92 legte ich für Sachsen-Anhalt einen ersten Geszentwurf vor, der dann durch die Landtagsmehrheit im Landtag stark zurückgestutzt wurde, aber ich denke schon, dass die Kompetenzen und Aufgabenbereiche so gestaltet sind, dass Frau Ahrberg in Sachsen-Anhalt eine erfolgreiche Arbeit leisten kann, so wie wir sie kennen. Mit Frau Ahrberg wurde in Sachsen-Anhalt eine kompetente und integre Person gewählt, die auch wieder im Amt bestätigt wurde. Ich danke Ihnen ganz herzlich dafür für das, was sie gerade auch in diesem Bereich, um den es heute geht, in unserem Lande tun. Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie so zahlreich der Einladung gefolgt sind, sich drei Tage lang mit der Thematik „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“ auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus hoffe ich, dass Sie bei Ihrem Besuch auch Halle ein wenig kennen lernen. Gehen Sie beim politischen Stadtrundgang ruhig mit offenen Augen durch diese Stadt, die früher als „Diva in grau“ bezeichnet wurde. Sie

hat sich, glaube ich, beeindruckend entwickelt. Ich habe Anfang der 70er Jahre hier studiert und kenne sie von damals noch. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich hier bin. Besonders empfehlen möchte ich Ihnen den Besuch der Altstadt. Wäre die Wende nicht gekommen, wäre statt liebevoller Restaurierung flächendeckender Abriss und Neubau von Plattenbauten erfolgt, getreu dem alten Spruch, den wir alle noch kennen „Ruinen schaffen ohne Waffen“.

Meine Damen und Herren, wenn ich vor einer Zuhörerschaft spreche, die fast ausnahmslos mit der DDR in einen grundsätzlichen Konflikt geriet, klingt eine bedrückende Saite in mir an, bei allem Fortschritt, den es seit 1989 gegeben hat. Es ist kaum erträglich, um nur zwei aktuelle politische Ereignisse zu nennen, wenn bei Bürgermeister- und Landratswahlen alte sehr hochrangige Kader antreten oder alte MfS-Generäle die angebliche Verfolgung ehemaliger Mitarbeiter der Stasi in der Bundesrepublik Deutschland beklagen. Das ist für mich unerträglich, denn es fühlt sich an wie eine fort-dauernde Wiederholung des geschehenen Unrechts. Verstandesmäßig wissen wir natürlich, dass diese Freiheiten und Rechte, die hier in Anspruch genommen werden, direkte Errungenschaften der Wende sind: Meinungsfreiheit, Demokratie und Pluralismus auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Jedoch manchmal verspüre ich Zorn. Ich jedenfalls würde mir wünschen, dass Menschen, die mit und in der DDR gefehlt haben, Ihre Zukunft im wiedervereinigten Deutschland nicht unbedingt in der Politik suchen.

Meine Damen und Herren, das Thema Ihres diesjährigen Kongresses lautet nicht „Aufarbeitung totalitärer Gewaltherrschaft und ideologischen Zwangs“, sondern Widerstand hiergegen. Sonst wäre ich jetzt gehalten, Ausführungen zur Rehabilitierung von vom SED-Unrechtsregime Verfolgten zu machen. Ich weiß, dass dies ein gewisses Maß an Unzufriedenheit verbreitet, vielleicht bei manchen von Ihnen sogar Verbitterung erzeugt hat, weil die Rehabilitierung in bürokratischen Bahnen läuft und auch die Rechtsgrundlagen, die aber anzuwenden sind, nicht immer Ihre ungeteilte Zustimmung finden. Aus meiner täglichen Arbeit als Innenminister kann ich Ihnen versichern, dass ich mich jedenfalls dafür einsetze, dass jede Entscheidung eine Einzelfallentscheidung bleibt und dass jedem Antragsteller gegenüber auch deutlich wird, dass er kein Routinefall ist.

Meine Damen und Herren, der Eröffnungsvortrag wird heute von Wolfgang Templin gehalten. Auch Wolfgang Templin weiß, wie Sie alle, was Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang in der DDR bedeutete und welche Folgen er hatte. In seinem Fall folgte der Entlassung aus dem Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR und dem Austritt aus der SED ein Berufsverbot. Die Notwendigkeit,

den Lebensunterhalt zu verdienen, führte dazu, dass er heute in seiner Berufsbiographie Tätigkeiten wie Putzhilfe, Waldarbeiter oder Heizer aufweisen kann, aufweisen muss. Wolfgang Templin wurde schließlich 1988 wegen „landesverräterischer Agententätigkeit“ verhaftet und in die Bundesrepublik abgeschoben. Eine häufig geäußerte Ansicht lautet, dass die DDR eine Nischengesellschaft war, in der jeder sein Auskommen hatte – in der DDR habe man in relativer materieller Sorglosigkeit in den Tag leben können und dem Ruhestand gelassen entgegensehen können. Diese Darstellung der DDR als Nischengesellschaft ist eine Weichzeichnung einer weitaus härteren Wirklichkeit, denn denen, die sich einmischten, zeigte der Staat sein wahres Gesicht. Ich nehme an, dass Wolfgang Templin darüber berichten wird, warum er begann, sich einzumischen, warum er zum Widerständler wurde. Wenn ich mit jungen Menschen über ihre Zukunft spreche, benutze ich manchmal das Bild vom Wertekompass, den jeder Mensch in sich trägt und der ihm die Richtung zeigt, was gut und was böse ist. Vielleicht sollte dieser Kongress auch der Frage nachgehen, inwieweit ideologischer Zwang auch das Wertesystem des Einzelnen nachhaltig zu beeinflussen vermag und ob dieses überhaupt möglich ist. In einem Zeitungsinterview vom 7. November 1989 äußerte Wolfgang Templin die Ansicht, dass ein Teil der Opposition der DDR sehr empfindlich auf Rezepte von außen reagieren würde und selbständig über die weiteren politischen Schritte entscheiden wolle. Vielleicht werden die Gäste aus Rumänien oder Weißrussland morgen etwas dazu sagen, wie hilfreich Anteilnahme und Unterstützung aus dem Ausland in ihren Ländern war und ist. Dies würde die Antwort auf die Frage erleichtern, wie Deutschland heute Menschen bei ihrem Kampf gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang in ihren Heimatländern unterstützen kann.

Für mich ist als Sozialdemokrat ein wesentlicher Beitrag Deutschlands bei diesem Kampf ein Festhalten am Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Die Bundesrepublik Deutschland zeigt hiermit Flagge, dass es für die, die sich in ihren Heimatländern gegen totalitäre und ideologische Unterdrückung wenden, einen sicheren Hafen gibt, dass wir die, die für unsere Werte kämpfen, nicht allein lassen. Die entscheidende politische Auseinandersetzung zum Grundrecht auf Asyl wird in Deutschland übrigens nicht um den Verfassungsartikel selbst geführt. Die Auseinandersetzung findet viel mehr im Ringen um ein stimmiges Zuwanderungskonzept statt. Nur wenn Wirtschaftsflüchtlinge eine echte Perspektive auf Zuwanderung außerhalb des Asylrechts erhalten, wird das Asylrecht entlastet und kann seine wahre Funktion als Rettungsanker für politisch Verfolgte wieder großzügig erfüllen. Insofern findet dieser Tage in Deutschland ein Meinungsbildungsprozess statt, der

wesentliche Auswirkungen auf Deutschlands Beitrag zum Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang weltweit hat.

Meine Damen und Herren, in Deutschland sind totalitäre Herrschaft und ideologischer Zwang überwunden. Aufgabe bleibt, die Erinnerung hieran nicht verblassen zu lassen. Morgen werden Sie die Gedenkstätte „Roter Ochse“ besuchen – ein Ort, der Vergessen unmöglich macht. Im „Roten Ochsen“ waren sowohl während der Nazizeit als auch in der Sowjetischen Besatzungszone sowie in der DDR politische Häftlinge eingesperrt. Wenige Tage vor der Eröffnung dieser Gedenkstätte wurde bekannt, dass ein Häftling, der während der Nazizeit als politischer Häftling mehrere Jahre im „Roten Ochsen“ inhaftiert war, nach dem Kriege oberster Aufseher aller Gefängnisse in der DDR wurde, auch des „Roten Ochsen“, in dem wieder politische Häftlinge inhaftiert waren. Dies zeigt die Ambivalenz der Geschichte dieser Gedenkstätte.

Meine Damen und Herren, umfangreiche Forschungen erweiterten in den letzten Jahren unseren Kenntnisstand zu den Menschenrechtsverletzungen im „Roten Ochsen“ ganz erheblich. So kennen wir nun das Schicksal der dort Hingerichteten weitgehend vollständig. Dieses hat durchaus eine Bedeutung, die weit über die Grenzen dieser Stadt hinausreicht. Vor ca. einem halben Jahr erst haben z. B. nach über 50 Jahren französische Staatsbürger erfahren, dass ihre bisher verschollenen Angehörigen im „Roten Ochsen“ hingerichtet wurden. Wir haben Kenntnis erhalten von den Haftabläufen, von dem Alltag der Gefangenen. Dies ist von ganz entscheidender Bedeutung für die inhaltliche Arbeit der Gedenkstätte. In der DDR wurde über diese Geschehnisse unzulänglich und vollkommen einseitig berichtet. In erster Linie auch deshalb, um davon abzulenken, dass in diesem Gebäude weiter Unrecht geschah. Erst heute ist eine wahrheitsgemäße Vermittlung möglich. Über die Justizpraxis der sowjetischen Besatzungszone im „Roten Ochsen“ wissen wir vergleichsweise wenig, da uns die russischen Archive nicht zur Verfügung stehen. Wir sind auf Rehabilitierungsunterlagen angewiesen, die uns von einzelnen Betroffenen ausgehändigt wurden. Vor Kurzem haben wir deshalb mit der Stiftung für Sächsische Gedenkstätten die seit Jahren über Forschungsbeziehungen zu den russischen Archiven verfügt, eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Hinsichtlich der MfS-Zeit ist einzuschätzen, dass die Unterlagen aus den 50er und den frühen 60er Jahren weitgehend vernichtet sein dürften. Für die anderen Bereiche haben wir umfangreiche Forschung betrieben und konnten unser Wissen stark erweitern. Ich bin froh, dass wir heute feststellen können, dass auf Grundlage dieser Forschungen die Angebote für Besucherinnen und Besucher in den letzten Jahren umfangreich erweitert werden konnten. Sie können sich morgen davon über-

zeugen. Die Gedenkstätte wird sehr gut angenommen. Im letzten Jahr besuchten sie allein 14.000 Menschen. Die Gedenkstätte wird weiter ausgebaut. Wir gehen hier ungewöhnliche Wege. Seit einem Jahr bekommen die Bundesländer einen Anteil aus der Glücksspirale für Zwecke in ihren Ländern. Drei Viertel dieser Anteile, das ist eine Million Mark im Jahr, verwenden wir auf meine Initiative hin nur für Gedenkstätten in diesem Lande, d. h. hier für den „Roten Ochsen“, für Marienborn, auch für das Stasigefängnis Moritzplatz in Magdeburg. Wir benutzen das Geld, um die Arbeiten fortzusetzen, die Planungen sind eingeleitet. Unser Ziel ist es, die Maßnahmen so zu gestalten, dass der Umbau mit einem Kostenaufwand von knapp 2 Millionen Mark bestritten werden kann. Ende 2003 wird die Gedenkstätte dann ihren endgültigen Charakter, ihre endgültige Form erhalten haben und wird dann ausführlich Auskunft geben über die Zeit in der DDR, vor allen Dingen auch über die Menschen, die hier gelitten haben und im „Roten Ochsen“ gelitten haben. Ich denke, dass Land Sachsen-Anhalt leistet hier einen substantiellen Beitrag zum Kampf gegen das Vergessen. Auf die Frage Ihrer Podiumsdiskussion am Sonntag: „Wie lässt sich Vergangenes an heutige und zukünftige Generationen vermitteln?“ wird man dann spätestens Ende 2003 für Halle mit Fug und Recht antworten können: „Durch einen Besuch im ‚Roten Ochsen‘!“

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich Sie auf die zweite unserer drei Gedenkstätten für diese Epoche hinweisen, und das ist eine noch bedeutendere Gedenkstätte, und zwar die für Deutsche Teilung in Marienborn. Das ist die einzige erhaltene Grenzübergangsstelle der DDR, an der plastisch an das unmenschliche Grenzregime der DDR erinnert wird. Gerade für junge Menschen ist diese Gedenkstätte ungeheuer wichtig, auch um einer Geschichtsklitterung vorzubeugen, wie sie fast täglich in der Bundesrepublik geschieht. Das Land Sachsen-Anhalt hat sich zu dieser Gedenkstätte bekannt, trotz des enormen finanziellen Aufwandes. Hier werden ca. sechs Millionen Mark investiert. Davon erhalten wir drei Millionen Mark vom Bund und hier bin ich dem ehemaligen Staatsminister Naumann sehr dankbar, der hier in der Nähe von Halle aufgewachsen ist, Kindheit und Jugend verbracht hat. Dann in die Bundesrepublik ging und der sich dafür eingesetzt hat, dieses Geld hierfür zu verwenden. Die Frage danach, wie man Menschen motiviert, diese Gedenkstätten auch aufzusuchen, wird natürlich zentrales Thema auf Ihrer Podiumsdiskussion am Sonntag sein.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen für diese Diskussion und für alle anderen Tagesordnungspunkte Ihres Kongresses einen guten und erfolgreichen Verlauf und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freitag, 18. 05. 2001

Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang

Wolfgang Templin

Freier Publizist, Berlin

Meine Damen und Herren, liebe Freunde. Ich bin mir der Bedeutung bewusst, hier vor Ihnen und zu diesem Anlass sprechen zu können. Über meine Person möchte ich nichts weiter sagen, weil der Preis, den ich selbst und den viele Andere meiner Generation für Widerstand gezahlt haben, in der Regel viel geringer war, als der von Angehörigen anderer Generationen, die ich hier auch im Saal sehe. Bei allen Unterschieden des Alters, der individuellen Situation und der nationalen Zugehörigkeit hat uns im Nachkriegsdeutschland, in der SBZ/DDR, aber auch in den anderen Ländern des sozialistischen Blocks eine ganze Menge von Erfahrungen und Lebenssituationen vereint, die in der stalinistischen Phase andere Züge aufwiesen als in den Jahrzehnten danach. Aber die Erfahrungen, die wir früher oder später gemacht haben, zeigen uns heute: totalitäre Herrschaft hat in diesem System, hat in diesem Block nie aufgehört. Sie hat ihre Form gewandelt, sie hat ihre Methoden verändert, aber der Anspruch auf den ganzen Menschen – auf die Verfügungsgewalt über Menschen, also darauf, selbständige, freidenkende Individuen zu Sklaven zu machen –, dieser Anspruch zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieser Jahrzehnte. Das ist für mich ein erster Punkt, der für die Frage „Widerstand in totalitären Systemen“ wichtig ist. Und dann eben die Bedeutung des Widerstands selbst im Bewusstsein – in der Erfahrung – der Beteiligten. Widerstand in ganz verschiedenen Formen – auch nach Zeiten und Situationen zu unterscheiden. Widerstand, der sich in großen Ereignissen, Jahrestagen niederschlug, aber auch Widerstand, der individuelle Verweigerung bedeuten konnte.

Das Recht auf die eigene Entscheidung und die eigene Person – festgehalten in schwierigen Situationen und auch Grenzsituationen. Zu den großen Ereignissen, zu den Jahrestagen, zu den Erinnerungen, die sich daran knüpfen, will ich nur einige Beispiele herausgreifen – bewusst wiederum nicht nur auf ein Land beschränkt, weil die Verbindung dieser Ereignisse untereinander, der Bezug aufeinander, die fortwirkenden Erinnerungen und der Erfahrungsprozess, der sie verbindet, länderübergreifend sind. Und deswegen bin ich so froh, dass wir zu dieser Veranstaltung internationale Gäste haben, dass wir uns nicht nur selbstbeschränkt auf die Deutsche Widerstandsgeschichte beziehen, sondern wissen, dass geteiltes Schicksal vorher – die Bereitschaft sich dagegen aufzulehnen – das ist, was uns bis heute zusammenhält und verbindet. Etwas, was den 17. Juni 1953 mit dem polnischen und dem ungarischen Herbst verbindet.

Und wir dürfen uns nichts vormachen. Bis heute sind die einfachen Wahrheiten über diese Ereignisse nicht Allgemeingut. Bis heute sind Mythologien und Geschichtslegenden, oft auch aus totalitären Versuchungen gespeist, präsent. Über 1953 höre ich bis heute das eingrenzende, abwertende Wort vom ökonomisch bestimmten Arbeiterprotest. Übersehen wird die politische Dimension dieses Aufstands, dass er von den ersten Streiks und Protesten in Berlin wie ein Lauffeuer übergriff, dass er Menschen ganz unterschiedlicher Berufsgruppen, Generationen, Erfahrungen erfasste und für wenige Tage beieinander hielt, dass er binnen kürzester Zeit in Forderungen mündete und in der Kraft eines Massenprotestes, dem das Regime alleine hätte erliegen müssen. Aber dieses Regime stützte sich auf die sowjetischen Panzer. Die Forderungen zeigten ganz deutlich: Hier standen sich die totalitäre Barriere und der Freiheitswillen gegenüber. Es waren die Forderungen nach freien Wahlen, Forderungen nach einem Generalstreik, nach dem Rücktritt der Regierung, Forderungen, die gesamtdeutschen Charakter hatten und klar machten – das Bewusstsein füreinander war da. Solche Forderungen lassen sich weiß Gott nicht auf ökonomische Interessenlagen reduzieren. Eine Interpretation, die solches heute tut, geht davon aus, Widerstand, den Mut zum Widerstand und die Menschen, die ihn vertreten, wieder zu Randnotizen der Geschichte zu machen und eine andere Art von Geschichtsinterpretation zu liefern. Auf diesen Versuch will ich gleich noch kommen.

Wenn ich '53 im furchtbaren und tragischen Scheitern sehe, in der Traumatisierung, die es auslöste, in der Unmöglichkeit, daran positiv anzuknüpfen, dann kann ich schon auf ein anderes Datum kommen: auf 1956, das für das Bewusstsein der damit verbundenen Akteure sehr verschiedene Ergebnisse hatte. Ich meine hier mit 1956 nicht nur Ungarn, die furchtbare Erfahrung des niedergeschlagenen Ungarn-Aufstandes, ich meine auch Polen, den zaghaften und nicht erfolglosen Versuch, die Tore zur Freiheit schon etwas zu öffnen. Die zwar illusionäre, aber wichtige Hoffnung, es könne von innen heraus doch noch eine Liberalisierung geben, die sogenannte polnische Tauwetterperiode. Und auch hier ist das zunächst nur kleine Öffnen einer Tür durch den Druck von unten entstanden, nicht durch die Einsicht einer mit dem totalitären System verbundenen regierenden Schicht oder vielleicht von „Frühen Reformern“. Derjenige, der damals in Polen die Macht übernahm und eine Reihe von Jahren später unter sehr unwürdigen Umständen abgeben musste, Gomulka, war alles andere als jemand, der dieses System verändern wollte. Er hatte nur die Erfahrung der selbstmörderischen Mechanismen dieses Systems am eigenen Leibe gemacht, saß selbst im Zuchthaus. Seiner kommunistischen Härte und seinem totalitären Anspruch hat das keinen Abbruch getan.

Wir haben als ein weiteres Datum, als eine große, als eine ansteckende, aber unrealistische Hoffnung den Versuch von 1968, den Prager Frühling. Auch hier: Nicht eine Bewegung, die primär aus dem Apparat kam, sondern eine Bewegung, die andere Teile der Gesellschaft erfasste, ansteckte, die Intellektuelle ergriff, die in weite Teile der Gesellschaft hineinreichte und die angesichts der Negativerfahrung des letzten Jahrzehntes – der fünfziger Jahre – und der tatsächlichen Veränderung darauf setzte, im ersten Schritt zu Reformen und dann zu einem Systemwandel zu kommen. Der Preis, der '68 gezahlt wurde, die zerschlagenen, zerstörten Hoffnungen sind nur allzu bekannt – ebenso alle späteren Ereignisse, die Dynamik der Massenproteste in Polen bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, das Entstehen und die Wirkung von Solidarnosc und dann die Kettenreaktion in den achtziger Jahren. Diese ganze Dynamik zeigt: Es handelte sich um ein System, das durch keine inneren Veränderungen – positiven Wandlungen – reformiert, liberalisiert werden konnte. Es war ein System, das aus Gründen innerer Lebensunfähigkeit letztlich zusammenbrach. Aber ein System, dessen Träger sich bis zuletzt mit unterschiedlichen Methoden an die Macht klammerten und sich verteidigten. Ein System also, was ohne den Druck von unten, ohne den Widerstand, nicht zu diesem Ende gekommen wäre und was vor allem die Beteiligten in einer noch viel schlimmeren Situation zurückgelassen hätte.

Dieser Sicht, die ich hier vertrete und die viele von Ihnen sicher teilen, steht eine ganz andere gegenüber. Heute aktuell von Historikern, von Zeitgenossen, von Interpreten der Geschichte, von ganzen Teilen der Eliten geteilt, die sagen: Schön und gut, wenn über diese Ereignisse geredet wird – das war ja heroisch, das war idealistisch, diese Opfer muss man anerkennen. Aber der Geschichtsprozess bewegt sich doch wohl nicht so – da waren doch die inneren Maulwürfe am Werk. Und dann fallen sofort Namen wie Gorbatschow, dann fallen die ungarischen Reformer, dann fallen auch aus Polen Namen und dann findet man sogar in dieser vermickerten Geschichte der DDR noch ein paar positive Gestalten, auf die ich auch noch kommen werde. Ich will hier eins nicht tun. Ich will nicht die Leistung derer, die sich tatsächlich um eine Öffnung bemühten – und ich könnte Namen nennen –, gegen die Entschiedenheit und den Widerstand derer, die daran nicht mehr glaubten, ausspielen. Ich will auch jemandem wie Gorbatschow nicht jeden historischen Kredit absprechen. Aber ich möchte unmissverständlich in dieser Runde auf eins hinweisen: Jemand wie Gorbatschow, der das System nicht überwinden sondern retten wollte, der im Fakt Wesentliches zur Überwindung des Systems betrug und vor allem zu seinem unblutigem Ende, der war bis zum Schluss an die Dimension, an die Horizonte dieses Systems gebunden und er brauchte vor allem einige teuer bezahlte und furchtbare Erfahrungen, um

sich bis zu dieser Konsequenz als Reformers durchzuarbeiten. Er brauchte die Erfahrung des Desasters in Afghanistan und er brauchte die polnische Erfahrung. Er wusste, dass der Preis, den die Sowjetunion für den erneuten klassischen Versuch, die Bewegung in den Blockländern niederzuhalten und zu stoppen, zahlen müsste, selbstmörderisch war: Bürgerkrieg in Polen. Diesen Preis nicht zahlen zu wollen, innerlich, als er noch nicht an der Macht war, und diesen Preis auch später nicht zahlen zu wollen, als die Sterbestunde des ganzen Systems schlug, das ist sein Verdienst – und, eine Veränderung in diese Richtung mit vorbereitet zu haben. Aber wie groß der Anteil des Überlebenswillens ist an historischer Weitsicht und wie groß der Anteil an wirklicher Überwindung, ist eine ganz andere Frage. Ich möchte an einem noch schwierigeren, jetzt aber in aller Aktualität vor uns stehenden historischen Beispiel dieses Dilemma verdeutlichen. In diesen Tagen steht vor einem Warschauer Gericht General Wojciech Jaruzelski – nicht dafür, dass er das System in verantwortlichen Positionen geleitet und vertreten hat, nicht für seine historische Rolle, sondern für einen bestimmten Ausschnitt seiner eigenen Geschichte, in dem er Verantwortung trug: Für die Schüsse von 1970, in einer Zeit als er Verteidigungsminister war, mit Streiks und Arbeiterunruhen auf den Werften. Genau um diesen Ausschnitt geht es. Wir sollten uns die Situation vielleicht noch einmal vergegenwärtigen, weil sie für die jetzige Diskussion und seine Rolle doch einigermaßen erheblich ist. Ich nannte 1956, und ich nannte den Altkommunisten Gomulka, der zunächst so etwas wie eine leichte Öffnung der polnischen Gesellschaft zwar nicht beförderte, aber duldete – auch aus Gründen einer gewissen Distanzierung zum großen Bruder, des Setzen auf die nationale Karte und eben auch eines Überlebenswillens zu damaligen Bedingungen. Aber den Preis für diese Freiheit wirklich zu akzeptieren, war eine Niederlage. Was wir dann in den sechziger Jahren vor uns haben – Ende der sechziger – ist die enttäuschte Reaktion der Gesellschaft, dass sich weder die wirtschaftlichen, die ökonomischen Hoffnungen, noch die Hoffnung auf eine durchgreifende Liberalisierung verwirklichen. Wir haben 1968 als ein Jahr, das ja nicht nur von den westlichen Studentenrevolten und von Prag geprägt ist, sondern auch von Warschau. Wir haben 1968 Studentenunruhen, aber auch antisemitische Kampagnen – von der polnischen Partei gesteuert und betrieben. Wir haben 1970 die Arbeiteraufstände, wo sich das System noch mal von seiner brutalsten Seite zeigt – schießen lässt – mit Dutzenden von Toten. Und wir sehen einen neuen „Hoffnungsträger“ – mit Sicherheit wieder ein Teil der anderen Interpretation, die ich schon erwähnte – auftauchen, Edward Gierek, unverbraucht, Parteisekretär aus der Provinz. Ein ganz anderer Typ als Gomulka, ausgestattet mit den Erfahrungen langjähriger westeuropäischer Emigration. Und Gierek ist es, der dann vor dem Tor der Werft steht, alleine –

dieses Format hatte er – und den Arbeitern sagt: hier stehe ich, ich will mit Euch reden. Er bringt es in stundenlanger Diskussion mit den Arbeitern als einzelne Person fertig, sie noch einmal für ein Reformprojekt zu begeistern, und ruft dann zum Schluss pathetisch in den Saal: Das ist es, was ich Euch sagen kann und das ist es, was ich an Veränderungen will. Und dann ruft er pathetisch in den Saal: Dazu brauche ich Euch, „pomoschetje“, helft ihr mir dabei. Suggestiv aus dem Saal kommt es zurück – ich werde diese mir auch nur aus der Überlieferung bekannte Szene nie vergessen –, das donnernde „pomoscheme“, wir helfen. Wieder eine nochmals entflammte – und mit Sicherheit können wir heute sagen enttäuschte – Hoffnung: Dieses kleine polnische Wunder, diese nochmalige kleine Liberalisierung, die im Westen mit riesengroßen Hoffnungen verfolgt wurde. Gierek war ja jemand, den man von Seiten westeuropäischer und auch westdeutscher Staatsmänner – Kanzler Schmidt damals – wirklich als Lichtgestalt sah. Die Grenzen seines Ansatzes, die nicht nur in seiner Person angelegt waren, sondern im notwendigen Scheitern dieses Bemühens, eine kreditfinanzierte Modernisierung hinzubekommen, die zeigten sich dann Mitte der siebziger Jahre: Auch hier wieder das Scheitern eines Reformers, der allerdings nicht unter so dramatischen Umständen wie sein Vorgänger, und nicht mit der Frage konfrontiert wie dann General Jaruzelski, abtrat.

Bei Jaruzelski – mit dieser Vorgeschichte – wird der Konflikt und Zwiespalt, der mit ihm verbunden ist, vielleicht noch deutlicher. Jaruzelski, auf der einen Seite Exekutor des Kriegsrechtes, auf der anderen Seite in den späten achtziger Jahren mit dem Kredit, die geordnete, die friedliche Machtübergabe der Kommunisten, den historischen Kompromiss, den polnischen runden Tisch selber mit gewollt, vorbereitet und durchgeführt zu haben. Dieser Jaruzelski war in den gesamten neunziger Jahren deswegen bei vielen in Polen, die selber auf verschiedene Weise mit der eigenen Geschichte verbunden sind, heiß umstritten. Ich nenne einen für viele von Ihnen sicher bekannten, positiv bekannten Namen: Adam Michnik – einer der wichtigsten, bekannten polnischen Oppositionellen der jüngeren Generation, Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Arbeiterrechte in den siebziger Jahren, Solidamosc-Aktivist in den achtziger Jahren, im Untergrund tätig, mehrfach verhaftet. Er ist neben Vaclav Havel, neben ungarischen und sowjetischen Dissidenten jemand gewesen, der diesen eigenen Entwicklungsprozess seiner Erfahrung immer wieder reflektierte, darüber schrieb, dadurch auch für meine Generation in der DDR bekannt wurde und für uns – was das Ethos des Widerstandes die Konsequenz des Ausharrens betraf – eine ganz wichtige Rolle spielte. Er entschied sich nach '89 dafür – auch ein interessanter Diskussionspunkt denke ich für uns – nicht in die Politik zu gehen, also nicht in die Berufspolitik, sondern seine Rolle als kritischer öffentlicher

Intellektueller wahrzunehmen, und aus einem Unternehmen, was aus der momentanen Situation des Wahlkampfes entstand, der Wahlzeitung „Gazeta Wyborcza“ eines der wichtigsten polnischen publizistischen Unternehmen nach 1989 zu machen. Und was hat das nun mit Jaruzelski zu tun? In den letzten Jahren und gegenwärtig eine Menge. Denn im Versuch von Adam Michnik, mit der Geschichte und dem Verhältnis, was man heute dazu haben kann, umzugehen und der Haltung anderer Personen der Opposition, die eigentlich Michniks Erfahrung teilen, aber zu anderen Schlussfolgerungen kommen, offenbart sich ein Problem, vor dem wir selber mit eigenen Fragen häufig genug auch stehen. Michnik ist seit längerer Zeit der Meinung, die Verdienste einer historischen Person, wie Jaruzelski, sein Charakter als Reformers – seine Selbstüberwindung – zählten soviel, dass man ihn auf der positiven Seite der polnischen Geschichte sehen müsse. Darüber schrieb er. Er zeigte sich immer wieder offen mit Jaruzelski und doch, ohne dass man umgekehrt der Person dieses Generals nun jedes Verdienst absprechen kann, stellt die gegenwärtige Situation die drängende Frage: Wo war damals Jaruzelskis Verantwortung – nicht für die politische Situation und nicht für die Machtausübung, sondern dafür, dass es zu Schüssen kam – dafür, dass Menschen umgebracht wurden. Er war an verantwortlicher Stelle. In der Frage Bewertung von Widerstand, Bewertung von Verantwortung und nachträglichem Umgang damit, sind die ehemaligen Täter und diejenigen, die den Widerstand vertreten, die Opfer, geteilter Meinung. Nicht nur Täter und Opfer, sondern auch die Opfer untereinander kann die Frage trennen, welche Maßstäbe müssen wir anlegen, wenn es um das Äußerste geht, wenn Verantwortung zu harter Schuld führt, nicht nur für Übergriffe, sondern Verantwortung für Entscheidungen um Leben und Tod. Jaruzelski musste nicht selbst geschossen haben, um verantwortlicher Teil der Befehlskette zu sein, welche die Schüsse auslöste. Was uns zusammenhält, was uns vereint, ich ging zu Anfang schon darauf ein, ist die Frage, kein Vergessen zuzulassen, an der Bedeutung, am Gewicht und am Wert dieses Widerstandes festzuhalten und uns jeder verklärenden und abwertenden Interpretation entgegen zu stemmen, die sagt, das war zweitrangig. Da gibt es die schöne historiografische Formel von der objektiven Veränderung: eine Dynamik, welche die Antriebe und Entscheidungen der Beteiligten höchstens am Rand sieht. Wir müssen uns dem entgegenstemmen, aber wir merken zugleich in jeder Diskussion, dass es um mehr geht. Wir können als damals Beteiligte, als Zeitzeugen aus dieser Erinnerungshaltung über Versöhnung und über Vergeben reden, über Vergessen nicht. Wir müssen dabei für gemeinsame Werte und Haltungen einstehen – und uns darüber klar werden, wie sehen die heute aus, welche haben wir gemeinsam, wo müssen vielleicht Entwicklung und politische Entscheidung auch als Trennendes akzeptiert

werden. Auch darauf kommt es an. Wenn ich, um für viele – wenn nicht für alle hier – zu sprechen, einen solchen gemeinsamen Wert benenne, dann ist dieser, das Bestreben, das eigene Beharren auf dem Widerstand, für den wir stehen, wenn und wo es irgend geht mit dem Anspruch der Gewaltlosigkeit zu verbinden. Und es ist ein historischer Glücksumstand – aber ich will diesen Glücksumstand nicht verabsolutieren – dass die Befreiungsrevolutionen von 1989, die miteinander verbunden sind und in denen die Herbstrevolution von '89 das Glied einer Kette darstellt, dass diese Ereignisse von Warschau, Budapest, Leipzig, Berlin und Prag mit ganz wenigen Ausnahmen friedlich verlaufen konnten und von Gewaltlosigkeit bestimmt waren – eine Gewaltlosigkeit, vom Willen der Handelnden getragen.

Dieser Haltung entspricht es, die Rachegelüste, das Streben nach Vergeltung nicht voranzustellen und den probaten Vorschlägen, „hättet Ihr lieber doch ein Teil von denen an die Laterne gehängt“, nicht stattgegeben zu haben. Obwohl ich heute tatsächlich und allen Ernstes sage: Ein Teil von ihnen hätte vielleicht diesen Platz wirklich verdient gehabt. Wir wollten es nicht, aber wir wussten auch: Diese Zurückhaltung hat ihren Preis, sei es am runden Tisch oder später. Der Preis darf aber nicht mit Geschichtslügen, Verharmlosung verbunden sein. Eine dieser Kardinallügen, ich nannte sie schon, ist die von der Wandlungsfähigkeit der Systeme, ist die, dass in diesen totalitären Blöcken etwas anderes möglich wäre, als Überwindung, Zerfall und das letztlich mit Revolution verbundene Weiterschreiten der Geschichte. Dann gibt es eine Reihe von Auseinandersetzungen darüber, wie im jeweiligen nationalen Kontext Geschichte und Entwicklung zu verstehen sind. Und hier ergänzt und wiederholt sich das Gegenüberstehen der Interpretation. Für die DDR, auch hier werden wir – denke ich – eine gemeinsame Erfahrung vertreten, heißt das, dass die DDR von Beginn an Teil des sowjetischen Systems war, noch vor ihrer Staatsgründung, Teil einer vorbereiteten Strategie der Machteroberung und Durchsetzung. Für diese DDR gibt es bis heute – sogar wieder stärker – ganz andere, viel entspanntere Sichtweisen, andere historische Angebote. Nicht nur von Außenseitern, ich könnte auch hier die Namen von Historikern und bekannten Persönlichkeiten, die für diese Legenden stehen, lange aufzählen. Eine ganz wichtige dieser Legende ist die vom guten Anfang. Danach gab es – auf die Nachkriegszeit in Deutschland bezogen – eine ganze Reihe von Kommunisten, die ehrlich gewillt waren, die Konsequenzen aus ihrer eigenen Opfer- und Widerstandssituation in der NS-Zeit zu ziehen, die den anderen Opfern als Vertretern des Widerstands die Hand entgegenstreckten und einen demokratischen Neubeginn wollten. So legt uns diese Interpretation nahe. Ich will nun nicht jeden, der mit dieser positiven Interpretation als Person verbunden wird, völlig die Glaubwürdigkeit absprechen, aber ich weiß: Wer als Kommunist '45 wirklich

diesen Willen und diese Illusion hatte, war in einer hoffnungslosen Situation. Er hatte die Chance, sehr schnell aufzuwachen. Dann ging er aber an die Seite derer, die sich davon distanzieren. Dann musste er sich erneut zum Widerstand bekennen. Er konnte auch resignieren und es sein lassen. Aber eines ging nicht: Sich als Erwachsener und mit eigenen Erfahrungen versehener Kommunist in diesen Prozess einzubringen und jedes Jahr, jeden Monat damals – muss man ja sagen – die tatsächlichen Geschehnisse, die Verhaftungen, die Exekutionen, die Repression, den Weg in die Lager nicht zu sehen oder sich in anderer Weise wegzulügen. Dieser Weg von der SBZ in die DDR, begleitet vom frühen Widerstand in der DDR, für den ein sehr hoher Preis zu zahlen war, dieser Weg ist alles andere als ein guter Anfang. Der Geburtsfehler liegt im System und die unheilbaren Krankheiten genauso.

Eine andere Legende – gewissermaßen zeitverkehrt – ist die: Als die Schatten des Stalinismus verflogen, als die Brutalität der Unterdrückung vorbei war, konnten die bis dahin genauso unterdrückten guten Absichten und die Öffnungshoffnung innerhalb der Partei endlich ans Tageslicht kommen. Man nimmt also dann – hier geht es um die Geschichte der DDR – eine Öffnung, eine Reduzierung von totalitärem Charakter an. Man spricht allen Ernstes von einer post-, einer nachtotalitären DDR, die sich durch Modernisierungsleistungen, ihr Bemühen um internationale Kontakte schrittweise von dem wegbewegt, was sie zu Anfang war. Hier wird nicht der gute Anfang reklamiert – den Anfang stellt man in dieser Interpretation sehr deutlich in sehr schwarzen Farben dar –, sondern hier wird die Chance der Entwicklung und des Endes innerhalb des Systems behauptet. In meiner eigenen Erfahrung, und hier setzt meine direkte Erfahrung ein – meine Generationenerfahrung, die sich aber in meinem Aufwachen in der DDR im Suchen und in der Konfrontation mit der Erfahrung anderer verband –, in meiner eigenen Erfahrung ist die DDR innerhalb des Blocks mit weitem Abstand das Land geblieben, was von der Totalität des Verfügungsanspruches her – vom Wahn, man könne alles organisieren, die Menschen gleichschalten – alle anderen zu überwinden suchte und es auch mit bemerkenswertem Erfolg schaffte. Sogar gegenüber dem sogenannten großen Bruder, dessen Priorität und dessen Dominanz man anerkannte, wobei man aber klammheimlich in manchen Sachen doch stolz darauf war, nicht nur der Klassenbeste zu sein, sondern sogar dem Lehrer zu zeigen, wo die Norm war.

Und wir haben mit vielen Voraussetzungen dieser Geschichte verbunden eins: Dass die für die Frühzeit der SBZ/DDR vorhandene – für die Beteiligten wichtige, wenn auch tragische – Dimension von Widerstand, von Auflehnung, von Distanz zum System in einer ungeheueren Bemühung der deutschen Kommunisten über die Jahrzehnte DDR-Existenz hinweg erfolgreich

verdrängt wurde, dass die Bemühungen um Geschichtsverfälschung Früchte trugen, in den Jahrzehnten, in denen ich als Jugendlicher, junger Erwachsener den eigenen Horizont aufbaute und den Weg vom idealistischen, kritischen Marxisten zum Oppositionellen ging. In diesen Jahrzehnten konnte ich den Prozess mitverfolgen, wo Gleichschaltung nicht nur als Absicht und als Zwangsprozess: „Die bürgerlichen Eliten weg!“ und: „Wir schaffen und setzen neue an deren Stellen!“, proklamiert wurde, sondern wo diese Gleichschaltung relativ erfolgreich gelang. Wo es an den Hochschulen, an den Ausbildungsstätten, an den Schulen genügend Leute gab, die als Lehrer – als Hochschullehrer, als Intellektuelle – willfähige Werkzeuge der Lüge wurden, sich in den Dienst nehmen ließen, und diejenigen, die noch den normalen Anspruch von Schülern, von Studenten hatten – den ganz normalen menschlichen Anspruch, kritisch zu sein, nachzufragen, ihre eigene Persönlichkeit zu entwickeln – degradierten, zurücksetzten und wie es so schön hieß, umzuformen suchten.

Das Bewusstsein dafür, dass sich mit neuen Methoden – mit veränderten historischen Situationen – am Charakter, an der Unmenschlichkeit dieses Systems und seines zerstörenden Anspruches nichts geändert hat, dieses Bewusstsein wuchs Angehörigen meiner Generation vor Ende der DDR zu. Und dieses Bewusstsein – und der von mir schon angeführte Blick auf die Nachbarländer, das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für das, was einmal aus dem Schlimmen der Jetztzeit werden kann und soll –, dieses Bewusstsein hielt uns dann beieinander. Aber was bedeutete das für die DDR? Einige Jahre vor Ende dieses Staates, als die polnische Gesellschaft sich längst von ihren Kommunisten emanzipiert hatte – wie es auf polnisch so schön heißt: wir haben den eigenen Kommunisten schon früher die wichtigsten ihrer Zähne gezogen –, einige Jahre vor Ende der DDR, als in Polen die Gesellschaft in voller Bewegung war, als sich in anderen Ländern des Ostblocks schon mehr als genug Erosionserscheinungen zeigten und als eigentlich diese DDR auch nur noch in immer unverantwortlicherer Weise von Raubbau und auf Pump lebte, einige Jahre vor Ende der DDR schienen und waren die Stützen des Systems, war die gesellschaftliche Verankerung des Systems immer noch ungebrochen. Mit Besonderheiten der DDR-Geschichte verbunden und mit der deutsch-deutschen Situation geriet der Triumph der Kommunisten – wenigstens auf diesem Teil des Territorium haben wir uns durchgesetzt – zur Maßlosigkeit. Das, was uns mit der eigenen Widerstandsvergangenheit verbinden konnten – die Erinnerung daran –, meiner Generation fehlte es zu sehr. Unser Versuch, die eigene Geschichte neu zu entdecken und uns auf eigenen Grundlagen weiter zu bewegen, kam, aber er führte zu einer Situation der Isolation. Jede Konsequenz, die wir in den Gruppen aufbrachten, jede Aktion, die wir vorbereiteten, traf auf ein sol-

ches Maß an Ratlosigkeit, an Angst, sich zu engagieren, und von Ergebung ins eigene Schicksal, dass uns schon damals die Frage, was eigentlich wird, wenn das Unmögliche gelingt, umtrieb: Was wird aus all denen, die den Weg dahin nicht mitgehen wollen, weil sie nicht daran glauben? Die sich, teilweise gegen die eigenen besseren Anteile, diesem System weiter und zu weit ausgeliefert haben? Die nicht einmal die paar Schritte, die man für die Selbständigkeit damals brauchte, zu gehen bereit waren? Diese Frage trieb uns schon damals um. Die besondere Situation in der DDR, das letzte Vorhandensein von Opposition – aber von verspäteter, von verzögerter und ihrer eigenen oder großen Teilen ihrer eigenen Tradition beraubten –, das führte dann zu den spezifischen Verblendungen und Verklärungen, die sich um 1989 den friedlichen Herbst in der DDR rankten. Auch hier ist mir die Frage – welchen Stellenwert hatte Widerstand und welche Stellenwert hatte die Klarheit über Geschichte – so wichtig. Die allermeisten, die mit Bewusstsein oder eher gedankenlos dieses Ereignis meinen und dann den Begriff Wende in den Mund nehmen, verkennen eins. Auch hier waren die Akteure entscheidend, diejenigen, die sich spät, aber dann doch im richtigen Moment, zum Handeln entschlossen, Akteure, welche die Ereignisse ansahen und bewegten. Für mich erhält dieser Herbst '89 in wenigen Wochen tatsächlich den Charakter und das Gewicht einer Revolution. Es konnten und waren nicht die wenigen Oppositionellen, die diesen Prozess trugen. Sie sind in der Vorbereitung und Initiative wichtig. Es waren aber die Zehntausenden, die Hunderttausenden, die in einem kleinen Ausschnitt der Geschichte zu dem wurden, was ihnen so lange unmöglich schien. Zu verantwortlichen Staatsbürgern, die die Unverantwortlichkeit dessen, was ihn gegenüberstand, nicht nur begriffen hatten – das wussten viele schon vorher –, sondern die sagten, jetzt sind wir gefragt und jetzt sprechen wir – Menschen, die das unmissverständlich ausdrückten. Mit all diesen, für viele von ihnen ja auch präsenten Erfahrungen, auf die wir gemeinsam zählen können, sind wir jetzt zwölf Jahre – mehr als zwölf Jahre – nach diesen Umbrüchen in einer Situation, wo nicht nur die andere Seite dieser Ereignisse beschworen wird, wo gesagt wird: Ist die DDR nicht doch friedlich entschlafen? Ist sie nicht in sich zusammengefallen? Bedurfte es dieses Druckes überhaupt noch? Ist denn nicht die Mauer wie durch ein Wunder gefallen? – All diese nachträglichen Fragen und Interpretationen sind ja nicht ganz zufällig und werden nicht ganz zufällig stärker. Sie korrespondieren mit einer aktuellen Situation, und hier bekommt das, was wir über Widerstand wissen und was wir uns gemeinsam darüber sagen können, eine beklemmende Aktualität. Diese deutlich andere Sicht auf Geschichte suggeriert ja, dass sich nicht mehr eine staatstragende Partei, die sich bis zum Schluss an die Macht klammerte, und die zum Widerstand Entschlossenen entgegenstanden, son-

dern dass es nur noch offene und bis dato verhinderte Reformer gab. Ja, und Leute, die dann dazukamen. Uns werden auf einmal wieder längst demontierte Reformgestalten angeboten, seien es die Parteireformer der PDS oder andere noch dubiosere Figuren, und wir werden aus aktuellen politischen Bedürfnissen heraus mit Geschichten konfrontiert, über die ich schon sprach und die wir auf einmal wieder im neuen Gewand hören. Ich schlage die Zeitung vor wenigen Wochen auf – ich hatte gerade kurz zuvor davon gehört, dass ein gewisser Herr Gysi ein neues Buch auf den Markt bringt, na und, dachte ich, Herr Gysi kann viel schreiben, dessen Gestalt und dessen Person und seine politische Wirkung müssen ja wohl zu bekannt sein, als das man da noch Missverständnisse aufkommen lässt –, im nächsten Moment durfte ich lesen, das ein gewisser Herr Lafontaine nichts besseres und eiligeres zu tun hatte, als diese Buch publikumswirksam vorzustellen. Wieder kurze Zeit später schlage ich eine andere Zeitung, hier eine Wochenzeitung auf, „Die Woche“, und da lese ich ein große zweiseitiges Interview, ein Gespräch zweier Herren, Gregor Gysi und Egon Bahr, beide unterhalten sich unter anderem über Geschichte. Was ich dort über Geschichte lesen konnte, hat mir gezeigt, dass all die Erfahrungen die wir gemacht haben, entweder auf den Müll gehören oder dass hier eine gefährliche politische Absicht hinter solchen Gesprächen steckt. Eine Absicht, die nicht nur mit historischen Verdrehungen zu tun hat, sondern mit dem Versuch, neue Koalitionen zu schmieden auf dem Rücken von Demokraten. Vor allem auf dem Rücken derjenigen, die ihren Preis für Geschichte bezahlt haben. Im Klartext kommt in diesem Gespräch folgendes heraus: Beide Herren verstehen die Zwangsvereinigung von 1946 als historischen Missgriff. Natürlich erkennt Herr Gysi an, dass seine Seite dabei keinen so angenehmen Part gespielt hat. Aber hätte man's nur damals besser gemacht, dann hätte doch das Zusammengehören von Rot-Rot, hätten die getrennten Teile der deutschen Arbeiterbewegung nicht durch Jahrzehnte von einander entfernt sein müssen. Und wie schade, dass 1989 diese Hoffnung, diese leider durch den historischen Missgriff von 1946 unterbrochene Hoffnung, nicht sofort wieder befördert werden konnte. Von 1946 kommen unsere beiden Gesprächspartner auf 1989 und bedauern es zutiefst, dass es nicht schon damals gelungen ist, die reformwilligen Millionen, die reformwilligen und schon eigentlich gar nicht mehr zum DDR-System gehörenden Mitgliedergruppen der PDS in die SPD hinein zu bekommen. Oder zumindest einen großen Teil davon. Und wer stand dem entgegen? Diese minoritären Fundamentalisten, die auf ihren Widerstandsanspruch beharrten. Die ein totalitäres System als solches benannten. Die damals und die heute der Meinung sind, das was sich historisch gegenüber stand, waren nicht Teile einer Arbeiterbewegung. Son-

dern es waren eine politische Kraft, die sich auf dem Weg zur Demokratie befand und eine andere politische Kraft, die jede Option für Demokratie von sich aus ausschloss – und zwar unter allen historischen Umständen, die sie vorfand: Für die Demokratie, Pluralismus, Gewaltenteilung Teufelswerk war.

Wie der Zauber, wie das Wunder, dass aus einer Partei, die bis Ende '89 jeden, der sich demokratischer Sozialist nannte, in Acht und Bann tat und mit harten Sanktionen belegte, wenn nicht mehr, plötzlich ein bekennendes Gremium für Demokratie und demokratischen Sozialismus werden sollte, wie dieser Zauber aufzulösen sei, diese Mühe machen sich unsere Gesprächspartner natürlich erst gar nicht. Nun kann man sagen, was will man von Gysi, was will man von Kräften wie der PDS anderes erwarten. Sie haben um ihr Überleben gekämpft. Sie haben das relativ erfolgreich getan. Und heute haben wir doch eigentlich keine andere Möglichkeit als diesen zurückgelegten Weg wahrzunehmen und die Fakten zu akzeptieren. Dazu wird uns auch eine Erklärung angeboten, woher die Überlebenskraft der PDS und ihre gegenwärtige Attraktivität kommen: Dass nämlich die Schmerzen und Folgen der deutschen Teilung noch immer zu verspüren sind. Dass man nicht alle Probleme vermeiden konnte. Dass blühende Landschaften nicht sofort entstehen konnten. Und dass deswegen Enttäuschung und Frustration und die Manipulationskraft der PDS ineinander gegriffen hätten und diesen Zustand herbeigeführt hätten, mit dem man sich jetzt nun mal arrangieren muss. Arrangieren heißt dann, die entwicklungsbereiten Teile der PDS zu akzeptieren, ihren stalinistischen Kern an den Rand zu drängen oder ihre stalinistischen Bestandteile aufzulösen. Ich will diese Faktoren in ihrer einzelnen Bedeutung nicht völlig auf die Seite schieben. Aber mir kommt es auf einen anderen für mich viel entscheidenderen Punkt der Entwicklung nach '89 an: Für mich blieb in diesen ganzen Jahren die Frage offen, was ist – bei allen Problemen, die die deutsche Vereinigung bringen musste, bei aller Zeitdauer des Vereinigungsprozesses, bei Opfern und Einschränkungen – für diejenigen getan worden, die aus ihren eigenen Erfahrungen, aus ihrer Biografie und ihrem Widerstandshandeln die wichtigsten Verbündeten einer demokratischen Entwicklung sein konnten – die dazu zur Verfügung standen und sich auch in ihren Engagement für die Demokratie nicht beirren ließen –, was ist mit denen passiert? Warum lagen der Blick und vor allem das Handeln von Politik nicht viel stärker darauf? Ich sehe verschiedene Prozesse, die diese Zeit charakterisieren. Ich sehe Bemühungen für die neuen Bundesländer und ich sehe auch deren Erfolge. Aber mich nimmt es heute schon Wunder, dass wir es sein mussten, die unausgesetzt auf die Delegitimierung der DDR und ihrer Geschichte gedrängt haben. Dass wir es sein mussten, die die Frage nach Öffnung der Stasi-Akten durchsetzten. Dass wir uns als

Gralswächter demokratischer Verantwortung in diesen Fragen manchmal fast allein fühlen mussten und die Frage, was Politik, was bundesdeutsche Eliten in diesen Fragen machen, mindestens sehr zweigeteilt war. Einen Teil der Antwort auf diesen Fragen können wir aktuell finden. Wir gingen immer davon aus – aber die weitere Auseinandersetzung mit der Geschichte und die vor allem intensivere Aufarbeitung von Zeitgeschichte bestätigt diese unsere Annahme –, es gibt als einen für mich entscheidenden Faktor, ein Gutteil schlechten Gewissens. Ein Gutteil schlechten Gewissens in dieser bundesdeutschen Gesellschaft, dass sie nämlich bei ihrem eigenen erfolgreichen Weg zur Demokratie – ihrem berechtigten Stolz auf das was sie geschaffen hat, auf ihr demokratisches Gemeinwesen –, dass sie bei diesem Weg die Frage vergessen hat, wie gehen wir mit der deutschen Diktatur vor unserer Tür um, mit dem Teil Deutschlands abgeteilt, abgetrennt, totalitär verfasst, welche Chancen haben wir, in Fragen Wiedervereinigung und Hilfeleistung. Wenn man hier die Probleme nicht – so schwierig und unbequem wie sie war –, festhielt, wenn man nicht auf der notwendigen Distanz und Auseinandersetzung beharrte, sondern sich daran gewöhnte, sich damit einrichtete, das Bewusstsein der Fremdheit füreinander sogar bei vielen überwog, dann musste das zu einer Verschiebung der wichtigen Grundpositionen zwischen Demokratie und Diktatur führen. Dann überwogen zunehmend der Wunsch und das Bedürfnis, nicht in denjenigen, die die Auseinandersetzung mit der Diktatur versuchten – die den Widerstand trugen – die Partner und Verbündeten zu sehen, sondern der Wunsch und das Bedürfnis, realpolitisch entspannt mit den Trägern der Macht und der Verantwortung zu sprechen. Es ist gegenwärtig überhaupt kein Zufall, wenn in den letzten Wochen erneut die Auseinandersetzung, wie soll man mit den Stasi-Akten, mit ihrem unbequemen Erbe umgehen und die Auseinandersetzung, wie soll man mit dem Buch eines Zeithistorikers wie Hubertus Knabe umgehen, erneut an Schärfe zunehmen. Der Teil der Geschichte, über den ich eben sprach, der westdeutsche Anteil an den Legitimierungsbestrebungen der DDR, der Anteil über Medien, über Intellektuelle, über politische Kräfte ist viel schwieriger anzusprechen, als die vielleicht mühsam errungene Konsequenz, was die DDR wirklich war. Sich auf das eine einzustellen, das war schwierig genug – auch da gibt es Legenden –, aber dazu kann man vielleicht noch den Konsens erzielen. Aber wenn dann die schwierige und bittere Rückfrage kommt, wie habt Ihr es denn über die Dauer der Zeit mit eurem Anspruch als Demokraten gehalten und wie verträgt sich dieser Anspruch mit internen Lobhudeleien, mit Verbrüderung, sogar mit Kumpanei – dann geht es wirklich in einer anderen Weise an die Substanz. Ich will, bevor ich zum Schluss komme, nur noch auf ein, zwei in der gegenwärtigen Situation wich-

tige Punkte eingehen. Die Frage, sich der Geschichte zu stellen, die unbequemen Teile dieser Geschichte wahrzunehmen, die Frage der Verantwortung zu stellen, die ist das eine. Ich nannte bereits die Versäumnisse im Umgang mit denjenigen, die eigentlich für die Demokratie zur Verfügung standen und hier würde ich auch offene Türen einrennen, wenn ich ihnen die vielen Beispiele für Ausgrenzung, für erneute Zurücksetzung nennen würde. Aber für mich ist es noch einmal darüber hinaus schon überhaupt nicht mehr zu vertreten und ein himmelschreiender Skandal, wenn wir mit einer Situation wie heute konfrontiert sind. Ich saß im Zug zufällig mit Leuten des politischen Personals beieinander. Ich brauche ja keine Namen zu nennen. Und mir ist noch einmal der Mechanismus parlamentarischer Spielchen mit solchen Fragen erläutert worden: Ja weißt Du – wurde mir gesagt –, das was die eine Fraktion, die jetzt in der Opposition ist, die CDU dazu macht und sagt, das mag ja richtig sein. Aber nach der parlamentarischen Logik kann man doch einen Antrag, der von der Opposition kommt, nicht von der Regierungskoalition aufnehmen und unterstützen. Außerdem sagte man mir, ist es doch so unglücklich, wenn man die Frage der Rente für die Staatsnahen mit den Opfern verknüpft. Meine verblüffte und wütende Rückfrage war: Verdammt noch mal, warum habt ihr es dann nicht früher gemacht, in Angriff genommen. Das war doch abzusehen. Meine Rückfrage war: warum seid ihr nicht in der Lage, hier mal über eure eigenen Spielgrenzen hinaus zu sehen und zu begreifen: Das ist ein so eminent wichtiger Punkt, dass hier Handeln schon längst geboten war. Und dass vor allem eine Regierung auch noch ihren letzten Kredit zu verspielen droht. Und dass wiederum nur ein Gewinner aus diesem ganzen Spiel hervorgehen wird. Nämlich diejenigen, die wir am wenigsten als Gewinner sehen wollen – natürlich wieder die PDS. Und dennoch und mit all dem vor Augen: Eins gilt für uns – und hier können wir gemeinsam von Glück sprechen: Mit all diesen Belastungen und dem, wo wir uns gegenwärtig in der Auseinandersetzung in Deutschland befinden – eins haben wir nicht mehr: Wir haben was die Grundgefahr betrifft, die tagtäglich vor Augen stehende Grundgefahr dieses virulent sich fortsetzenden Totalitären hinter uns gelassen. Wir sind mit Problemen, die in einer Demokratie vorhanden sind, konfrontiert. Und wir fühlen uns mit vielen dieser Probleme immer noch in einer sehr schwierigen Situation. Aber wenn ich daran denke – und auch deswegen sind mir unsere Gäste aus den anderen Ländern hier so wichtig –, was die Erbschaft dieses jahrzehntelangen Totalitären in Teilen Osteuropas bis heute bedeutet, wird etwas anderes klar: Nämlich nicht nur ein sich weiter mit diesem Erbe herumschlagen zu müssen, sondern ein Fortleben. Dann sehe ich noch einmal ein ganz andere Situation vor Augen. Dann ist auch die Frage nach Verantwortung noch einmal

anders gestellt. Ich könnte für die Situation in Deutschland sicher ganz verschiedene Positionen angeben. Und auch mir verschiedenen Positionen anhören. Aber bin ich konfrontiert mit der Frage, wie schätze ich ein Regime wie in Russland ein, ist es ein Weg zur Demokratie, ein verzögerter Weg zur Demokratie oder was ist das, wird es grundernst. Ich bin, mit dieser Frage konfrontiert, sofort wieder an dem Punkt, wo Grunderfahrung und elementare Voraussetzungen der Geschichte stehen. Und hier kann ich nach dem, was historische Erfahrung über Jahrzehnte zeigt über den Beginn von Diktaturen, die Fortsetzung von Diktaturen und die Veränderung ihrer Formen nur eins sagen: Was wir dort vor Augen haben – und das ist für mich nicht nur als Bedrohung für die unmittelbaren Nachbarn, sondern als Bedrohung insgesamt festzustellen – ist, dass in letzter, vorletzter Zeit nicht der Weg fortgeschritten wurde weg vom kommunistischen Erbe, sondern die Axt an das gelegt wurde, was die ersten wichtigen und schwierigen Versuche dieses Weges waren. Der Kampf gegen die Pressefreiheit – der Kampf eines allmächtigen Zentrums, eines allmächtigen Herrschaftsapparates autokratische Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen –, dieser Kampf wird, in Russland haben wir es vor Augen, mit dem Anspruch erneuter Stärke, erneuten imperialen Status geführt und einer unglaublichen Arroganz für all das was die kleineren und schwächeren Glieder in diesem System betrifft, zugleich mit dem Anspruch an die Adresse der Demokratien, aufgrund historischer Größe, ökonomischen und militärischen Gewichts ernst genommen zu werden. Und in dieser Situation – wo für mich, wenn es um Verantwortung geht, nur eine Haltung möglich ist, die Diktatur „Diktatur“ zu nennen und nach denjenigen zu fragen, die in einer solchen Gesellschaft noch dagegen stehen oder vielleicht auf den Weg dazu kommen können –, in einer solchen Haltung wieder diplomatische Finessen und Kompromisse anzubieten oder mit dem einerseits andererseits zu hantieren, ist für mich verantwortungslos. Es heißt die Grunderfahrung, über die wir hier sprechen, in Frage zu stellen, nicht nur in Zweifel zu ziehen. Ich hoffe, dass Sie die Chance haben, dass wir die Chance haben, auch über diese Fragen zu sprechen. Und mir ist es vor allem wichtig, weil Osteuropa, auf dem schwierigen, aber wichtigen Weg zur Demokratie ist und erfolgreiche Schritte dahin in anderen Ländern zu sehen sind. Diese verschiedenen Erfahrungen zu vergleichen, auch dazu denke ich sollte unser Treffen genutzt werden. Denn dann werden wir mit unserer Situation hier eine eigene Sicht einbringen können, die aber keine deutsch-deutsche Nabelschau bedeutet, sondern sich mit den gelingenden und schwierigen Erfahrungen Ostmitteleuropas verbindet. Erfahrungen der Vergangenheit werden zu Erfahrungen für die Zukunft.

Ich bedanke mich, für ihre Aufmerksamkeit.

Empfang im Stadthaus

Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler

In einer Zeit, die von einem zusammen wachsenden Europa geprägt ist, ist es an der Tagesordnung, sich aktiv mit der jüngeren Geschichte zu beschäftigen. So widmet sich Ihr Kongress einerseits dem Widerstand als auch andererseits den Auswirkungen totalitärer Herrschaft. Insbesondere wollen sich die Teilnehmer der Frage annehmen, wie sich historische Erfahrungen und Erinnerungen an die nachwachsende Generation weitergeben lassen. Das Weitergeben, die Vermittlung historischer Sachbestände und daraus folgender Lehren scheint mir sehr wichtig. Denn die heranwachsende Generation kennt totalitäre Systeme nur aus Lehrbüchern. Wir alle müssen junge Menschen immer wieder neu für die Gefährdungen der Demokratie sensibilisieren. Es geht darum, dass wir ihnen das notwendige Bewusstsein für die eigene politische Verantwortung, für die eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Demokratie vermitteln. Dabei sollten wir alle – Eltern, Lehrer wie Kommunalpolitiker – aber auch über die Möglichkeiten nachdenken, in welcher Weise wir die Jungen erreichen können, um sie wirklich anzusprechen. Ich denke, dass es ganz wichtig für Jugendliche ist, mit den Zeitzeugen totalitärer Herrschaft ins Gespräch zu kommen, jenen Opfern,



Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler, Ioan Ilban und William Totok (Foto: Reinhard Dobrinski)

die bedauerlicherweise auch heute noch um Rehabilitierung und Entschädigung ringen müssen. Anfang des Jahres zeigte unser Kinder- und Jugendtheater die Ausstellung „Zeichne, was du siehst“ – Dokumente eines Kindes aus dem Konzentrationslager Theresienstadt. Jugendliche hatten dabei Gelegenheit, mit Helga Weissova über ihre Erfahrungen mit dem Faschismus zu sprechen. Die Ausstellung von der ich berichte, gehörte zu den Aktivitäten der „Initiative Zivilcourage“.

Wenn Sie sich in unserer Stadt umhersehen, verehrte Gäste, werden Sie an vielen offiziellen Gebäuden, aber auch in den Straßenbahnen, den Aufkleber der Aktion „Noteingang“ finden, der stadtwweit auf Zufluchtsorte für bedrohte Menschen hinweist. Wir in Halle wollen uns mit dieser Aktion an der intensiven Debatte gegen Intoleranz, Fremdenhass, Rassismus und Rechtsextremismus beteiligen und auf Wege auf ein breites öffentliches Bündnis gegen Gewalt hinweisen. In diesem Sinn ist auch eine Erklärung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) gegen jede Form rechter Gewalt zu verstehen, die am 22. November 2000 einstimmig verabschiedet wurde. Ich glaube, dass auch eine Kommune zielgerichtet ihrem Bildungsauftrag für die nachwachsende Generation nachkommen muss. Dazu für Sie ein Beispiel: In der jüngsten Zeit haben sich insbesondere auch die städtischen Museen bemüht, gezielt Jugendliche über die jüngste Vergangenheit zu informieren. Im 50. Jahr der Gründung des Staates Israel sowie 60 Jahre nach der Reichspogromnacht wurde im Stadtmuseum die Ausstellung „Die Juden Halles zwischen Vertreibung und Integration“ gezeigt. Einbezogen wurden auch Briefwechsel von Schülern eines halleschen Gymnasium mit den Überlebenden des Holocaust in vielen Teilen der Welt. Ehrengäste der Ausstellung waren übrigens Überlebende der halleschen Pogromnacht. Bereits zweimal, 1992 und 1998, lud die Stadt Halle als Geste der Versöhnung ehemalige jüdische Mitbürger zu einem Besuch in ihrer Vaterstadt ein. Nur so, denke ich, können wir unsere Kinder und Enkel aktiv für Demokratie sensibilisieren.

Dazu gehören auch die Möglichkeiten der Kunst. Wenn Sie, verehrte Gäste, die Gedenkstätte „Roter Ochse“ besuchen, werden Sie den Installationen des Kunststudenten Adolfo Siurana begegnen. Die Kunstwerke erinnern an das Leiden der politischen Gefangenen, die dort unter dem nationalsozialistischen und dem sozialistischen Regime gepeinigt wurden. Allein von 1950 bis zum Dezember 1989 wurden mehr als 6.500 Menschen in den Teil des Roten Ochsen, der vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR als Untersuchungsanstalt geführt wurde, inhaftiert. An dieser Stelle möchte ich – stellvertretend auch für andere Organisationen und Verbindungen – auf das aktive Wirken des Vereins „Zeit-Geschichte(n)“ in unserer Stadt hinweisen. An erster Stelle steht die Beratung von Opfern der SED-Diktatur. Viele Publi-

kationen, Bücher und auch Videos, gehen auf Aktivitäten dieses rührigen Vereins zurück, dessen Geschäftsführerin Heidi Bohley (mit vielen anderen) zu den Wegbereitern der friedlichen Wende in Deutschland gehört. Bald schon, das möchte ich einfügen, soll in Halle ein Denkmal an die friedlichen Montags-Demonstrationen von 1989 erinnern. Mit großer Mehrheit wurde vor kurzem im Stadtrat ein entsprechender Antrag zugestimmt, einen Wettbewerb unter halleschen Künstlern durchzuführen. Die Stadt wird dafür die finanziellen Mittel bereitstellen. Zu den Aktivitäten des Vereins „Zeit-Geschichte(n)“ gehört auch die Vorbereitung einer von der Stadt unterstützten Ausstellung zum 17. Juni 1953 in Halle – erneut eine Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit dem Thema Widerstand und totalitäre Herrschaft.

Am 20. Mai, verehrte Gäste, gedenken Sie auf dem Gertraudenfriedhof der Torgauer Opfer. Dem Engagement der Opferverbände und des Vereins sowie der Stadt sind die Nachforschungen zum Gräberfeld auf dem Gertraudenfriedhof zu danken. Dort befinden sich bis heute die Urnen von 140 Gefangenen, die in den 50er Jahren in der Strafvollzugsanstalt Torgau verstorben sind. Entgegen den Anweisungen zur anonymen Bestattung wurde von der damaligen Friedhofsverwaltung ein Lageplan mit den Namen der Gefangenen erstellt – eine mutige Tat. „Welche Schicksale sich hinter den Namen der Opfer verbergen“, so Heidi Bohley in der vom Verein herausgegebenen Broschüre, ist nicht geklärt. Es kann sich also durchaus sowohl um Täter als auch um Opfer handeln. Anhand dieses Verzeichnisses versuchte das städtische Grünflächenamt bereits nach der Wende, Angehörige zu ermitteln (1995). Das kommunale Liegenschaftsamt hat nun in Fortsetzung dieser Bemühungen auch in anderen Städten um Amtshilfe ersucht. Die Gärtner der Friedhofsverwaltung haben bereits die Betreuung des Areal auf dem Friedhof übernommen, um es für eine künftige Stätte des Gedenkens vorzubereiten. Durch die Stadt wurde ein Antrag beim Regierungspräsidium zur Anerkennung als Kriegs-Sammelgrab gestellt, um das unbegrenzte Ruherecht der Urnen zu garantieren. Sobald die Antwort vorliegt, wird die Stadt versuchen, dem Vorschlag zur künstlerischen Gestaltung des Gräberfeldes zu folgen.

Erlauben Sie mir noch eine Anfügung. Neulich las ich einen Bericht der mich sehr betroffen stimmte: Im März kamen in der ehemaligen FDJ-Zeitung „Junge Welt“ Offiziere des MfS zu Wort, um frühere „inoffizielle Mitarbeiter“ in Schutz zu nehmen, die heute sogenannten „Repression“ ausgesetzt seien. Das MfS, so Generalmajor a. D. Heinz Schmidt, Leiter der Bezirksverwaltung Halle, habe nicht „die Bevölkerung“ überwacht, sondern lediglich und allein „Personen, die im Verdacht standen, eine gegen die DDR gerichtete und unter Strafe stehende Tätigkeit vorzunehmen.“ Unter diesem Observierten

seien „Mörder, Terroristen, Nazis, Spione, Schädlinge, Diversanten und skrupellose Menschenhändler“ gewesen. Zweifellos, meine Damen und Herren, erklärt eine solche Interpretation eine wesentliche Komponente der SED-Diktatur, nämlich: Missliebige Gegner auszuschalten. Das wird heute manchmal schon wieder, leider, vergessen.

Ich denke, dass solche Tatsachen ein weiterer, zwingender Grund sind, Ihre Tätigkeit der Aufarbeitung im Sinne der vielen Opfer fortzuführen. Ich möchte Ihnen allen an dieser Stelle für dieses Bemühen meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihrem Kongress einen anregenden und konstruktiven Verlauf sowie allen Beteiligten weiterhin Erfolge in den von ihnen betreuten Arbeitsfeldern, die sich wider das Vergessen richten. Ich bedanke mich für Ihren Besuch in unserer Stadt und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt.

Edda Ahrberg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Namen der Teilnehmer des Kongresses danke ich Ihnen für die Einladung in das Rathaus der Stadt Halle und Ihre Begrüßungsworte.

Wir freuen uns, dass die Stadt Halle Interesse an der Tagung gezeigt und uns in Vorbereitung der Veranstaltung in vielen Punkten unterstützt hat. Besonders gilt das für die abschließende Gedenkminute auf dem Gertraudenfriedhof am Sonntag, aber auch für die Erstellung des politischen Stadtführers von Halle.

Unter dem Titel „Zivilcourage contra Macht“ – Halle 1945–1989 übergeben wir heute dieses Faltblatt der Öffentlichkeit. Es handelt sich um einen Prototyp für Sachsen-Anhalt. An der Erstellung waren neben dem Verein „Zeit-Geschichte(n) e. V.“ das Stadtarchiv Halle und die Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beteiligt. An alle einen herzlichen Dank. Mit Hilfe dieses Blattes kann sowohl Halensern, als auch auswärtigen Besuchern deutlich werden, dass es in der Vergangenheit immer wieder Menschen in dieser Stadt gegeben hat, die totalitäre Herrschaft nicht un widersprochen hingenommen, sondern sich ihr in unterschiedlicher Weise widersetzt haben: Oft mit Verzweiflung, manchmal aber auch mit Witz, wie z. B. auf der Petersberg-Rallye, immer jedoch mit Ernst- und Wahrhaftigkeit. Hierauf kann die Stadt stolz sein. Sie sollten davon berichten.

Dieser Führer der besonderen Art wird in Einrichtungen der Stadt ausliegen. Er hat eine Auflage von 1.200 Stück. Als Herausgeber bieten wir jedoch der Stadt Halle die Nachnutzung an. Vielleicht findet er auch Nachahmer in an-

deren Städten. Er bietet die Möglichkeit, sowohl baulichen als auch menschlichen Spuren nachzugehen. Damit rückt er ein ganz besonderes Stück Stadtgeschichte in den Mittelpunkt, an die Stelle nämlich, an die es auch gehört!

Viele der Teilnehmer haben ihre eigenen traurigen Erinnerungen an die Stadt Halle; nämlich diejenigen, welche hier im Zuchthaus „Roter Ochse“ waren. Ich hoffe und wünsche mir, dass diese Veranstaltung dazu beitragen kann, einen kleinen Teil der Trauer vergehen zu lassen.

Frau Oberbürgermeisterin, ich danke Ihnen für die Gastfreundschaft.

Samstag, 19. 05. 2001

Grußworte der ausländischen Gäste

Jörn Mothes

Im Namen der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung möchte ich Sie sehr herzlich zu unserem zweiten Tag des fünften Kongresses begrüßen. „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“ ist heute unser Arbeitsthema. Dem wollen wir in vielfältiger Weise gerecht werden. Wir werden in Gesprächseinheiten Beiträge von Gästen hören, wir werden Zeit haben, um unsere eigene Erfahrungen einzubringen und auch auf die aktuellen Debatten der letzten Tage im Deutschen Bundestag eingehen können. All dies steht heute auf der Tagesordnung und ich wünsche ihnen und uns allen genug Kraft und Energie für diesen Tag. Meine Damen und Herren, Wolfgang Templin hat uns in seinem Einführungsvortrag gestern deutlich gemacht, wie eng unsere eigene kommunistische Vergangenheit und das historische Erbe der verschiedenen Einflusszonen der Sowjetunion in Osteuropa zusammenhängen. Es ist wichtig, dass das Konzept unserer Tagungen auch in diesem Jahr wieder so aufgebaut ist, dass wir Freunde, Gäste, Betroffene, Widerständler aus Ländern dieser ehemaligen sowjetischen Einflusszone, in diesem Falle der Gäste aus Weißrussland – die ja sogar noch viel dichter dran sind, hier unter uns begrüßen können: Menschen, die Erfahrungen mit Widerstand, mit Protest gemacht haben, die verfolgt worden sind, die die Dimensionen des Terrors des Kommunismus im zurückliegenden Jahrhundert für uns alle deutlich machen können, und die mit ihren Beiträgen unseren Horizont erweitern. Auch dies ist eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns auf diesem Kongress stellen. Ich darf ihnen zunächst unsere Gäste aus Weißrussland vorstellen. Wir haben hier auf unserem Podium zum einen Herrn Aliaksandr Bialijski. Herr Bialijski ist 1962 geboren. Er ist Vorsitzender des Zentrums zum Schutz der Menschenrechte, das den schönen Namen Viasna („Frühling“) trägt und in Minsk sitzt. Für die, die im Inter-

net nachgucken, sie finden es dort unter www.spring.de. Die Organisation Viasna ist eine sehr praktisch wirkende Menschenrechtsorganisation, die insbesondere die Unterstützung von Personen, die aus politischen Gründen verfolgt werden, zum Inhalt hat. Die aber auch Gefangene, gefangen gewesene mit dem Lebensnotwendigen versorgt. Sie organisieren Rechtsanwältinnen, Rechtsberatung, moralische und materielle Unterstützung für Familien politischer Gefangener. Viasna unterstützt auch Studenten, die wegen politischer Aktivitäten von weißrussischen Hochschulen verwiesen werden, bei der Fortsetzung ihres Studiums im Ausland oder sie organisieren Verteidiger in Gerichtsverfahren. Sie führen Öffentlichkeitsarbeit durch, machen Veranstaltungen, haben ein eigenes kleines Publikationsorgan, das über Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland informiert und dort zu den wenigen unabhängigen Medien gehört. „Das Recht auf Freiheit“ heißt dieses kleine Publikationsorgan. Die Organisation Viasna ist in siebzehn Ortsverbänden in Weißrussland tätig. In den größten Städten unterhält sie eigene Beratungsbüros. Für Viasna arbeiten etwa zweihundert Personen, unter ihnen Juristen, Lehrer, Ingenieure usw. Und natürlich arbeitet diese Organisation auch zusammen mit anderen ähnlichen Menschenrechtsorganisationen des Landes und wir freuen uns, dass wir das mit Hilfe dieser Tagung hier auch zu einem internationalen Kontakt werden lassen können. Herr Bialiatski ist 1962 in Karelien geboren. Hat an der philologischen Abteilung der Universität Gommel 1984 seinen Studienabschluss gemacht. Er arbeitete als Lehrer und Assistent in wissenschaftlichen Einrichtungen. Er war Direktor des Literaturmuseums in Minsk. Seit 1982 nahm Bialiatski aktiv an einer antikomunistischen Jugendorganisation im Untergrund teil. Er war einer der Organisatoren der demokratischen Jugendbewegung in Weißrussland in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Er gehörte auch der ersten dort gegründeten Menschenrechtsorganisation an (1988). Von 1991 bis '95 war er Abgeordneter im Minsker Stadtrat. Wegen seines aktiven öffentlichen Eintretens für Menschenrechte wurde Bialiatski mehr als zwanzig mal durch kommunistische oder postkommunistische belarussische Behörden verfolgt. Er war einer der Gründer des Menschenrechtszentrums Viasna '96, also Frühling '96, das nun als Menschenrechtszentrum in Weißrussland landesweit gut bekannt ist. Er ist der Vorsitzende. Wir begrüßen neben ihm unseren zweiten Gast.

Wir begrüßen neben ihm unseren zweiten Gast, Herrn Iwan Bedniakow. Herr Bedniakow ist 1928 geboren. Während des Krieges wurde er im Alter von 14 Jahren mit seiner Mutter nach Deutschland als Zwangsarbeiter verschleppt. Nach dem Krieg wurde er zwar nicht, wie viele andere, aus diesem Grund in der Sowjetunion inhaftiert, etliche seiner Familienmitglieder waren jedoch verschiedenen Repressalien des Regimes in der Sowjetunion aus-

gesetzt. Er wird uns in dieser Runde über seine Erfahrungen berichten. Ich darf dann zu meiner rechten Herrn Iwan Bedniakow sehr herzlich begrüßen. Wir hatten gestern schon Gelegenheit, ihn kurz zu begrüßen. Herr Bedniakow ist 1930 geboren. Er wurde 1948 aus politischen Gründen in Rumänien inhaftiert. Drei Jahre verbrachte er dort im Gefängnissen, u. a. in dem Gefängnis in Sighet in Nordrumänien. Dieses war ein Gefängnis, in das Intellektuelle verbracht wurden. Herr Bedniakow ist dieser Zeit heute noch verbunden, in dem er sich der Aufklärung und Information der Öffentlichkeit über das politische Schreckensregime in Rumänien verschrieben hat. Er ist heute Direktor dieser Gedenkstätte und ich möchte ihn in unser aller Namen hier sehr herzlich begrüßen. Nicht zuletzt darf ich mich bedanken an dieser Stelle bei den Dolmetscherinnen, Frau Cornelia Debes und Frau Jelena Sassina, die uns die folgende Stunde hier übersetzen werden, und bei Herrn Totok, der die Übersetzung für Herrn Bedniakow machen wird.

Aliaksandr Bialiatski (Dolmetscherin Cornelia Debes)

Weißrussland, geboren 1962, Historiker, Vorsitzender des Zentrums für den Schutz der Menschenrechte „Viasna“ („Frühling“) in Minsk

Sehr verehrte Freunde, ich bin sehr froh, dass ich hier auf Ihrem Kongress sein darf. Ich empfinde hier eine Atmosphäre des gegenseitigen Einverständnisses und des guten Willens. Ich bemerke hier die gemeinsamen Ziele mit unserer Organisation. Wir beschäftigen uns mit dem Schutz der Menschenrechte in Weißrussland. Das, was Sie damals durchlebten, ist für uns heute leider Wirklichkeit. Jetzt werde ich Ihnen in einigen Worten darüber erzählen, wie die Repressionen zu den damaligen Zeiten verliefen. Am Anfang gab es in Weißrussland unter dem kommunistischen Regime die Repressionen gegen ganze Klassen. Die zugrundeliegende Idee war die der Vernichtung von ganzen Klassen und diese Idee wurde noch verstärkt durch Aussagen der Führer der kommunistischen Partei. Zum Beispiel sind die Repressionen in den Jahren des sozialistischen Aufbaus unabdingbare Elemente des Kampfes für den Kommunismus, wie ihn Stalin durchgesetzt hat. In diesen Jahren wurden ohne Ansehen der Person und politischen Meinung vernichtet: die Klasse des Adels, später dann reiche Bauern, die sogenannten Kulaken und später dann noch die ärmeren Bauern, die sogenannten Unterbauern. Die Bauernschaft widersetzte sich auch, jedoch relativ ungeordnet. So gab es also allein 1930 fünfhundert bewaffnete Aufstände gegen die kommunistische Macht. Aber es waren auch relativ unorganisierte Repressionen. Unter diesen litten zwischen 1920 und 1930 in Weißrussland ungefähr dreihunderttausend Leute. Sie wurden erschossen, in Zwangsarbeitslager geschickt, in die sogenannten GULags, ins Gefängnis geworfen und in den äußersten Norden Russlands umgesiedelt. Für die Untersuchungen der

Anklagen wegen Terrorismus und Diversion wurde eine Frist von etwa zehn Tagen festgelegt. Den Beschuldigten blieben etwa vierundzwanzig Stunden Zeit bis zur Gerichtsverhandlung. Die Ermittlungsakten wurden von drei Mann durchgesehen, in der sogenannten Troika. Es gab keinen Staatsanwalt und keinen Rechtsanwalt als Strafverteidiger. Die Todesstrafe wurde anstelle von Freiheitsstrafen ab zwölf Jahren verhängt. Ab Anfang der dreißiger Jahre wurden also unter diesen seltsamen Vorwänden ungefähr vierhunderttausend Menschen verfolgt. Zu den häufigsten Anklagen: Konterrevolutionäre Tätigkeiten – damit beschuldigte man ungebildete Bauern und Arbeiter. Oder Spionage zum Nutzen Polens. In diesen Jahren wurde fast die Hälfte der weißrussischen Intelligenz vernichtet. Repressiert wurden Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller sowie politisch und gemeinnützig Engagierte in verbotenen Parteien und Organisationen. Unter anderem wurden 238 Literaten verfolgt, von denen nach 1953 aus den Lagern nur noch 20 zurückkamen. Nur 20 Schriftsteller im ganzen weißrussischen Schriftstellerverband wurden überhaupt nicht von diesen Maßnahmen betroffen. 150.000 Menschen aus Weißrussland und den baltischen Staaten wurden an einem Ort, Kurapat, erschossen. Dort befindet sich ein großes Massengrab. Das ist nicht weit entfernt von Minsk. Es ist fast an der Stadtgrenze. Dort wächst der Wald und es gibt dort die Gruben. In jeder dieser Gruben liegen zweihundert bis sechshundert Menschen. Alle die Erschießungen wurden mit Pistolen der Marke „Nagan“ durchgeführt. Diese Pistolen bildeten normalerweise die Bewaffnung der Gefängniswärter und der Mitarbeiter des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten). Allein bei Minsk sind sechs solcher Massengräber bekannt. Gerade erst in diesen Tagen wurde ein Artikel veröffentlicht, in dem beschrieben wurde, dass Archäologen ein neues Grab gefunden haben, in dem sich die Überreste von etwa 200.000 Menschen befinden. Die Repressionen der zwanziger und dreißiger Jahre waren tatsächlich eine Katastrophe für das weißrussische Volk. Denn sie vernichteten den aktiven, gebildeten, denkenden Kern der Bevölkerung, und pflanzten in die Herzen der Menschen den Virus der Angst ein, der auch jetzt noch dort fortlebt. Es wurden insgesamt ungefähr eine Millionen Menschen ermordet. Nach dem Krieg gab es in Weißrussland dann einige antikommunistische Untergrundorganisationen. Die vorwiegend jugendlichen Mitglieder dieser Organisationen machten sich die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des weißrussischen Staates zur Aufgabe und den Kampf gegen das kommunistische Regime. Sie wurden allerdings schnell entdeckt, ihre Mitglieder erschossen oder gefangengenommen. In den vierziger und fünfziger Jahren wurden ungefähr 150.000 weißrussische Bürger wegen antisowjetischer Tätigkeit verurteilt. Nach Stalins Tod begann man mit der massenhaften Rehabilitation zu unrecht verurteilter weißrussischer Bürger. Das Oberste

Gericht rehabilitierte in dieser Zeit – in den fünfziger Jahren – etwa 50.000 Menschen, und das Kriegsgericht rehabilitierte etwa 20.000. Es blieben noch einige hunderttausend Bürger, deren Rehabilitation niemand forderte und die darum auch nicht rehabilitiert wurden.

Hervorzuheben in diesem Sinne ist noch das Jahr 1968. Ein junger weißrussischer Arbeiter protestierte offen gegen den Einzug der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei. Sein Name war Micha Kudahaba und im weiteren Verlauf saß er dann siebzehn Jahre in kommunistischen Lagern. 1970 schwappte die Welle der europäischen Studentenunruhen auch nach Minsk. In Weißrussland lösten sie zum Beispiel Unterschriftensammlungen aus für studentische Selbstbestimmung, in denen gefordert wurde, dass die weißrussische Sprache an den Universitäten als Unterrichtssprache eingeführt werden sollte. An die Universitäten wurden vorrangig russische Bürger gelassen; dagegen protestierten die Studenten auch. Die Organisatoren dieser Aktionen waren vorrangig Studenten, wie schon gesagt und einige von Ihnen kamen dann in ein psychiatrisches Krankenhaus – also in eine Anstalt zur Heilung.

In den siebziger Jahren arbeiteten in Minsk in Weißrussland einige antikommunistische Untergrundgruppen. Die kämpften für eine Unabhängigkeit Weißrusslands und gegen das kommunistische Regime. Die Gruppen versuchten aber legale Wege zu finden, um ihre Standpunkte durchzusetzen. Zum Beispiel diskutierten sie öffentlich Fragen der weißrussischen Kultur, Geschichte, Philosophie, Literatur und Kunst. Es kam dann zu diesem Samisdat, also Selbstverlag, wo die Leute selber herausbrachten, was sie schrieben. Zum Beispiel hat er Ihnen ein Buch mitgebracht, das so selbst verlegt wurde. Es hat das Aussehen eines normalen Buches, innen aber sind dann andere Inhalte – gefährlichere, illegalere. Diese Gruppen wurden allerdings auch entdeckt und bestraft.

Eine neue Welle des Kampfes schwappte dann nach Weißrussland im Zuge dessen, dass in Polen die Leute sich dem kommunistischen Regime widersetzen. 1982 wurde auch ich in so eine kleinen Gruppe – klein aber sehr aktiv – aufgenommen. Im Statut der Gruppe ist festgeschrieben, dass das Mitglied einer Gruppe in einer weißrussischen Organisation arbeiten sollte, einen politischen Kern dort bilden sollte um die politische Arbeit einzuleiten. Gefordert wurden von diesen Gruppen die Unabhängigkeit Weißrusslands, die Wahrung der Menschenrechte, die Entwicklung der Selbstbestimmung, die demokratische Entwicklung des Landes überhaupt und die Mitarbeit mit anderen demokratischen Organisationen. Schon damals stand in diesem Programm eine demokratische Revolution in der UdSSR; und die Loslösung der europäischen (Sowjet-)Republiken würde die hauptsächlichen Hindernisse auf dem Weg zu einem vereinten Europa beseitigen. Die legale Arbeit

in sogenannten nichtformalen Gruppen, die sich zum Beispiel mit Bildung oder Folklore beschäftigten oder aus Schriftstellern bestanden, wurde verbunden mit illegaler Arbeit, die natürlich streng verboten war. Diese Taktik half dieser Gruppe ohne Unterbrechungen bis 1987 zu bestehen. Die Macht verstand, dass in diesen nichtformalen Gruppen etwas nicht in ihrem Sinne verlief, aber es gab keinen offenen oder triftigen Anlass, die Mitglieder dieser Vereinigungen zu verfolgen. Es wurde dann von Seiten des Komsomol – von der Partei – ein ideologischer Kampf gegen diese Gruppen durchgeführt; es hieß damals „mit dem Schaum auf den Wellen der Perestroika“. Sie versuchten also Mitglieder dieser Organisationen abzuwerben und gleichzeitig eigene Agenten einzuschleusen. Es kam dann 1987 zu einem Zusammenschluss von einigen Gruppen zu einer Konföderation weißrussischer Gruppen, die danach eine wichtige Bedeutung hatten für die Entwicklung der Demokratie in Weißrussland. Ich war ein Mitglied und Vertreter diese Bundes, eines Bundes von etwa 60 jungen weißrussischen Schriftstellern. Es arbeiten drei von uns als Mitglieder einer Untergrundgruppe und dort herrschte eine Atmosphäre des Widerstandes gegen das existierende kommunistische System. Der Bund engagierte sich stark für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Republik. 1987 wurde tatsächlich ein Mitglied dieser Organisation gefangen genommen – bei einer Samisdat-Verteilung. Aber er wurde schnell wieder freigelassen, weil Gorbatschow kam und die sogenannte Perestroika begann. 1988 wurde die erste Menschenrechtsorganisation gegründet. Die hieß Martirológ Weißrussland. Sie wurde dazu gegründet, die Wahrheit über die stalinistischen Verbrechen ans Licht zu bringen. Dabei wurde dann auch die schreckliche Wahrheit über dieses Massengrab bekannt, Kurapat. Diese Organisation forderte, dass unverzüglich damit begonnen werde, die Rehabilitationen durchzuführen, und denen, die repressiert waren, Vergünstigungen einzuräumen, sowie ihnen Geld auszahlten. Dazu sollte noch das Andenken an diese schrecklichen Zeiten bewahrt werden. In der Folge wurde 1990 ein Gesetz zur Rehabilitation erlassen. Durch die Arbeit aufgrund dieses Gesetzes, durch seine Wirkung wurden noch mehr Bürger rehabilitiert. Die Verfolgten bekamen also jetzt Vergünstigungen eingeräumt. Es wurde der Bau eines Denkmals geplant für die Opfern von Kurapat. In Schul- und Universitätslehrbüchern im Fach Geschichte wurde dieses Thema objektiv wiedergespiegelt. Es waren zwar sehr kleine Beträge, die ausgezahlt wurden – zwischen zweihundert und dreihundert Dollar für zwanzig Jahre Gefängnis in Konzentrationslagern. Aber es war doch immerhin irgendwie eine Anerkennung dessen, was gewesen war. Leider wurde mit der Machtübernahme von Alexander Lukaschenko das alles wieder zunichte gemacht. Es kam also seit '95 wieder zu politischen Strafprozessen und es gab auch wieder politische Gefangene. Dutzende

von Menschen wurden vor Gericht gestellt und zu kurzen Haftstrafen wurden einige tausend Menschen verurteilt. Jetzt sitzt ständig irgendjemand in Weißrussland im Gefängnis und jede Woche werden Gerichtsverhandlungen durchgeführt. Zur Zeit befindet sich ein Deputierter des 13. Obersten Rates, André Klimow, im Gefängnis. Er sitzt dort schon seit vier Jahren. Gerade in der letzten Woche wurde der Menschenrechtler und Journalist Waleri Schukin zu drei Monaten Haft verurteilt. Es wurde auch ein Strafprozess gegen vier junge Leute angestrengt, die Graffiti mit dem Schutz der Menschenrechte als Inhalt gesprüht hatten. Und das allerschlimmste ist, dass Oppositionelle verschwanden. Es verschwand zum Beispiel der Innenminister Sacharimka, Vizesprecher des Parlamentes, und sein Freund André Sawatzke. Die weißrussischen Menschenrechtsschützer sprechen darüber, dass die weißrussische Staatsgewalt keinen geringen Anteil daran hatte. Gleichzeitig wurden die weißrussischen Bürger in ihren Rechten empfindlich eingeschränkt. Die Massenmedien wurden unter strenge Kontrolle genommen, die Vergünstigungen zugunsten der Verfolgten aufgehoben und der Beschluss über den Bau des Denkmals zurückgezogen. Und die Nichtregierungsorganisation, die sich mit Fragen der Verfolgten beschäftigt, bekommt überhaupt keine staatliche Unterstützung. Lukaschenko bemüht sich also, das Land mit allen Mitteln zurückzuführen in eine kommunistische Atmosphäre. Allerdings wuchs in dieser Zeit auch eine neue Jugend heran, die unsere Gesellschaft stärkt und die sich eben diesen Versuchungen Lukaschenkos widersetzt. Dankeschön.

Iwan Bedniakow (Dolmetscherin Cornelia Debes)

Weißrussland, geboren 1928 in Liegnitz, heute Polen, während des Krieges im Alter von 14 Jahren mit seiner Mutter nach Deutschland als Zwangsarbeiter verschleppt, nach dem Krieg zwar nicht wie viele andere aus diesem Grund in der Sowjetunion inhaftiert, andere Familienmitglieder waren jedoch dem Druck des Regimes ausgesetzt

Liebe Gäste. Ich begrüße sie und möchte ein paar Worte aus meinem Leben sagen. Ich bin Iwan Bedniakow aus der weißrussischen Republik. Ich möchte meinen persönlichen tiefen Dank denjenigen aussprechen, die es mir ermöglicht haben, hierher zu kommen in ihr schönes Land in dieser wunderschönen Zeit, in den warmen, sonnigen Maitagen. Alle Ereignisse von vor sechzig Jahren haben sich genau eingepreßt in mein Gedächtnis, obwohl ich damals noch ein Kind war. Zuerst kam ich nach Deutschland und musste hier arbeiten – im Alter von 15 Jahren. Ich bin für mein Schicksal sehr dankbar, dass ich mit 73 Jahren wieder hierher kommen durfte. Deswegen werde ich ihnen die reine Wahrheit erzählen über das, was war, als ich hier war, im Alter von 15 Jahren. Ich bin geboren im Dorf Chodize in Weißrussland. Bei uns in der Familie gab es drei Kinder, drei Brüder und ich

war der Älteste unter ihnen. Der Krieg ist ein furchtbares Leid für alle Völker. Aber besonders für die, die an die Front mussten, wo die Bomben explodierten und wo unschuldige Menschen starben. Friedliche Menschen, Alte und Kinder versuchten sich zu retten, wie sie nur konnten, genauso unsere Familie. Damals war mein Bruder erst zwei Jahre alt. Das Ende des 1943 Jahres war für unsere Familie schicksalsträchtig. Unsere ganze Familie versteckte sich in den Wäldern. Wir wohnten in Zelten und in Erdlöchern, die wir gerade noch graben konnten, weil die Erde noch nicht zugefroren war. Aber die Deutschen fanden uns und warf uns ins Gefängnis in Baprus. Dort haben wir das erste Mal empfunden, was uns wahrscheinlich erwarten würde. Im Gefängnis wurden Selektionen durchgeführt. Ich hatte das Glück und blieb mit meiner Mutter zusammen. Meine jüngeren Brüder wurden irgendwo hin verschleppt. Über den Vater war auch nichts bekannt. Später kam heraus, dass sie ihn nach Frankreich gebracht hatten. Nach einiger Zeit im Gefängnis in Baprus wurde ich gemeinsam mit anderen und mit der Mutter auf Waggons verladen, die eingeschlossen waren mit einer Art Zaun, Stacheldrahtzaun. Man stellte Wachen auf und führte uns fort. Die Waggons waren geschlossen und standen unter Bewachung. So wurde ich dann im Alter von 15 Jahren in die deutsche Stadt Liegnitz verschickt. Ich erinnere mich nur daran, dass man mich danach mit der Mutter zusammen in ein Dorf namens Waldorf schickte, wo man bei einem Georg Dannert arbeitete. Bei ihm arbeiteten zwei Weißrussen, zwei Polen und zwei Ukrainer. Ich erinnere mich daran, dass unter meine Verantwortung ein paar Ochsen gestellt wurden, die ich früher so noch nicht gesehen hatte. Sie waren solche großen und ich war so ein kleiner, dass sie scheinbar Mitleid mit mir hatten und sogar auf mein Kommando hörten. Um sie aufzuzäumen, musste ich mich auf einen Hocker stellen. Ich möchte noch einen Vorfall erzählen, der sich mir besonders eingeprägt hat. Ich sollte das Feld umpflügen. Der Bauer hatte mich schon gewarnt, dass man ordentlich und langsam pflügen muss. Aber ich macht mich mit meinem ganzen kindlichen Ungestüm an die Arbeit. Diese kindliche Verspieltheit gehört ja immer zu den Kindern. Ich habe nicht nur gepflügt, sondern bin auch auf dem Ochsen geritten. Am Ende des Tages war das Feld schon umpflügt. Zum meiner Verantwortlichkeit gehörte auch noch ein kleines Pferdchen. Ich sollte es jeden Morgen füttern und pflegen. Da kam es einmal vor, es war schon dunkel, dass ich in den Stall gegangen bin und es war so dunkel und so warm und das Pferdchen war so nett und da habe ich mich an das Pferd angelehnt und plötzlich bin ich eingeschlafen. So hat meine Arbeit an diesem Morgen angefangen, schlafend im Stall. Auf dem Feld war dann schon heller Tag. Die Mutter arbeitete immer auf dem Feld. Wir wohnten ohne Heizung und ohne andere Annehmlichkeiten des Lebens über den Kühen. Wir wussten damals nicht, was eine Wanne oder

was ein Badezimmer ist. Es kam vor, das man sich im Sommer einmal an den kalten Wasserhahn stellte und ein bisschen abwusch und damit hatte sich das ganze Waschen getan für den Tag. Und deswegen haben wir sehr gelitten unter Parasiten. Diese konnte man nur auf eine Art bekämpfen: man hielt seine Kleidung übers Feuer. Verglichen mit anderen Arbeitern zu dieser Zeit hatten wir aber eigentlich Glück. Wir wurden nicht geschlagen. Wir mussten keinen Hunger leiden, man gab uns Kartoffeln. Wir haben eine besondere Kleidung getragen mit einem Aufnäher „Ost“. Für uns gab es eine Sperrstunde. Und einmal die Woche wurden wir von der Polizei kontrolliert. Wer zu dieser Zeit nicht an dem für ihn bestimmten Platz sich befand, der konnte im Konzentrationslager enden. Als man schon die rote Armee herankommen hörte – die Salven –, sammelten die Deutschen all ihr Vieh und ihr Vermögen ein und brachten es ins Landesinnere. Einmal in dieser Zeit, als ich auf der Straße ging und dort die Viehherden getrieben wurden, fiel ich einem Soldaten ins Auge. Er sagte, dass ich ihm helfen sollte. Aber das hätte bedeutet, dass ich mit ihm hätte gehen müssen und so meine Mutter verloren hätte. Und was bedeutete es damals, jemanden zu verlieren. Ich tat so, als würde ich ihm helfen wollen und dann, als der Soldat sich gerade mal umgedreht hatte, sprang ich in die Herde hinein und kroch unter den Kühen durch. Auf der anderen Seite der Straße kam ich dann wieder zwischen den Kühen heraus und rannte in den nächsten leeren Hof. Dann sah ich, dass ein Soldat mir nachrannte. Ich sah einen Schuppen und rannte schnell da rein und versteckte mich hinter den Dingen, die da waren. Ich saß und atmete kaum. Ich dachte, dass mein Herz so laut schlug, dass der Soldat es hören musste. Er kam mir nach auf der Treppe, hielt dann an, hörte sich um, hörte nichts und ging wieder. Ich saß noch lange dort in diesem Schuppen und bewegte mich nicht. Wenn er mich damals gefunden hätte, das hätte für mich meinen Tod bedeutet. Dann kehrte ich zu meiner Mutter zurück und am nächsten Tag schon kam die rote Armee. 1945, als die rote Armee kam, kam ich in ein Filtrationslager. Machen Sie sich bewusst, was ein Filtrationslager ist: das ist etwas sehr ähnliches wie ein Konzentrationslager. Nach lang andauernden und sorgfältigen Untersuchungen wurden wir an unseren Wohnort zurückgeschickt, weil ich noch nicht volljährig war und die Mutter schon über 45. 1945 kam dann der Vater zurück, der, als er aus dem Baprusker Gefängnis herauskam, nach Frankreich geschickt worden war. Er war zu dieser Zeit 57 Jahre alt. Er war auch in so einem Filtrationslager gewesen. In der stalinistischen Zeit standen aber die, die aus Deutschland zurückkamen immer wieder unter Verdacht, es wurde ihnen kein Vertrauen entgegengebracht. Jungen Leute, die jetzt endlich eine Ausbildung haben wollten, verbot man den Zugang zu den Universitäten. Wer in diese Lager geschickt wurde, hatte danach große Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden.

Weil ich noch nicht volljährig war, traf mich dieses Misstrauen noch nicht so sehr. Viele andere Leute mussten all das durchmachen. Im weiterem haben sie mich nicht mehr in irgendwelche Gefangenenlager gesteckt, aber ich fühle, dass diese Zwangsarbeit in Deutschland ein entscheidender Punkt in meiner Biografie war. In vielen Fällen, wenn sich so Alltagsfragen stellten oder wenn es darum ging, sich zu qualifizieren in der Arbeit wurde nicht zu meinen Gunsten entschieden. Eine nahe Verwandte meiner Frau, sie war auch in einem Zwangsarbeitslager – in der Nähe von Köln –, verlor nicht nur ihre Gesundheit dort und lebte nicht mehr lange in Weißrussland, sie war auch dem ständigen Druck ausgesetzt durch die örtliche Polizei. Aber zum Glück sind diese furchtbaren Zeiten vorbei. Und man möchte so sehr hoffen, dass sie auch nie wieder wiederkehren werden. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ioan Ilban (Dolmetscher William Totok)

Rumänien, geboren 1930, aus politischen Gründen 1948 für drei Jahre inhaftiert, unter anderem in Sighet (Nordrumänien), einem Gefängnis für Intellektuelle, heute Direktor der dortigen Gedenkstätte

Meine Damen und Herren, liebe ehemalige Mithäftlinge. Als ehemaliger politischer Häftling und als Verwalter der Gedenkstätte von Sighet möchte ich die Teilnehmer an diesem Kongress herzlich begrüßen. Solche Veranstaltungen sind sehr nützlich, um einen Meinungsaustausch darüber zu veranstalten, was sich in den westlich an die ehemalige Sowjetunion angrenzenden Ländern in der Vergangenheit getan hat. Und zwar in der Zeit des Totalitarismus die wir ja kennen. Ich möchte jetzt nicht auf Einzelheiten aus der Zeit des Totalitarismus eingehen, denn das was wir dort erlebt haben, kennen wir und die Leiden, die wir erlitten haben, die sind ähnlich in all diesen Ländern gewesen. Ich möchte mich in erster Linie auf die Entwicklung nach 1989 beziehen und einen kleinen Vergleich zwischen der Situation der ehemaligen politischen Häftlinge bei uns und in anderen Ländern machen. Die meisten Menschen, die unter dem Totalitarismus zu leiden hatten, sind heute ältere Leute. Sie hatten viel zu erleiden. Sie haben viele ihrer Besitztümer verloren. Nach langjährigen Haftstrafen haben viele dieser Leute es nicht mehr geschafft, eine richtige Rente sich zu erarbeiten. Gerade weil diese Leute eine sehr niedrige Rente erhalten, gab es auf Antrag des rumänischen Häftlingsverbandes eine Gesetzesinitiative zur Unterstützung der ehemaligen politischen Häftlinge. Diese Gesetz wurde im rumänischen Parlament als eine Art Reparationsgesetz verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, eine Entschädigungssumme von 300.000 Leu pro Haftjahr. Wenn man diese Summe nun in Mark umrechnen würde, würde man sehen, dass für jedes Haftjahr ein rumänischer Häftling 24 DM bekommt. Umgerechnet natürlich.

Dieselbe Wiedergutmachungssumme von 24 DM erhalten auch die Deutschen aus Rumänien, die nach 1945 in die Sowjetunion zur Wiederaufbauarbeit deportiert worden waren. Die gleiche Entschädigungssumme bekommen auch die ehemaligen Kriegsgefangenen, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft geraten waren. Jene Leute, die innerhalb des Landes deportiert wurden, also zu Zwangsaufenthalt verpflichtet wurden, bekommen 12 DM Entschädigung. Die ehemaligen politischen Häftlingen in Rumänien haben keine pauschale Reparationssumme bekommen, sondern nur diese 300.000 Leu die monatliche als eine Art Monatsrente ausgezahlt werden. Gleichzeitig erhielten sie auch nicht ihre beschlagnahmte Besitztümer zurück. Einige wohnen wohl in ihren früheren Eigentumswohnungen aber haben sie nicht zurückbekommen. Und sie müssen in ihren eigenen Wohnungen Miete bezahlen. Die meisten ehemaligen politischen Häftlinge sind in einem fortgeschrittenen Alter. Und trotz dieses fortgeschrittenen Alters nehmen sie teil an dem, was man als Aufarbeitung der Vergangenheit bezeichnen kann. Viele dieser früheren Häftlinge haben ihre Memoiren aufgeschrieben, ihre Erinnerungen, die in der Gedenkstätte von Sighet aufbewahrt werden. Diese Gedenkstätte soll demnächst hoffentlich in eine internationale Gedenkstätte zum Studium des Totalitarismus umgewandelt werden und gleichzeitig ein wichtiges Museum werden. Wir hoffen, dass sie uns darin auch unterstützen, diese Memorial in ein Museum zu verwandeln, in eine internationale Gedenkstätte. Hier sollen wichtige Dokumente zugänglich gemacht werden also nicht nur für rumänische sondern auch für internationale Interessierte. Sie sollen sowohl von Historikern benutzt werden können als auch von sonstigen Interessenten, die sich dieses Themas annehmen und sich damit auseinandersetzen möchten. Also für alle Leute, die sich um Totalitarismus kümmern und die sich damit auseinandersetzen wollen, sowohl mit dem rechten als auch dem linken Totalitarismus. Vielen Dank.

Jörn Mothes

Herr Ilban, ich danke ihnen sehr herzlich für ihr Grußwort. Es hat uns in ein Land geführt, in dem auch die Planung einer Gedenkstätte als eine ganz praktische Frage derzeitig zur Lösung ansteht. Ich darf darauf hinweisen, dass, durch Herrn Haschke in Thüringen und die Leute von der Geschichtswerkstatt Jena, ja schon erste Unterstützungen auch für die Gedenkstätte von Sighet passiert sind. Ich finde das wichtig, dass wir die Arbeit in diesen Ländern unterstützen. Vor kurzem haben einige von uns ja eine kleine Tagung in Rumänien gemacht und über das Aktenöffnungsgesetz und die Erfahrungen dort diskutiert. All dies nimmt in den Blick, dass wir gemeinsam an der Aufgabe der Überwindung des Totalitarismus arbeiten.

Berichte aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Michael Beleites

Wir wollen uns jetzt den Beiträgen aus den Verfolgtenverbänden und aus den Aufarbeitungsinitiativen zuwenden. Sie haben Gelegenheit, aus ihrer Arbeit zu berichten, ihre Anliegen vorzutragen, ihre thematischen Schwerpunkte vorzustellen. Die Tagung ist überschattet möchte ich nicht sagen, aber doch sehr beeinflusst durch die Debatte des gestrigen Tages im Deutschen Bundestag über den Gesetzentwurf für ein drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zur Schaffung einer Ehrenpension für politisch Verfolgte. Wir haben aufgrund des großen Interesses diese Debatte jetzt noch mal eingeblendet in der Kaffeepause. Wir haben es leider zeitlich nicht geschafft, die gesamte Debatte wiederzugeben. Es findet sich vielleicht Gelegenheit im Laufe der Tagung das weiterzuführen. Eins ist mir sehr wichtig. Nicht nur den Vergangenheits- und Gegenwartsaspekt einer Ehrenpension zu benennen, sondern auch den Zukunftsaspekt. Denn eine Würdigung derjenigen, die unter den Bedingungen der Diktatur Zivilcourage gezeigt haben und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben, hat auch eine Signalwirkung für die Jugend. Es hat auch eine Signalwirkung für die Allgemeinheit, dass diese Zivilcourage doch nicht umsonst war, wenn sie von der Gesellschaft insgesamt gewürdigt wird. Und ich denke, diesen Aspekt darf man nicht unter den Tisch fallen lassen.

Gestern Abend war Herr Nooke hier noch zu Gast bei unserer Veranstaltung. Ich bin beauftragt, von ihm herzliche Grüße zu sagen. Günter Nooke hat ja diesen Antrag eingebracht hat in den Bundestag für die CDU/CSU-Fraktion.

Hans Schwenke

BSV-Bundesvorsitzender

Meine Damen und Herren, liebe Freunde und Mitstreiter. Der gestrige Tag war nach meinem Empfinden der schwärzeste Tag im wiedervereinigten Deutschland. 1989 gingen Hunderttausende auf die Straße und demonstrierten gegen Machtmissbrauch und Korruption und gegen die Privilegienwirtschaft der SED. Letztlich stürzten sie das SED-Politbürokratenystem. Gestern nun, knapp zwölf Jahre später, sanktionierte das Gesamtdeutsche Parlament eben diese Privilegienwirtschaft der SED. Das war für meine Begriffe der Grabgesang des Gesamtdeutschen Parlaments auf die friedliche Revolution von '89.

Die soziale Schere zwischen den Diktatoren und ihren Helfershelfern auf der einen Seite und den Verfolgten und Opfern des SED-Regimes auf der ande-

ren ist nach dem gestrigen Beschluss, der einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgte, nach der Anhebung der Renten für die Systemnahen nur noch größer geworden. Und die Ablehnung des dritten Unrechtsbereinigungsgesetzes, die wir soeben erlebt haben, ist ein Schlag ins Gesicht aller jener, die für Freiheit, Demokratie und die Einheit unseres Vaterlandes große Opfer gebracht haben. Ich hatte Gelegenheit gestern, noch vor dieser Abstimmung im Bundestag, auf einer Pressekonferenz zu sagen – und das gerichtet an jene, die das dritte UBG abgelehnt haben: „Wer die Verfolgten einer Diktatur im sozialen Abseits belässt, hat das Recht verwirkt, Menschen zur Zivilcourage aufzurufen. Wer es dennoch tut und sich der Verantwortung jenen gegenüber entzieht, die Zivilcourage gezeigt haben, der führt Menschen ins persönliche Unglück. Wer die Freiheit und die Demokratie bewahren will, muss jenen Menschen helfen, die große Opfer für die Freiheit und die Demokratie erbracht haben.“ Ich hoffe, dass diese meine Presseerklärung nachher hier auch noch ausliegt.

Der gestrige Tag setzt eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik. Warum konnte das geschehen und was ist nun eigentlich zu tun. Zuerst einmal: Warum konnte es geschehen? Seit 1998 befinden sich die 68er an der Macht. Sie, aber auch etliche Konservative, sind geprägt zum einen von der Re-education nach 1945, also dieser Umerziehung durch die Alliierten, und zum anderen von einem sogenannten Antifaschismus der sechziger/siebziger Jahre, der selbst Zugang gefunden hat in bürgerliche Kreise, der die bürgerliche Herkunft verleugnet, und die nationale Identität obendrein. Dieser Antifaschismus korrespondiert mit dem verlogenen Antifaschismus der SED/PDS. Einem Antifaschismus, der in eine nationale Selbstkasteiung mündet. Und genau diese nationale Selbstkasteiung, die aus diesem verlogenen Antifaschismus heraus geboren ist und zu einer Kollektivverurteilung aller Deutschen führte, sie genau befördert die Fremdenfeindlichkeit und den Nationalismus. Nichts anderes. Dieser Antifaschismus verschleiert auch die geistige Identität zwischen Sozialisten, den Realsozialisten und Nationalsozialisten. Man vergegenwärtige sich nur einmal der Wahlkämpfe und eines Plakates der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, der NPD, gegen die heute auch hier demonstriert wird, und das da lautet: „Arbeit statt Profite“. Diese Losung könnte ebenso gut auf einem PDS-Plakat stehen. Das ist Klassenkampf pur.

Zweitens, was die Ursachen anlangt: Die „Anständigen“, wie sich nun die neuen Antifaschisten nennen, sind an der Aufrechterhaltung ihrer 1998 erungenen Macht interessiert – und damit an der Aufrechterhaltung eines geistigen Klimas, das alle rechts von der so genannten „neuen Mitte“ als profaschistisch und Neonazis bezeichnet. Das ermunterte dann zum Bei-

spiel auch 23 Stasi-Generäle, uns elf Jahre nach ihrer Entmachtung wieder als Verbrecher, Mörder, Terroristen zu bezeichnen. Ich denke, unser Zeugnis, das Zeugnis der Opfer und Verfolgten des Sozialismus stört genau bei der Zementierung dieses geistigen Klimas. Und eine Gleichsetzung, oder schon allein der Vergleich von Real- und Nationalsozialismus, ruft alle Linken sofort auf den Plan. Sie brauchen den Erhalt ihrer alten Feindbilder. Um des gewünschten politischen Klimas und um der Erhaltung dieses gewünschten politischen Klimas willen wird dann natürlich auch die SED-Diktatur verniedlicht.

Das genau sollte gestern im Bundestag demonstriert werden. Die SED-Diktatur ist doch gar nicht so schlimm gewesen, wie die nationalsozialistische. Dabei wird hier ein Vergleich gezogen, der so nicht einmal zulässig ist, weil man nämlich Realsozialismus und Nationalsozialismus zur Zeit, wo sie nebeneinander existierten, vergleichen muss. Dann stellte man ihre geistige Identität fest, und dass sie sich in den Formen und Methoden ähnelten, sich auch gleich waren. Die Verharmlosung der sozialistischen Diktatur ist das wichtigste Element zur Aufrechterhaltung des geistigen Klimas der 68er. Und in deren Sog glauben einige von der SED in die PDS gerettete Kader, dass sie den Weg wiederfinden zur Rückeroberung der Macht. Und teilweise ist es ihnen ja auch gelungen, wenn ich an Mecklenburg-Vorpommern oder auch hier an Sachsen-Anhalt denke. Und damit komme ich zur Rolle der PDS.

Seit 1986, seit dem Ausscheiden von Markus Wolf aus dem Ministerium für Staatssicherheit und seiner Veröffentlichung des Buches „Die Troika“, versucht die SED – und nun auch die PDS in ihrer Folge – sich das Mäntelchen des Antistalinismus umzuhängen. Also, sie begnügen sich nicht damit, den Antifaschismus für sich zu vereinnahmen, nein, den Antistalinismus auch noch. Zunächst ging es ihnen dabei um die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht, und nachdem sie zerbrach, um die Rettung der Idee des Sozialismus und um die Rückkehr zur Macht. Dazu brauchen sie sowohl den Antifaschismus und dazu hätten sie dann auch gerne, dass man sie als Antistalinisten ansieht, die sich damit brüsten, nun alles aufzuhellen über das „Wüten Stalins in den eigenen Reihen“.

Deshalb stimmt die PDS und stimmte sie auch allen seit 1991 eingebrachten Gesetzen zur Entschädigung der Opfer des SED-Regimes zu, und auch denen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR. Völlig ungefragt stimmte sie dem zu. Sie entschuldigte sich auch wortreich. Aber sie zeigte keinerlei tätige Reue. Jedes Mal, wenn das Gespräch darauf kommt, was denn nun diese PDS mit dem Vermögen, das sie besitzt, an tätiger Reue und Wiedergutmachung zu leisten gewillt ist, verweist sie immer darauf, dass die Treu-

handanstalt ihr das alles weggenommen habe. Sie hat ihr nur weggenommen, was ihr nicht gehörte. Es geht darum, dass diese PDS mit dem Vermögen, was sie über die Zeiten gerettet hat, sich an der Wiedergutmachung der Schäden beteiligt, die sie als SED angerichtet hat. Da reichen nicht wortreiche Entschuldigungen. Und sie helfen schon deshalb nicht, weil – wenn wir uns mal die Praxis der PDS ansehen – wir erleben, dass sie in der Praxis immer nur Anträge zugunsten der alten Kader des SED-Staates eingebracht hat. Die hat sie unterstützt und befördert. Und sie befördert auch die Ostalgie, die darauf hinausläuft, der Öffentlichkeit zu suggerieren: So schlimm sei ja alles nicht gewesen.

Es tut der PDS nicht weh, irgendwelchen Anträgen, etwa der CDU/CSU, ihre Zustimmung zu geben. Sie verliert keine Wählerstimme dadurch. Nur einige von uns fallen manchmal darauf herein und meinen, man müsste mit diesen PDS-Genossen reden und ihnen ins Gewissen reden. Und ich sage: Die haben keines. Und deshalb warne ich vor Annäherungen an diese PDS – jeden, der sich mit solch einer Absicht trägt oder der es bereits getan hat. Wir wollen ihnen nicht helfen, nicht ihre Heuchelei unterstützen – weder in Sachen Antifaschismus, noch in Sachen Antistalinismus.

Zum Schluss eine Bemerkung. Entschuldigung, dass es ein bisschen länger dauert. Unsere Forderungen werden wir durchsetzen. Nicht heute, nicht morgen, manch einer von uns wird es nicht einmal erleben, das ist traurig, aber dessen bin ich mir bewusst. Ich will hier gar keine Illusionen wecken. Das ist das Ergebnis auch des gestrigen Tages: Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Aber wir dürfen auch nicht verzagen. Und wir müssen zusammenstehen. Die Zersplitterung, die Vereinzelnung, die Querelen innerhalb und zwischen den einzelnen Verbänden und Vereinen ist viel schlimmer als das, was uns der politische Gegner antut. Diese Zersplitterung, die Vereinzelnung, die Querelen, die lähmen uns.

Ja, das hatten wir ja im September angeregt. Das wünsche ich mir, dass dieser Sprecherrat, den wir damals gewählt haben, eine neue Konferenz einberuft, denn dazu ist er auch gewählt worden. Deswegen meine ich: Auch in diesem Sinne müssen wir zusammenstehen und die neue Konferenz vorbereiten, auf der wir uns tatsächlich nur mit diesem Thema befassen. Wir müssen bereit sein, etwas für uns selbst zu tun. Wir müssen auch bereit sein, einen eigenen finanziellen Beitrag zu leisten, ihn zu erhöhen. Es kann nicht sein, dass man glaubt, mit 2 DM Mitgliedsbeitrag im Monat könne man eine Interessenvertretung finanzieren. Wir müssen auch kampagnefähiger werden. Und wenn wir das alles verwirklicht haben – ich muss jetzt Schluss machen – dann ist mir auch nicht bange um die Zukunft, Und mit diesem positivem Ausblick möchte ich schließen. Danke.

Achim Grill

Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren, Zwangsaussiedlung in der DDR, nicht inhaftiert und doch bestraft: ausgesiedelt, deportiert! Nach der Wende am Rande der vielen Inhaftierten in Bautzen und sonst wo politisch Gefolterten. **Nicht verurteilt**, nein zwangsweise überfallartig in wenigen Stunden ausgesiedelt, bestraft mit der Folge einer gewaltsamen Zerschlagung der materiellen und der moralischen Existenz. Die Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität sprach in Sachen Zwangsaussiedlung von staatlich organisierter Gewaltkriminalität. Trotzdem, sie hat im Endergebnis ihre Ermittlungen auch nicht weiter fortgesetzt. Anzeigen in regionalen Bereichen wurden von der Staatsanwaltschaft abgewehrt, weil ja die Bundesregierung Deutschland zuviel dem Artikel 19 des Einigungsvertrages beigemessen hat, d. h. Beibehaltung des Verwaltungsrechts der sogenannten DDR. Fazit der menschenrechtswidrigen Zwangsaussiedlungen war eine totale Existenzzerstörung und Verlust des Vermögens. Die Begründungen zu solchen Zwangsaussiedlungen waren aus Willkür hervor gegangen und waren Unterstellungen, Mutmaßungen und zum Teil Halbwahrheiten mit Lappalien vermischt. Wenn man diese Begründungen ernst nehmen wollte – so beweist die kürzlich erarbeitete Dokumentation „Heringsbahn“ vom Grenzdenkmalverein Hötensleben – hätte man die halbe DDR um- und aussiedeln müssen. Beschwerden oder ein Rechtsweg auf den sich heute die von der sogenannten Siegerjustiz Betroffenen beziehen, waren damals den Zwangsausgesiedelten von diesen Leuten nicht eingeräumt worden. Und wenn sich noch jemand bei der Regierung beschwerte, der wurde dann von diesen Leuten, die sich da heute von der sogenannten Siegerjustiz betroffen fühlen, als das staatsfeindliche und kriminelle Element der Staatssicherheit gemeldet. Die schwerste psychische und doch auch moralische Belastung für die Betroffenen der Zwangsaussiedlung war zu damaliger Zeit, dass diese hinterhältigen und geheim gehaltenen Begründungen nicht den Betroffenen genannt wurden. Warum gerade ich und warum überhaupt, war die brennende Frage? Die massive Verleugnung der Zwangsaussiedlungen durch die Presse und allen anderen Medien als Gerüchte feindlicher Elemente stempelte die Betroffenen zum Lügner und zur Unglaubwürdigkeit, wenn sie dann wagten, die Vorgänge der Zwangsaussiedlung in ihrem Umfeld zu diskutieren. Die von der brutalen menschenrechtswidrigen Zwangsaussiedlung betroffenen Generationen, mitten im Leben stehend, in deren Lebensmotto noch die Begriffe Lauterkeit und Ehrlichkeit eingebunden waren, traf eine derartige Diskriminierung besonders hart und demütigend. Existentielle Fragen ohnehin: Die heuchlerisch im neuen Wohnumfeld als „Fürsorge“ fortgesetzte Kontrolle der menschenrechtswidrig Zwangsausgesiedelten wurden

genutzt, um weiterhin nach Bedarf und Beliebigkeit Verleumdungen und Diskriminierungen fein dosiert in alle Lebensbereiche der sogenannten Neuausgesiedelten zu streuen. Die Folge war, dass in Frage gestellt wurde, ob sie überhaupt würdig sind, in volkseigenen Betrieben zu arbeiten. Man versuchte damit nämlich, gleich einen Mangel an Hilfsarbeitskräften durch die Zwangsausgesiedelten in der Nebenwirtschaft zu sichern, das heißt auch in der privaten Wirtschaft, die eben nur zwei Drittel der Löhne der volkseigenen Betriebe zahlen durften. Unter diesen Aspekten waren – abgesehen von der generellen existentiellen Vernichtung – auch die Zwangsausgesiedelten jahrelang im neuen Wohnumfeld all diesen internen Diskriminierungen gleichermaßen ausgesetzt, wie politisch Inhaftierte nach ihrer Haftentlassung ausgesetzt waren. Das wirkte sich in gleicher Weise auf die sozialen und moralischen Ausgrenzung der Zwangsausgesiedelten und ihrer Kinder aus und führte nicht zuletzt zu schweren Depressionen. Das möchte ich hier noch einmal herausstellen, weil auch heute Herr Minister Ströbele in seiner Bundestagsrede wieder anfang, die politisch Verfolgten sogar in verschiedene Haftzeiten auseinander zu dividieren. Trotz dessen, dass die Bundesregierung und Konrad Adenauer 1952 „... im Namen des ganzen deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze vor aller Welt feierlichen Protest gegen diese erneute Missachtung der Menschenrechte ...“ mit dem Hinweis: „... Die Begründung der Maßnahmen trägt den Stempel der Unwahrhaftigkeit ...“ eingelegt hatte, will heute keiner mehr von dieser Adenauer-Erklärung wissen! Heute spricht, d. h. vier Jahre lang nach der Wende sprach die Bundesregierung – sie hatte ja dann (1994) ein verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz gemacht – davon, dass den Zwangsausgesiedelten, die in der DDR geblieben sind, nicht das Unrecht der deutschen Teilung zuteil wurde und sie nach DDR-Recht ausgesiedelt und entschädigt worden sind und somit keinen Anspruch auf Restitution haben. Unter diesem Aspekt wurde das Vermögen dieser Menschen verkauft und verhöckert von den Einrichtungen, die sich ja erst Treuhand, dann Bundesvermögensamt, Bundesvermögensverwaltung usw. nennen. Die sogenannte „DDR“-Entschädigung waren „Judas-Silberlinge“, um den Schein des Rechts vorzutäuschen. Auch heute (in der Bundestagsrede des Ministers Ströbele am 18. 5. 01) wurde der Bundestagsabgeordnete Herr Reiner Funke schon erwähnt. Der hat in diesem Tenor in voller Entschlossenheit geredet, und dies noch 1993. Und es hat eben fünf Jahre gedauert, dass endlich das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz auch die Zwangsaussiedlungen ansprach und mit einbezogen hat. Es waren aber „Windeier“, wenn man soll will. Dieses Gesetz deckt die Defizite der Zwangsaussiedlung in keiner Weise ab. Unabhängig von den unerhörten Zahlungsmodalitäten, die man den Betroffenen der Zwangsaussiedlung angetragen hat, äußerte eine Experte des Rechts-

wesens nach der Verabschiedung des Verwaltungsrehabilitierungsgesetzes: „... anstelle Brot werden es Steine, die ihnen das Verwaltungsrehabilitierungsgesetz bringen wird.“ Das Verwaltungsrehabilitierungsgesetz hat in der Praxis – so die ehemaligen Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten – schwere Wackersteine erbracht. Wir haben den Funktionären der „DDR“, die heute ihre Rentenerhöhung nun beschieden kriegen, auch noch eventuell zu ihrem Besitzstand beigetragen, indem von den Zwangsausgesiedelten die Zinsen nachzuzahlen sind, die abgefordert werden, weil ihre sogenannte „DDR“-Entschädigung zu „DDR“-Zeiten auf Sperrkonten festgelegt worden war. Die jahrelange Blockade gegen die Wiedergutmachungsansprüche und letztendlich gegen die Hoffnung auf Wiedergutmachung hat dazu geführt, dass letztendlich Gerichte und Vermögensämter und alle damit verbundenen Einrichtungen diese Gesetzesregelung, dass auch im Kleide des Rechts das Unrecht über die Rehabilitierung erfasst werden soll und vor allen Dingen auch die unrechtmäßige Entziehung von Vermögen, ebenso fortgesetzt blockiert und missachtet wurden! Aber das wurde dann gar nicht mehr wahrgenommen von den Ämtern. Die Betroffenen wurden unter diesen Voraussetzungen in die Resignation getrieben. Sie haben es satt, die Beweislast, die zu Alpträumen führt, erneut und immer wieder auf sich nehmen zu müssen und letzten Endes ihr wenig Erspartes über Klagen, die von den Nutzern des enteigneten Vermögens („gewendete“ Landräte und Kommunen) von Steuergeldern bezahlt werden, noch einzubüßen oder die ohnehin schon strapazierten Nerven ebenfalls dabei zu verlieren. Die Betroffenen haben das Empfinden, dass die Unrechtswirklichkeit der DDR mit juristischer Spitzfindigkeit und sogenannter Rechtsstaatlichkeit besiegelt wurde und schätzen ein, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat an dem Vermögen der Opfer bereichert. Die Argumente des Publikums der Claqueure und Mitläufer des „DDR“-Systems lauten doch ganz einfach: „Na siehst du, der neue Staat tut auch nichts für diese Leute. Der Rechts-Staat ist auch nicht besser.“ Und genau das geht in die Tendenz, die schon heute ein paar mal gesagt worden ist und auch in dem Einführungsvortrag gestern zum Ausdruck kam. Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung, an alle redlichen Parteien und an die Entscheidungsträger in der Regierung: Legen sie Ihr Veto ein, lassen sie aus Resignation nicht nur Hoffnung werden, sondern einen neuen Anfang gestalten. Deshalb muss wenigstens Rentenerhöhung der DDR-Leistungsträger mit ihrem heute noch sozialistischem Bewusstsein. Auch im Interesse der Nachfolgegeneration, die nicht zuletzt auch ihre Schlüsse aus der Behandlung der Elterngeneration in diesem Rechtsstaat, in dieser Demokratie ziehen wird. Deshalb glauben wird, auch als rehabilitierte Zwangsausgesiedelte mit

diesem Gesetz (3. SED-UnBerG) erfasst zu werden und nicht wie beim Vermögensrecht fünf Jahre lang ausgesperrt und diese Ansprüche abgewehrt zu kriegen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Alexander W. Bauersfeld

UOKG-Vorstandsmitglied

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich ironisch wäre, würde ich sage, ich beginne mit einem Dankschreiben von Margot Honecker an Staatsminister Schwanitz: „Sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich bedanke mich herzlich für die 45.000 DM Rentennachzahlung und ich finde die Forderung der SED-Opfer nach einer Ehrenpension unanständig.“ Das Wort unanständig hat ja der Herr Staatssekretär Schwanitz gestern im Bundestag gebraucht. Aber ich will ein bisschen nach der Reihe gehen, will mich auch an die Zeit halten. Also zuerst eine Situationsbeschreibung: Zitat „Statt dessen versuchten die Kommunisten zuerst den Verleger des Buches einzuschüchtern. Als ihnen das nicht gelang, kauften sie ganze Lagerbestände auf, auch von vorstädtischen und provinziellen Buchläden und vernichteten sie.“ Zitatende. Es geht nicht um das Buch von Hubertus Knabe über die Kumpanei westdeutscher Politiker, Journalisten, Manager und Kirchenführer mit der SED und dem MfS, sondern es geht um das Buch „Sonnenfinsternis“ von Arthur Köstler und es geht um die Reaktion der französischen KP 1945 auf Erscheinen dieses Buches in Frankreich. Seit der friedlichen Revolution von 1989, die sofort als Wende klein geredet wurde, gibt es starke Bestrebungen, die eigene sozialistische Ideologie in diesem Lande zu retten. Deshalb sollen Akten geschlossen und Bücher über Verstrickungen von westdeutscher Macht mit SED und Stasi verhindert werden. Weite Teile der Gesellschaft wollen gar keine wirkliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Deshalb stellt der Mitteldeutsche Rundfunk lieber Stasispitzel ein, die natürlich lenkbar und brav sind und das Thema Aufarbeitung des SED-Verbrechen nicht in das Programm dieses Senders behandeln möchten. Natürlich sind es zuerst die Politiker, selbst früher ein Teil kommunistisch extremistischer Gruppen, wie Trittin, Ströbele, Fischer, die neue Gesundheitsministerin Schmidt oder der Herr im Auswärtigem Amt Schmierer, der als Führungsfigur des kommunistischen Bundes Westdeutschlands tätig war, die natürlich kein Interesse an der Beschäftigung mit den Verbrechen des Sozialismus/Kommunismus haben. Und sie behindern das natürlich nach Kräften und sie drehen an den Finanzmitteln. Das ist natürlich ein ganz beliebte Sache. Und ich weiß nicht, wie lange es die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen noch gibt, die wir dringend brauchen, für deren Arbeit wir sehr dankbar sind, aber wie lange werden diese Leute das noch wollen? Und

wenn dann ein Politiker schreibt, dass er besonders von Erich Honecker beeindruckt war, wie das damals 1986 Gerhard Schröder schrieb, dann ist es doch deutlich, warum wir Verfolgten und Widerständler gegen eine Wand des Verschweigen stoßen. Obwohl die Bundestagfraktion der CDU/CSU eine Anhörung zu ihrem Gesetzesentwurf zu einer Ehrenpension und Erhöhung der Haftentschädigung durchführte, bleibt natürlich die Frage, warum sie das von 1990 bis 1998 versäumte, als sie die Mehrheit mit der FDP hatte und problemlos dieses Gesetz hätte verabschieden können. Es ist aber ein Schritt in die richtige Richtung und es bleibt gleichzeitig immer noch die Teilung der Opferverfolgten in Opfer erster und zweiter Klasse. Wir sind übrigens nicht Opfer zweiter Klasse, Verfolgte zweiter Klasse, denn nach dem Grundgesetz sind alle Bürger gleich. Wir fordern eine monatliche Ehrenpension von 1.400 DM unbegrenzt, nicht nur für zehn Jahre, weil dann diese Menschen um so tiefer in die Altersarmut stürzen würden und wir wollen diese Forderung auch weiter durchsetzen. Außerdem muss die Haftentschädigung auf 1.000 DM angehoben werden, weil wir ja auch Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in den SBZ- und DDR-Haftanstalten hatten.

Übrigens wäre es absolut notwendig auch über unsere Zwangsarbeit öffentlich zu sprechen für VEB-Betriebe, die der SED gehörten und Westbetriebe wie IKEA, Quelle, Neckermann oder Porst die angeblich nicht gewusst haben wollen, wer ihre Produkte billig in der DDR produziert. Notwendig wäre weiterhin ein neuer Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Behandlung der Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der SED-Diktatur im Unterricht, im Schulunterricht. Wir stehen als Zeitzeugen auch dafür zur Verfügung. Außerdem wäre es für viele Politiker dringend notwendig, mit SED- oder SBZ/DDR-Verfolgten zu sprechen, bevor sie Reisen nach Kuba, in die Volksrepublik China oder in die GUS-Staaten, Russland oder Weißrussland antreten. Oder Koalitionen mit der PDS eingehen. Übrigens es sollte für die SPD beschämend sein, wenn sie die Ehrenpension ablehnt und sich von der PDS überholen lässt. Wenn die PDS, die ja Mitschuld an unserer Verfolgung trägt, die SPD überholt und die Grünen, das muss für die beiden unheimlich beschämend sein. Ein Trauerspiel ist für mich sowieso die Haltung der Grünen. Für mich existiert das Bündnis '90 nicht mehr. Es gibt nur noch die Grünen, denn mit dem, was gestern im Bundestag passierte, hat das Bündnis '90 als Teil der Grünen aufgehört zu existieren. Wir müssen den Politikern viel deutlicher auf die Finger sehen. Wir müssen auch ihr Verhalten bei Abstimmung im Deutschen Bundestag beobachten, um sie dann gezielt anzusprechen und anschreiben zu können. Ich fordere jeden von ihnen auf, nehmen sie sich ihre Abgeordneten vor, treten sie den Leuten auf die Füße, gehen sie in deren Büros. Wir haben gestern eine Niederlage erlitten, aber das ist nicht das Ende, sondern es ist der Anfang. Wir müssen unseren

Protest deutlicher in die Öffentlichkeit, in die Medien tragen und wir sollten überlegen, ob wir unseren Protest nicht internationalisieren über NGOs zum Beispiel bei der UNO oder über internationale Gerichte. Die Süddeutsche Zeitung sieht übrigens heute Herrn Schröder auf den Weg in die Räterepublik. Das wollte ich nur noch mal anmerken, fand ich sehr interessant. Und dann bleibt bei mir natürlich die Frage, ob jemand mit Ministergehalt und Pensionsanspruch sich in die Situation von Opfern versetzen kann. Der eine warf Steine gegen das „Schweinesystem“ und lebt heute herrlich und in Freuden und wir waren inhaftiert in der SBZ und DDR, weil wir für Grundwerte Freiheit und Menschenrechte eintraten, die im sozialistisch – kommunistischen Teil Deutschlands mit Füßen getreten wurden. Es gab ca. 1 Millionen Verfolgungen in der SBZ/DDR und heute leben ca. 500.000 SBZ/DDR- oder SED-Opfer von Sozialhilfe. Das sind Angaben vom Norddeutschen Rundfunk. 500.000 leben auf Sozialhilfeniveau. Und ich habe vor ein paar Tagen mit der Witwe von Jürgen Fuchs in Berlin gesprochen, in der Evangelischen Akademie, und die Frau lebt mit ihren drei Kindern, ein Kind ist aus dem Haus, in Berlin von einer bescheidenen Pension von 1.000 DM, die der Staat ausgesetzt hat. Es ist für mich eine Schande, dass ein reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland eine Familie die soviel für unser Land getan hat, abspeist. Und Herr Staatsminister Schwanitz war auch auf der Beerdigung von Jürgen Fuchs und er sollte sich vielleicht daran mal erinnern, was damals alles gesagt worden ist, auf dieser Beerdigung. Und wenn heute Leute mit 1.000 DM und weniger in Armut leben, die gegen das SED-System gekämpft haben, ist das für uns alle eine Schande. Wer hat gewonnen, wer hat verloren? Wir haben nicht verloren. Aber seit gestern ist die Welt anders. Wenn im Deutschen Bundestag unsere Forderungen als unanständig bezeichnet werden, sollten wir den Vertretern, die so etwas sagen, wie Herrn Staatsminister Schwanitz, morgen den entsprechenden Empfang bereiten. Und wir sollten ihm sagen, dass wir uns so etwas nicht gefallen lassen. Wir haben eine Menschenwürde und wir lassen unsere Menschenwürde nicht mit Füßen treten. Wir werden auch weiter kämpfen, denn wir sind gestern durch diese Abstimmung im Deutschen Bundestag erneut verurteilt worden. Lassen Sie uns nicht resignieren, lassen Sie uns weiter kämpfen.

Peter Alexander Hussock

HELP e. V.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren. Als ich vorheriges Jahr die Förderliste der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchsah, war ich doch recht deprimiert: Das Bürgerbüro und der BSV – also der BSV hatte lediglich 9.000 DM für Beratung bekommen und

das Bürgerbüro lediglich 80.000 DM für zwei Beratungsprojekte, während demgegenüber Museen, Gesellschaften andere Archive zwischen 200.000 und 400.000 DM bekommen hatten und sicherlich auch beantragt hatten. Liebe Freunde primäre Aufgabe der Opferverbände ist es nicht, Projekte für Ausstellungen, für Wandzeitungen, für Bücher zu stellen, sondern primäre Aufgabe der Opferverbände ist es, Beratungsprojekte zu beantragen. Und eine effektive Beratung kann nur stattfinden in einer sozialen Kontakt- und Beratungsstelle mit wenigstens zwei Angestellten, und wenn es diese zwei Angestellte nur für ein Jahr gibt. Deswegen bitte ich euch beantragt für 2002 ein Volumen von 200.000 bis 300.000 DM für eure soziale Kontakt- und Beratungsstellen. Ich rufe hier auch die 17 Verbände der UOKG auf. Denn die 450.000 DM, die die UOKG bekommen hat, flossen auch größtenteils in Verwaltungsaufgaben, Ausstellungen usw. und nur der geringste Teil floss in die Beratung. Sollten Ablehnungen erfolgen, bitte ich euch auch mal zu dem Mittel der Verpflichtungsklage zu greifen. Die Verpflichtungsklage ist ein legitimes Mittel in jedem Rechtsstaat. Und es gibt schon einige Verbände, die sich dieser Klage bedient haben – vor dem Verwaltungsgericht – und auch Erfolg hatten. Am 16. Mai 2001, also vor wenigen Tagen, fand das erste Benefizkonzert seit dem Mauerfall in Berlin statt. Es ist arrangiert worden von einem Einzelkämpfer, vom Herrn Günter Jeschonek, Mitarbeiter des Lea-Rosh-Kommunikationszentrums und es ist gesponsert worden von DaimlerChrysler, Bertelsmann, Springer, Tagesspiegel, 100,6 und einem Kurhaus in Mecklenburg-Vorpommern. Begünstigter sollte die soziale Kontakt- und Beratungsstelle von HELP sein. Hört sich sehr gut an und viele denken jetzt von euch bestimmt schon: Jetzt klingelt die Kasse. Aber dem HELP-Vorstand war klar, dass – selbst wenn der Saal zu 75 % gefüllt würde, was er nicht war – gerade angesichts der Festkosten, die der Herr Jeschonek hatte von 35.000 DM, denn es macht heute niemand mehr etwas gänzlich umsonst und trotz Sponsoring für alle, für die Opfer vor allen Dingen und für die Verbände ein ideeller Gewinn dabei rausspringen würde. Der Amsterdamer Dirigent hat 10.000 DM genommen, das Kammerorchester „Immanuel Bach“ hat, glaube ich, 15.000 DM, die Saalmiete war fast 10.000 DM – also uns war klar, dass wir keinerlei materiellen Gewinn haben würden. Dennoch knieten wir uns in diese Aufgabe hinein. HELP hat zehn Freikarten gekauft à 20–30 DM, hat diese an die Bedürftigsten verteilt und wir haben im privaten Bekanntenkreis noch zwanzig Leute gewonnen, die kamen. Und ich meine, dies hätte man auch von allen Verbänden, Archiven, Museen, Bürgerkomitees, Gesellschaften zumindest im Raum Berlin Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erwarten können. Und ich bitte euch, wenn es noch mal zu einem zweiten Benefizkonzert kom-

men sollte: Werdet aktiv, tut was ihr könnt und verlasst euch nicht darauf, dass die Bevölkerung den Saal füllt. Die Bevölkerung liebt uns nicht und die Gesellschaft – hat mal ein Kölner Soziologe gesagt – liebt die Opfer nicht, egal welcher Diktatur. Wir müssen den Saal füllen! – Vorne saßen Politiker, vorne saß Merz, Schäuble hat die Rede gehalten, Gloß saß da, andere Bundestagsabgeordnete haben natürlich nun auch in den nichtgefüllten Saal reingeschaut und in die nichtgefüllten Ränge und sich ihre Gedanken gemacht – und die Ehrenpension wurde von Herrn Neubert vom Bürgerbüro, das übrigens diese Veranstaltung auch unterstützt hat mit ihren bescheidenen Mitteln, die Ehrenpension wurde zweimal angesprochen. Und da hätte man Flagge zeigen können. Soviel dazu. Es war – alles im allem würde ich sagen –, es war trotzdem ein ideeller Erfolg für uns alle, für alle Verbände und für alle Verfolgten. Jetzt will ich noch auf Defizite zu sprechen kommen, die mir im Magen liegen. Es gibt zwei Vorgänge seit der Wiedervereinigung, die stark rechtsbeugerische Merkmale tragen. Was unsere Psychatrieopfer betrifft, liegt die Anerkennungsquote bei lediglich 20 %, das heißt 80 % der Psychatrieopfer wird nicht eingeräumt, dass es zumindest einen teilweise politischen Hintergrund gab. Nach der Erkenntnis der sozialen Kontakt- und Beratungsstelle von HELP liegt die Quote mit politischem Hintergrund mindestens bei 35–40 %. Und der zweite rechtsbeugerische Vorgang betrifft das Vermögensgesetz. Ihr wisst selber, dass alle, die einen Ausreiseantrag gestellt haben, gezwungen wurden, zur Erlangung dieses Ausreiseantrags ihr Haus zu verkaufen. Die Käufer wurden nach der Wende sämtlich als redliche Erwerber eingestuft, obwohl logischerweise ein Nutznießer einer Erpressungsklage eigentlich nach weltweitem Recht und nach klassischem Recht seit Jahrtausenden nie ein redlicher Erwerber, sondern immer ein Hehler war. Aber was jetzt das rechtsbeugerische ist, die Vermögensämter haben alle Gesetzesverstöße dieser sogenannten redlichen Erwerber wie: „die standen gar nicht auf einer Vergabeliste, sie hatten gar keinen Antrag auf ein Haus gestellt, sie hätten als Nichtkinderreiche das Haus gar nicht bekommen dürfen“. Alle diese Gesetzesverstöße wurden sämtlich ignoriert. Uns ist kein Fall bekannt, wo sich ein Vermögensamt oder ein Verwaltungsgericht da Gedanken gemacht hat und gesagt hat, ja hier sind ja Gesetze der DDR ignoriert, verletzt worden und hier kann der gar nicht redlich sein, der Erwerber. Also das heißt, hier bin ich der Meinung – und in den drei Vorgängen, die von hinten einmal durchgehen und einmal von vorne, die ich euch bitte zu unterschreiben, ist der eine Punkt auch drin –, ich meine, der Bundestag ist hier gefordert, zumindest in Einzelfällen ein spezielles Wiederaufnahmeverfahrensrecht zu schaffen. Das kann nicht sein – wir wissen, wir kennen den Skandal der '45- bis '49-Leute, zu dem ich mich jetzt hier nicht

äußern will, selbst wenn wir da dem Bundestag und dem Bundesverfassungsgericht zubilligen, es sei teilweise im Recht – es kann nicht sein, dass noch mal ein anderer rechtsbeugender Vorgang, oder zwei Vorgänge hier zu Recht zu werden in diesem Jahrtausend.

So, dann wollte ich noch kurz was zur PDS sagen. Ich meine, dass die PDS eigentlich mit falschen Karten spielt, könnt ihr daran sehen: Gestern im Bundestag hat die PDS einen Antrag gestellt, dass man die UMTS-Milliarden – also die hundert Milliarden die Herr Eichel eingenommen hat, die jetzt schon 5 Milliarden Zinsen geworfen haben –, dass man die für die Entlastung von Altschulden auf dauerhaft leerstehenden Wohnraum nimmt. Kein Hinweis, dass man die für die Ehrenpension oder für andere Novellierungen nehmen könnte. Also ich glaube, damit haben sie sich geoutet als Falschspieler. Der letzte Punkt ist praktisch meine Danksagung. Ich möchte jetzt hier mal im Namen aller Verbände, die hier sind und aller Opfern mich bei den Landesbeauftragten die schon einen Bundeskongress ausgerichtet haben ganz herzlich bedanken. Das ist uns schon mal ein Herzensbedürfnis.

Wolfgang Kockrow

HELP e. V.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, gestern war ein schwarzer Freitag für Mörder, Terroristen, Nazis, Spione, Schädlinge, Diversanten und skrupellose Menschenhändler. Also für uns. So hat Ex-Stasi-General Heinz Schmidt, Leiter der Bezirksverwaltung von der Stadt, in der wir gerade sind, die hier Anwesenden genannt. Und jeder der hier sitzt kann sich jetzt einer dieser Kategorien zuordnen. Die Bundesregierung hat sich gestern mit der Entscheidung für Rentenerhöhungen für Systemnahe auf die Seite der SED, der Kreissekretäre und MfS-Folterer geschlagen.

Ich sagen ihnen mit dieser Entscheidung des Bundestages ist das Thema „Renten nach Lebensarbeitszeit“ für die SED-Nomenklatur noch nicht zu Ende. Die Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit wären wahnsinnig, wenn sie nicht jetzt auch zu unserem höchsten deutschen Gericht gehen würden und um gegen den Verstoß des Gleichheitsgrundsatzes zu klagen. Schließlich war die SED ihr Arbeitgeber, für sie verantwortlich und damit für alle MfS-Verbrechen. Das MfS war nur „Schild und Schwert“ der Partei, also nur ein Vollzugsorgan der SED, ein Hilfsorgan.

Menschen, die in vierzig Jahren SED-Diktatur verantwortlich waren, dass nach der Wiedervereinigung so viel Schrott in den Seelen so vieler Menschen und in der ganzen DDR flächendeckend vorgefunden wurde, erhalten nun zwei- bis dreifach höhere Renten als ihre Opfer. Und die Nachzahlun-

gen sind in Einzelfällen sechsstellig, ich erinnere an die 45.000 DM, die an Margot Honecker nach Chile überwiesen wurden.

Wer in unserer Regierung hat sich Gedanken darüber gemacht, wie groß der politische Schaden ist, der durch die Honorierung der Täter bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Widerständler und Oppositionellen hervorgerufen wird?

Es ist eine nicht wieder gut zu machende Schande, dass aus der fehlgeschlagenen Bewältigung der NS-Diktatur nach 1945 nichts – aber auch gar nichts – gelernt worden ist. Zum zweiten Mal sind in Deutschland die Täter die Sieger und die Opfer die Verlierer.

Diese Nichtachtung betrifft nicht nur uns. Es ist ein fatales Signal an alle Menschen, die an Freiheit und Recht glauben und die für Freiheit und Recht eintreten. Diese Nichtachtung von Widerstand einer Diktatur gegenüber besagt nichts anderes – und es ist ein Signal – als: Niemals gegen eine Diktatur angehen, besser sich anpassen, noch besser mitmachen, im Eigeninteresse lieber Täter als Opfer sein. Diese Entscheidung unserer Regierung hat hohen menschlichen und ideellen Werten eine Absage erteilt. Um aktuell zu bleiben: ich schäme mich nicht, ein Deutscher zu sein, ich schäme mich für meine Regierung. Zum Schluss bitte ich noch zu überlegen, wie wir morgen – so er tatsächlich kommen sollte – Herrn Schwanitz empfangen sollen. Ob wir wirklich mit ihm diskutieren wollen? Worüber eigentlich? An der Leinwand haben wir alles gesehen und gehört, was er zu diesem Thema zu sagen hat. Sollten wir nicht lieber, wenn er tatsächlich kommt und Platz nimmt, aufstehen und den Saal verlassen? Es gibt keine größere Demonstration für die dann anwesende Presse, als in einen leeren Saale zu filmen und Herrn Schwanitz vor leeren Stühlen zu sehen.

Ich habe Verständnis, wenn Gastgeber und Landesbeauftragte sich dabei nicht anschließen können. Das sollten wir verstehen. Aber wir Verbandsvertreter sollten demonstrativ mit dem Platznehmen Herrn Schwanitz' diesen Saal verlassen. Jeder kann noch einmal nachdenken und wir sollten heute Abend zu diesem Thema zu einem abschließenden Ergebnis kommen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Reinhard Dobrinski

FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V.

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte als erstes den Dank richten an die Ausgestalter dieser Veranstaltung. Zu keiner Zeit ist mir so bewusst geworden, was diese Veranstaltungen bedeuten für unsere Möglichkeit, in die politische Diskussion überhaupt eingreifen zu können. Be-

wusst wird mir aber auch gerade dieser Tage die Begrenztheit unserer Möglichkeiten. Bei alledem, was uns die Demokratie bot, immer wieder von den Politikern ermuntert, Schulterschluss zu suchen und Lobbyismus zu betreiben, kriegen wir nun nach zehn Jahren vorgeführt, dass die Demokratie nicht funktionsfähig ist. Aus der Sicht der Täter wird sich das nach der Rentenentscheidung gestern im Deutschen Bundestag ganz anders darstellen.

Aber ich möchte zunächst noch mal auf den Dank zurückkommen. Ich habe etwas mitgebracht, liebe Frau Ahrberg. Für jedermann sichtbar stell ich es hier hin. Zoologisch ein Schwein. Kein Charakterschwein, ein Glücksschwein. Und ich möchte mit diesem Schweinchen verbinden, dass unser aller Arbeit weiterhin unter dem Zeichen des Glückes steht. Es möge uns nicht verlassen. Selbst wenn der Bundestag in einer Weise entschieden hat, die für uns alle unverständlich scheint und schmerzlich ist, die aber war vorgezeichnet, und das müssen wir uns bewusst machen, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Indem das Bundesverfassungsgericht – bezogen auf den Eigentumsstatus von DDR-Rentnern – einen Dreh gefunden hat, der nur aus dem Kopf von Juristen kommen kann, wurden in der DDR erworbenen Rentenprivilegien zu eigentumsgleichen Rechten. Mit dieser Definition hat man Tür und Tor geöffnet für das, was gestern als Schandwerk über die Bühne gegangen ist: Bereicherung der Träger der zweiten deutschen Diktatur. Rehabilitierte finanzieren indirekt diese Schmach, da sich die Rehabilitierung für die Opfer rentenkürzend auswirkt – welch eine Groteske.

Zum Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. einige Worte. Der Verein, 1992 in Leipzig gegründet in Würdigung und zu Ehren der Montagsdemonstrationen, verfolgte die Tribunalidee. Große Namen gehörten zu den Gründungsmitgliedern. Ich nenne selbst auf die Gefahr hin, vielleicht Missverständnisse auszulösen: Dr. W. Ullmann, bis heute engagiert dabei, W. Thierse, F. Schorlemmer, J. Gauck, H. Helmrich u. a. Herr Schorlemmer verließ das Forum, nachdem er darüber nachgedacht hatte, doch die Stasi-Unterlagen zu verbrennen. Die vereinsinterne Diskussion war ihm Anlass, sich zu verabschieden aus diesem Forum. Das Forum selbst erachtet es nach seiner Satzung für notwendig, dass die politische, historische und justizielle Aufarbeitung durch die gesellschaftliche Aufarbeitung ergänzt werden, die gesellschaftliche Aufarbeitung gleichberechtigt daneben gestellt wird. Es ist unverzichtbar, wie die letzten zehn Jahre gezeigt haben, der gesellschaftlichen Aufarbeitung einen solchen Rang zuzuordnen. Dass die justizielle Aufarbeitung ihren Beitrag zur Aufarbeitung nicht erbrachte, was zu befürchten war, ist viel ernsthafter zutage getreten. Das deutsche Strafrecht hat sich als ungeeignet erwiesen, Staatskriminalität und Diktaturunrecht mit adäquaten

juristischen Mitteln zu behandeln. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich während der vierzig Jahre Diktatur in der DDR, trotz Salzgitter, davon gedanklich entfernt, dass die Einheit Deutschlands kommen würde und man die Täter zur Verantwortung würde ziehen müssen. Peter Alexander Hussock hatte das Benefizkonzert im Konzerthaus zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 16. Mai erwähnt. Und es war schon eine rhetorische Übung, wie Schäuble versucht hat, dieser Tatsache auszuweichen, als er von der Unmöglichkeit sprach, der Diktatur mit Mitteln des Rechtsstaates beizukommen. Ich denke heute noch über Schäuble nach, was er damit sagen wollte. Peter Alexander Hussock und ich sind zu dem Ergebnis gekommen: Ein Schuldbekennnis, das er noch nicht ausspricht, aber es ist dahingehender Versuch. Es ist nicht unberechtigt darauf hinzuweisen, dass diese Verdrängungen auch die in den gesetzgebungsbegleitenden Bundestagsdiskussionen zur Opferproblematik durchblickten. Man hat jahrelang die Opfer vor sich her getrieben im übertragenen Sinne des Wortes. Und wenn man zurückschaut, ich habe eigens zu diesem Zweck das DDR-Rehabilitierungsgesetz vom 6. 9. 1990 noch mal Revue passieren lassen, überrascht, dass dort einige Dinge besser regelt waren, als sie dann zwei, vier oder sechs Jahre später geregelt worden sind, bezüglich der Wiedergutmachung von Vermögensschäden durch DDR-Unrecht beispielsweise. Peter Alexander Hussock hatte einen ganz speziellen Bereich angesprochen, die Grundstücksangelegenheit aus Zwangsverkauf, aber noch genauer geht es um das weite Feld der Konfiskationen. Und an der Stelle unser Dankeschön, ich möchte HELP e. V., den BSV, aber auch das Bürgerbüro hier hervorheben, weil im engen Schulterschluss eins gelungen ist: Wir haben über Jahre den § 10 Abs. 2, der die Entschädigung für Vermögensschäden durch Konfiskation beweglichen Vermögens regelt, nämlich erst dahin gebracht, wo wir heute sind. Durch die Wiederaufnahme verwaltungsrechtlicher Entscheidungen – man beachte die kurzgehaltene Antragsfrist – können nun Auszahlungen erfolgen. Man hatte, und das waren die Juristen der Ministerialbürokratie, durch eine Gesetzesfalle oder eine ganze Anordnung von Fallen in diesem Gesetz verhindert, dass überhaupt jemand erfolgreich ein Vermögensanspruch geltend machen konnte – nämlich durch die widersinnige Beweisführung durch den Betroffenen: Er hatte den Nachweis zu führen, dass ein Verwertungserlös erzielt worden war. Und wir haben argumentiert, Freunde, wie soll denn das möglich sein, hat denn eine Diktatur jemals die Zukunft von Opfern erwogen, das Opfer so behandelt, dass es nach dem Untergang der Diktatur seine Schäden urkundlich nachweisen konnte. Mir ist kein Fall bekannt, dass das so war. Aber die Juristen in der Bundesrepublik Deutschland (bis zum 2. 10. 90) sind einer solchen Vision nachgegangen. Vielleicht erklärt bei einigen, dass sie die DDR tatsächlich verehrten. Die gibt es ja heute noch. Die

se haben mit dem Untergang der DDR ihre politische Heimat verloren. Sie haben „warm“ im Westen gesessen aber geistig waren sie in der DDR zu Hause und das sind sie heute noch. Der Verlauf zahlloser Rehabilitierungsverfahren als verlängerte „DDR-Rechtspflege“ belegt dies.

Zu den Aufgaben, denen wir uns stellen müssen und die sich für uns aus dem Vereinsnamen herleiten: Aufarbeitung und Erneuerung. Zur Erneuerung gehört, dass wir das Wesen von Diktaturen offen legen und diese politisch und moralisch anklagen. Dieses schließt ein, dass wir Kindern, sobald sie der Schulpflicht nachgehen, Diktaturunrecht erfahrbar machen. Die Veranstaltung „50 Jahre Waldheimer Prozesse“ im September 2000 an historischer Stätte war mir Anlass, mal nachzuschauen, was die Schulbücher über Justizverbrechen in der DDR und darüber hinaus im Ostblock aussagen. Es ist erschreckend. Das Wort „Waldheim“ ist unbekannt und Waldheim steht ja nun bekanntermaßen für die Massenstrangulation im November 1950. In einer Nacht – Herr Prieß beschreibt das in „Unschuldig in den Todeslagern des NKWD 1946–1954“ – sind 22 oder 24 Menschen hingerichtet worden. Die Henker hatten sich bei diesen Mordwerk so erschöpft, dass sie eine einstündige Pause einlegen mussten. Dies gehört in die Schulbücher. Wir haben deswegen die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland angeschrieben und die überraschende Antwort bekommen, dass die Kultusministerkonferenz nicht für den Inhalt der Schulbücher stehe. Man stelle sich die Frage, wer denn, wenn nicht die Kultusminister. Eine Problematik, die wir ganz aktuell aufgegriffen haben. Anlässlich der Bundesversammlung des BSV habe ich dankend zur Kenntnis genommen, dass der Freistaat Sachsen im Alleingang eine Verwaltungsvereinbarung auf den Weg gebracht hat, wonach politisch verfolgte Schüler eine Entschädigung erhalten. Dieser Alleingang kam zustande, weil eine bundesgesetzliche Regelung aus Gründen – wahrscheinlich auch, wie sie sich auch bei der Opferrente unter Gesichtsverlust der Entscheidungsträger zeigen – ausblieb. Wir haben daraufhin in Berlin die Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen angeschrieben und sie gebeten, sie möge doch diese Verwaltungsvereinbarung kopieren. Wir wollten es ihr ganz einfach machen, damit die Verwaltungsjuristen durch erwünschten „geistigen Diebstahl“ zu einer schnellen Lösung finden und dabei noch Verwaltungsaufwand sparen. Die Antwort, die wir bekommen haben, würde ich gerne den Initiativen in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen übergeben. Man argumentiert allen Ernstes mit einer Ungleichbehandlung, die eintreten könnte, wenn jedes Bundesland eine eigene Regelung trafe. Damit ist nun eine Demagogie im Verwaltungshandeln, die ist erstaunlicherweise auf „wohlwollende“ Untätigkeit gegründet. Unzweifelhaft ist Ungleichbehandlung die mittelbare Folge von Untätigkeit oder Wiedergutmachung auf dem Niveau von Krämerseelen

– damit haben wir nun seit mehr als zehn Jahren zu tun. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Ewald Kurbiuhn

VOS-Bezirksgruppe Zittau

Mein Name ist Ewald Kurbiuhn. Ich bin von der VOS Bezirksgruppe Zittau. Zittau fängt nicht nur mit dem letzten Buchstaben des Alphabets an, sie ist auch eine der vergessenen Städte im äußersten Winkel unserer Republik, gleich an der Grenze zu Polen und der Tschechei, mit der größten Arbeitslosigkeit und vielen Rentnern, verkürzt gesagt: „Wir sind das letzte.“

VOS bedeutet Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS).

Stalin gibt es schon lange nicht mehr, aber seine geistigen Enkel leben noch unter uns, und die Kommunisten machen uns das Leben schwer. Die Schar Stalins Enkel, welche unsere erklärten Feinde sind, ist bunt geworden. Sie reichen von dunkelrot über rot bis braun und ein paar haben sich sogar grün geärgert. Wie hat doch so ein Enkel vor kurzem gesagt? „Ich will nicht alles anders machen, aber vieles besser.“ In diesem Jahr können wir am 9. November zum zwölften Mal den Fall der Mauer feiern. Unser Widerstand gegen die totalitäre Herrschaft war erfolgreich. Es genügt mir aber nicht, dass man uns ab und zu einmal in einer Sonntagsrede erwähnt, wir verlangen, dass unser Kampf gegen den Kommunismus auch finanziell gewürdigt wird. Wir erwarten eine Ehrenpension. Voriges Jahr wurde unser Tag, der 9. November, einfach umfunktioniert zu einer Demo gegen Rechts, wobei man durch das Brandenburger Tor marschieren ließ. Unsere Proteste dagegen wurden totgeschwiegen. Dieses Jahr will die Bundesregierung sogar den Stasi- und SED-Kadern eine höhere Rente zukommen lassen. Unsere Bitten um eine gerechte Haftentschädigung und eine Ehrenpension wurden abgelehnt. Wir sollten endlich aufhören zu bitten und zu betteln. Wir müssen kämpfen. Wir, die einmal Widerstand geleistet haben, können doch kämpfen. Damals, als uns jedes unbedachte Wort ins Zuchthaus bringen konnte, haben wir Zivilcourage bewiesen und heute, wo ein jeder seine Meinung laut sagen kann, beschränken wir uns aufs Jammern und Klagen und meistens auch nur noch in internen Zirkeln hinter halb verschlossenen Türen. Um erfolgreich zu kämpfen brauchen wir ein Feindbild. Unsere Feinde sind die Sozialdemokraten. Und ganz besonders der Herr Schwanitz, der uns verraten hat. Kein Politiker hat mich so schwer enttäuscht, wie Herr Rolf Schwanitz aus Plauen. Und deshalb schlage ich vor, bis zur nächsten Bundestagswahl folgenden einfachen Kampftruf zu verwenden: „Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten.“ Wir sollten diesen Satz genauso oft ertönen lassen, wie wir 1989 gerufen haben: „Wir sind das Volk.“ Jeder einzelne von uns kann

viele Argumente auflisten und begründen, warum er sich verraten fühlt. Und jetzt noch ein paar kleine moralische Aspekte.

Als wir vor 40 Jahren eingemauert wurden, konnten wir jeden Sonntag im Radio die Freiheitsglocke hören und dazu folgendes feierlich gesprochenes Bekenntnis: „Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben ist. Ich verspreche jeden Angriff auf die Freiheit entgegen zu treten und der Unterdrückung und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer auch sie auftreten mögen.“ Ich habe am 17. August 1961 Widerstand geleistet, indem ich 50 Flugblätter gedruckt und verteilt habe. Es war Widerstand gegen den Mauerbau. Im November vor zwölf Jahren verlor diese deutsche Schande, die in Form einer Mauer quer durch Deutschland gebaut wurde, ihre Bedrohung und wir haben die Kommunisten zum Teufel gejagt.

Mit der Rehabilitierung hat sich unser Rechtsstaat aber Zeit gelassen. Ich musste zwei Jahre bis zum 5. November 1991 warten, bis mich das Dresdener Bezirksgericht vom Makel, ein faschistischer Gauner zu sein, befreite und meine Ehre wieder herstellte. Im August 1961 stand drei Tage nach meiner Verhaftung in der Sächsischen Zeitung, „der Faschistische Gauner hat, anstatt zu arbeiten, im Auftrag der Bonner Ultras die Bürger der Stadt Zittau aufgehetzt.“ Von meiner Rehabilitierung gab es kein Presseecho. Bis mein Haftschaden anerkannt wurde, musste ich weitere drei Jahre warten und bitten. Die Erhöhung der Kapitalentschädigung für uns im Osten Verbliebenen von 550 auf 600 DM empfinde ich als eine Verhöhnung unseres Wirkens für Freiheit und Gerechtigkeit. Ein Krimineller, bei dem leichte Zweifel an seiner Schuld vorhanden sind, erhielt schon immer 600 DM Haftentschädigung und den vollen Verdienstausschlag ersetzt. In der Rangliste unseres Rechtsstaates stehen wir noch unter den Halbkriminellen. Am 26. Januar 2001 erhielt ich für jeden Monat unschuldig verbüßter Haft 50 DM Nachzahlung der Kapitalentschädigung, das heißt, für jeden Tag, den ich unschuldig im Zuchthaus gesessen habe, bekomme ich rund 1,70 DM nachgezahlt. Dafür kann ich mir heute noch nicht einmal ein Bier kaufen.

Ich war bis Dezember 2000 acht Jahre lang Schöffe am Landgericht Görlitz. Im Prozess Mord ohne Leiche gegen Peter Israel, der seine Frau höchstwahrscheinlich umgebracht hat, haben es zwei windige Verteidiger geschafft, den Angeklagten nach sieben Monaten U-Haft frei zu bekommen. Er erhält pro Monat 600 DM Haftentschädigung und Verdienstausschlag. Was für ein Skandal! Auf der einen Seite Luxushaft mit Fernseher, Zeitung, täglichen Besuchen, Wahlessen und Telefoniermöglichkeit und wir? – Totale Isolation, physische und psychische Folter, sehr schlechtes Essen, dadurch körperliche Schäden, an deren Folgen heute noch viele von uns leiden. Wo bleibt da die Gerechtigkeit, für die wir gekämpft und gelitten haben. Bis 1997 hatten wir

viel Geduld und Verständnis, wenn uns von der Regierung gesagt wurde, es geht nicht so schnell, der Aufbau im Osten hat Vorrang. 1998 haben viele von uns aus Enttäuschung der SPD ihre Stimme gegeben, damit sie es besser macht. Es ist leider nichts geworden. Ich wollte eigentlich nur noch sagen, dass der Herr Schwanitz mich so sehr enttäuscht hat, wie mich bisher kein Politiker enttäuscht hat. Deshalb fühle ich mich von der SPD verraten und ich werde das auch bis zur nächsten Bundestagswahl laut und für jedermann unüberhörbar deutlich sagen. Danke.

Angelika Barbe

UOKG-Vorstandsmitglied

Also, ich kann das nur unterstützen und die Vorrede von Herrn Kurbiuhn, den ich sehr schätze. Ansonsten aber: Die hat mich dazu veranlasst, ein paar einleitende Worte zu sagen: Ich glaube nicht, dass wir den Kampfpruf der Kommunisten „Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten“ auf alle Sozialdemokraten anwenden dürfen. Ich weise das mit Nachdruck zurück. Was unser Anliegen sein muss, ist nach wie vor Verbündete zu suchen und nicht sozusagen uns Feinde zu machen. Das halte ich für absolut verfehlt. Ich erinnere nur noch an die verfolgten Sozialdemokraten auch in Sachsen, auch in anderen Landesverbänden, die die Forderung nach einer Ehrenpension unterstützen und die genauso traurig sind wie wir alle hier, dass es gestern anders gelaufen ist. Ich erinnere auch an die Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen im Osten, die auch ihre Bundestagsabgeordneten aufgefordert haben, die Ehrenpension zu unterstützen. Nein! Es ist immer der konkret Verantwortliche zu benennen, der dagegen gestimmt hat, der nicht den Mut hatte und nicht die Zivilcourage, hier offen sein Bekenntnis zu seinem Gewissen zu machen. Es ist traurig, dass Zivilcourage heute in der Demokratie scheinbar den Leuten mehr Mühe macht, als es den Leuten hier bedeutet hat, die hier für ihre Zivilcourage und ihren Mut einen ganz hohen Preis gezahlt haben und im Gefängnis gesessen haben. Das macht mich traurig. Ich bitte um Entschuldigung, dass ich das doch ein bisschen erregt auf mich nehme. Da ich ja selber zu den Gründern der Sozialdemokratie gehöre, weiß ich auch, dass es sehr viele aufrechte Menschen darunter gibt, die diesen Tag gestern genauso als schwarzen Tag für die Geschichte der Bundesrepublik empfinden wie wir auch. Und ich denke: Bitte hier keine Feindbilder aufbauen. Deshalb bin ich überhaupt in die Opposition gegangen zu DDR-Zeiten, weil ich nicht wollte, dass meine Kinder mit Feindbildern erzogen werden. Ich möchte mit einer Presseerklärung beginnen und das gibt mir auch noch mal Anlass, auf die Sozialdemokraten hinzuweisen, die mit der gestrigen Entscheidung Schwierigkeiten hatten. Die FAZ von heute zi-

tiert Stefan Hilsberg, der gesagt hat, die Sache bleibe ein Stachel im Fleisch und die Behandlung der DDR-Opfer im vereinten Deutschland sei nach wie vor eine offene Wunde. Ich zitiere Martin Gutzeit, der heute in der FAZ sagt, zitiert wird mit: „Er bestätigt, dass durch die doppelte Rentenentscheidung die Gerechtigkeitslücke zwischen Opfern und Tätern größer werde, dies sei äußerst schmerzlich und könne nicht die letzte Entscheidung sein“. Er geht dann genau – wie ich das auch mache auf das Fehlverhalten der CDU-FDP-Koalition bis '98 –, er geht darauf ein. Und das wissen wir alle. Die CDU hat bis dahin versagt. Unsere Forderungen sind nicht umgesetzt worden. Aber ich erinnere auch daran, dass die Forderung nach einer Ehrenpension von uns ja erst vor zwei Jahren einheitlich erhoben wurde mit der Geraer Erklärung und zwar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, dass den Tätern eine höhere Rente zuschrieb. Damit hatte sich nämlich die Situation umgekehrt. Damit war die Kluft zwischen Tätern und Opfern größer geworden. Und das war der Anlass für uns, generell einstimmig eine Ehrenpension zu fordern. Und ich gehe noch mal auf Markus Meckel ein, ein weiteres SPD-Gründungsmitglied ...

Michael Beleites

Frau Barbe, ich bitte Sie, die Erklärungen vorzustellen. Dafür hatten Sie um das Wort gebeten.

Angelika Barbe

Nein, Moment, Herr Beleites, ich habe mich erstens gestern eingetragen auf die Liste, ich stand an dritter Stelle. Ich habe gern einigen Vortritt gelassen. Ich möchte gerne – und ich denke ich muss das auch – im Interesse – ich bin stellvertretende Vorsitzende der UOKG – aller der Mitglieder der Union, die also ein solche Äußerung nicht stehen lassen wollen – ich muss das schon richtig stellen. Und ich werde selbstverständlich auf die Erklärung eingehen, Herr Beleites. Das war nur sozusagen noch mal zur Erklärung. Und der Saal hat mir ja Recht gegeben. Uns geht es darum Verbündete zu schaffen. Uns geht es darum, auch gemeinsam dann also die nächste ... – sozusagen die Strategie festzulegen für die nächste Zeit. Und ich habe nicht nur darum gebeten, die Presseerklärung vorzustellen – das aber außerdem. So, das wollte ich nur noch mal an den Anfang stellen. Dass SPD-Vertreter hier sehr unterschiedlich gehandelt haben und sehr unterschiedlich handeln und wir brauchen nach wie vor Verbündete. Machen sie nicht den Fehler, die Leute alle vor den Kopf zu stoßen. Nun kommt es aber dazu, worum es uns geht – was tun wir. Und ich möchte ihnen zwei Vorschläge vorstellen, die sogenannte „Halle-Erklärung“. Und in dieser „Halle-Erklärung“ bringe ich noch

mal die drei Argumente für unsere weitere Forderung nach der Ehrenpension. Das heißt, so wie es hier schon vorher genannt wurde, das muss uns bestärken, wir fordern die Ehrenpension von 1.400 DM weiterhin und lassen uns da gar nicht beirren. Die Ursachen sind wie gesagt das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das die Kluft zwischen Tätern und Opfern erhöht. Die Ursachen sind der Einigungsvertrag, dem ich ja selber zugestimmt habe, und zwar steht deutlich drin „eine angemessene Entschädigung für die Opfer“ ist bis heute nicht durchgesetzt. Der dritte Punkt ist: Die Defizite in den jetzigen Unrechtbereinigungsgesetzen, die eigentlich uns '98 – Herr Schwanitz hat er uns Verbesserungen zugesagt – die Verbesserungen sind nur in einem einzigen Punkt erfolgt: Und zwar in der Haftentschädigung. Wir können jetzt wohl dankbar sein, dass die Häftlinge, die ehemaligen Häftlinge die gleiche Haftentschädigung bekommen wie Mielke. Dankeschön kann man dazu nur sagen. Alle anderen Dinge: Ob die Einbringung der verfolgten Schüler als Opfergruppe – nicht erfolgt. Ob die Anerkennung der Zivildeportierten jenseits der Oder als Opfergruppe – nicht erfolgt. Anerkennung der Gesundheitsschäden auf gesetzlicher Ebene – nicht erfolgt. Alle diese Gründe sind noch nicht durchgesetzt. Entschädigung für Zwangsarbeit – nicht erfolgt. Alles dieses werden wir auch weiterhin fordern. Und deshalb nach wie vor unser Vorschlag, das auch in der Erklärung damit zum Ausdruck zu bringen. Diese Erklärung werde ich jetzt nicht noch mal vorlesen. Sondern sie geht rum und ich bitte sie alle, ihre Unterschrift bis zum Abend zu erteilen bzw. Anmerkungen zu machen, so dass die Erklärung zum Abend abgestimmt werden kann. Hier den ersten Passus: „Der 18. Mai 2001 wird als schwärzester Tag in die Geschichte der Bundesrepublik seit der Deutschen Wiedervereinigung eingehen. An diesem Tag verabschiedete der Bundestag mit dem Stimme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Rentenerhöhung zugunsten von SED-/MfS-Nomenklaturkadern und lehnte gleichzeitig eine rentenrechtliche Besserstellung derjenigen ab, die mit Zivilcourage und Mut gegen die SED-Herrschaft kämpften. Entgegen dem Willen der frei gewählten Volkskammer werden jetzt den Trägern des SED- und Stasi-Unrechtssystems Sozialrenten zugebilligt, während den politisch Verfolgten eine Rentenverbesserung verweigert wird. Damit wird die Kluft zwischen Tätern und Opfern weiter vertieft und das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes verletzt. Bis heute wurde die Forderung ignoriert, dass SED-/PDS-Vermögen zur Finanzierung der Wiedergutmachung heranzuziehen.“ Dann kommen die nächsten Gründe und zum Schluss noch mal: „Wir fordern das fortdauernde Rentenstrafrecht für Menschen aufzuheben, die Opfer für die Demokratie erbrachten und sie endlich für Zivilcourage und Mut zu würdigen. Die Bundesregierungen haben '59 und '91 vor dem Bundestag die SED- und NS-Verfolgten gleich gestellt. Folgerichtig darf es keine Zweiklassenopfer-

einteilung geben und müssen die defizitären Unrechtsbereinigungsgesetze durch eine Ehrenpension ersetzt werden.“ Das sind unsere Forderungen. Ich bitte sie, das noch mal genau sich anzusehen, in der Pause zu diskutieren und am Abend abzustimmen. Es geht darum, den Mut und die Zivilcourage derjenigen zu würdigen, die das auch bewiesen haben. Denn was sollen denn diejenigen heute sagen, die Bürger, die sehen, wie wir schäbig behandelt werden. Die sagen sich, warum lohnt es sich denn hier überhaupt Mut und Zivilcourage zu zeigen. Wir sind nachher die Dummen und es sind diejenigen, die bestraft werden. Und zum zweiten: Opfer sollen nicht in zwei Klassen eingeteilt werden. Dann möchte ich ihnen eine nächste Presseerklärung vorstellen und das geht um die Wiederinstallation der Stasi-Mitarbeiterin Sabine Hingst beim MDR. Wir sind hier in einem Bundesland, das dem MDR angeschlossen ist, in Sachsen-Anhalt. Und wie gesagt, diesen Protest gegen die Wiederinstallation möchte ich ihnen kurz verlesen. Ich glaube, die können wir mit einer Akklamation dann kurz abstimmen. Da ist nicht viel dran: „Die Verbände politisch Verfolgter protestieren gegen die Wiedereinsetzung der Stasi-Mitarbeiterin Sabine Hingst, zur Zeit Leiterin des Hauptstadtbüros beim MDR. Wir sind der Ansicht, dass die massive Häufung ehemaliger Mitarbeiter des MfS beim Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk kein Zufall ist. Die politische Verantwortung für die Täuschung der Öffentlichkeit, die Verhöhnung der Opfer und die Brüskierung der unbelasteten MDR-Mitarbeiter trägt der Intendant, dessen sofortige Abberufung wir fordern. Wir erwarten vom Sender und vom Rundfunkrat die vollständige Aufklärung der unhaltbaren Zustände, die Entlassung der stasiverpflichteten Mitarbeiter und wir solidarisieren uns mit den Mitarbeitern des MDR, die ihr Gewissen nicht an das Ministerium für Staatssicherheit des DDR-Unrechtsregimes verkauft. Träger der kommunistischen Diktatur haben in den demokratischen Institutionen des Rechtsstaats um deren Glaubwürdigkeit willen nichts zu suchen.“ Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich einfach um Abstimmung. Da kann man das gleich der Presse übergeben. Ich bedanke mich. Also die Mehrheit hat zugestimmt. Ich habe keine Gegenstimme oder etwas gesehen.

Na gut. Gibt es Gegenstimmen. Ist jemand anderer Ansicht. Keine Gegenstimme. Also ist das einstimmig verabschiedet worden.

Gut. Ich schließe mit folgenden Sätzen. Lassen wir uns nicht beeindrucken durch die Niederlage gestern, sondern stärken wir uns gegenseitig darin, weiter zu kämpfen und unsere Forderungen umzusetzen.

Die „Halle-Erklärung“ wurde am Abend durch eine andere, welche im Plenum abgestimmt wurde, ersetzt (siehe S. 77). Der Presseerklärung zum MDR wurde durch die Kongress-Teilnehmer zugestimmt. (gegenüber)

PRESSEERKLÄRUNG

Protest gegen die Wiederinstallation von Stasimitarbeitern beim MDR

Die Verbände politisch Verfolgter protestieren gegen die Wiedereinsetzung der Stasimitarbeiterin Sabine Hingst (zur Zeit Leiterin des Hauptstadtbüros) beim MDR. Wir sind der Ansicht, daß die massive Häufung ehemaliger Mitarbeiter des MfS beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk kein Zufall ist. Die politische Verantwortung für die Täuschung der Öffentlichkeit, die Verhöhnung der Opfer und die Brüskierung der unbelasteten MDR-Mitarbeiter trägt der Intendant, dessen sofortige Abberufung wir fordern.

Wir erwarten vom Sender und vom Rundfunkrat die vollständige Aufklärung der unhaltbaren Zustände, die Entlassung der stasiverpflichteten Mitarbeiter und solidarisieren uns mit den Mitarbeitern des MDR, die ihr Gewissen nicht an das Ministerium für Staatssicherheit des DDR-Unrechtsregimes verkauft.

Träger der kommunistischen Diktatur haben in den demokratischen Institutionen des Rechtsstaats – um deren Glaubwürdigkeit willen - nichts zu suchen.

Halle, den 19.05.2001

Hildigund Neubert

Bürgerbüro e. V.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde. Angelika Barbe hat uns heute Mittag einen Vorschlag für eine Presseerklärung des Kongresses vorgestellt. Wir haben uns zusammengesetzt und haben einen Gegenentwurf gemacht, der ihnen vorliegt. Ich haben ihn auf jeden Platz gelegt. Der Entwurf von Frau Barbe heißt die Halle-Erklärung, unser Entwurf ist die Hallenser Erklärung, die kürzere.

Liebe Freunde, ich will Ihnen begründen, warum wir einen zweiten Entwurf gemacht haben. Es kommt, denke ich, darauf an, wenn wir für die Verfolgten und für die Gedenkstätten etwas erreichen wollen, dass wir den engen Kreis, in dem wir hier zusammensitzen, durchbrechen. Wir müssen es schaffen, unser Anliegen in die Gesellschaft zu transportieren, über unsere Grenzen hinauszugehen, andere Leute zu erreichen, die damit bisher nicht beschäftigt waren. Wir haben im Bürgerbüro – viele haben ihn unterschrieben, viele haben ihn wahrgenommen – den Aufruf „Signale für Bürgermut“ für die Ehrenpension gestartet. Wir haben dabei ganz gezielt die katholischen und evangelischen Kirchen, Schauspieler, Dirigenten, Künstler, Maler, Architekten, Ingenieure, alle Berufsgruppen angesprochen und haben sehr viele sehr interessante Unterschriften bekommen. Das war ein gelungener Versuch, diese Grenzen zu überschreiten und Menschen für das Thema zu interessieren. Auf diesem Weg müssen wir weiter gehen. Das bedeutet aber auch, dass wir unsere Sprache öffnen müssen. Wir dürfen nicht die Binnensprache sprechen, in der ganz viele Fachbegriffe sind, mit denen wir uns hier verständigen können. Es hat keinen Sinn immer wieder Worte zu verwenden, die die Leute draußen nicht verstehen. Es ist zum Beispiel der Unterschied zwischen verfolgten Schülern und anderen beruflich Verfolgten vielen nicht einfach klar zu machen. Jedenfalls nicht in der Kürze der Zeit. Es ist schwer vermittelbar, warum von Rentenstrafrecht gesprochen wird. All dies sollten wir nicht tun, zumal wir dann auch leicht der Versuchung erliegen, in die Sprache unserer politischen Gegner zu verfallen.

Und noch eines: Es gibt in dieser Presseerklärung eine Überheblichkeit, die mir ehrlich gesagt nicht erträglich ist, wenn es dann heißt: „es ist der schwärzeste Tag in der Geschichte der Bundesrepublik seit der Deutschen Einheit“, also liebe Freunde, das ist ein Ton, mit dem wir uns nur unbeliebt machen und Abwehr ernten können. So werden wir keine Menschen erreichen, die außerhalb unseres normalen Umgangsgebietes leben.

Aus diesen Gründen haben wir Ihnen eine Erklärung vorgelegt, in der wir uns bemüht haben, genau diese Sprache zu vermeiden. Es ist eine politi-

sche Erklärung. Deswegen sind auch nicht alle Einzelheiten aufgeführt. Es geht uns darum, eben diese Grenze zu überschreiten, deutlich zu machen, dass das Problem, mit dem wir immer zu kämpfen haben, alle angeht. Wir brauchen eine breitere Öffentlichkeit, damit sich die SPD eines Tages nicht mehr traut, so einen Gesetzesentwurf abzulehnen.

Deswegen sprechen wir von Signalen der Anerkennung. Deswegen sprechen wir davon, dass der Bundestag politische Gestaltungsspielräume aufgibt. Das ist uns wichtig. Und deswegen bitten wir sie, unserem Entwurf dieser Presseerklärung zuzustimmen und auf den anderen Entwurf vielleicht zu verzichten. Der Entwurf von Frau Barbe ist gut, um sich untereinander zu verständigen über bestimmte Forderungen, aber er enthält eben auch sachliche Fehler. Zum Beispiel war nie davon die Rede, auf Rehabilitierungsgesetze zu verzichten zugunsten der Ehrenpension. Das steht hier im letzten Satz drin und das darf auf keinen Fall stehen bleiben. Natürlich brauchen wir weiterhin die Rehabilitierungsgesetze, die, wie wir ja heute Vormittag gehört haben, schon weit besser sind, alles andere, was in anderen ehemals kommunistischen Ländern bisher existiert. Ich danke ihnen.

Jürgen Haschke

O. K., dazu wollen wir uns jetzt verständigen. Es liegen beide Erklärungen vor. Ich denke nicht, dass wir die Zeit dafür missbrauchen, dass jetzt jeder seine Erklärung vorliest und die nochmals verteidigt. Sie sind alle klug genug, das selbst zu lesen. Sie haben eine Begründung heute früh gehört. Sie haben die Begründung für die neue Erklärung jetzt gehört und wenn die Rednerliste abgearbeitet ist, dann rufe ich den Punkt einfach noch einmal auf. Ich bitte Sie, beide Erklärungen nochmals zu lesen und dabei zu beachten, dass wir uns nicht gegenseitig agitieren müssen, sondern dass wir Bürger dieses Landes hinter uns bringen wollen, die von all diesen Dingen keine Ahnung haben. Jetzt erteile ich Herrn Schröder das Wort.

Helmut Schröder

Erfurt

Liebe Kameradinnen und Kameraden. Sehr geehrte Anwesende. Was ich zu sagen habe, ist reine Empörung. Ich werde aber in diesem Rahmen keine Namen nennen. Ich möchte auch das bisher Gesagte nicht wiederholen. Weil es für mich andere Gesichtspunkte zu bedenken gibt, die ich hier vortragen möchte. Und das möchte ich ganz klar für mich, aber auch für alle anderen sagen. Ich fühle mich an erster Stelle als Widerstandskämpfer gegen das totalitäre rote Diktatorsystem und nicht als Opfer. Ich fühle mich als

Kämpfer für Demokratie und Liberalität, für die Werte unseres heutigen Gesellschaftssystems. Und erst an dritter Stelle fühle ich mich als Opfer, das für seinen aktiven Widerstand große persönliche Opfer gebracht hat bis heute. Ich bitte nicht, sondern ich stelle den Anspruch an die heutigen liberal-demokratischen Politiker aller Parteienrichtungen, mich für die erbrachten Opfer zu entschädigen und mein Leben in sozialer Würde zu sichern. Ich bitte euch, bedenkt, dass wir bisher immer als Bittsteller aufgetreten sind und viel zu wenig auf unseren eigentlichen Wert, den wir für diese Gesellschaft erbracht haben, Bezug genommen haben. Wir müssen das ändern. Wir dürfen in Zukunft nicht mehr als Bittsteller nur auftreten. Ein Bittsteller ist leicht abzuweisen, das haben wir gestern wieder gesehen. Aber wenn wir einen politischen Anspruch an diese demokratisch-liberale Gesellschaft stellen, an die Politiker dieser Gesellschaft, dann hat das einen ganz anderen Stellenwert, als wenn wir nur als Bittsteller auftreten. Was ich bisher auch gehört habe, dass so sehr oft Bezug genommen worden ist auf Zivilcourage. Danach dürfen wir uns nicht bewerten lassen. Wir haben viel mehr getan. Wir haben nicht nur bewusst und aktiv gehandelt, wie das also von der Zivilcourage gefordert wird, sondern wir haben auch ganz bewusst die katastrophalen staatlichen Sanktionen und Opfer auf uns genommen, um durch tausend kleine Nadelstiche die Absolutheit der Diktatur in Frage zu stellen und bei den Menschen das Nachdenken anzustacheln. Und da drinnen liegt ein großer Verdienst. Und wenn heute die PDS mit ihrer Lüge oder Legende – was immer –, dass die SED intern Reformfähigkeit entwickelt habe und zu dieser 1989 friedlichen Revolution geführt hat, dann können wir mit unserer Arbeit, mit diesen tausend kleinen Nadelstichen, das widerlegen. Und das müssen wir auch. Wir müssen ganz klar uns für die Zukunft von der PDS und ihren Umarmungsversuchen distanzieren.

Und liebe Kameradinnen und Kameraden, ich finde, das ist ein Skandal, wenn eins unserer führenden Bundesvorstandsmitglieder eines großen Opferverbandes mit der PDS Gespräche führt und der PDS damit die Möglichkeit gibt, sich ein demokratisches Mäntelchen von uns, den Opferverbänden, umhängen zu lassen. Das ist doch skandalös. Wer das initiiert hat, und ich nehme an, nicht in Absprache mit den übrigen Opferverbänden und vielleicht auch noch nicht mal in Absprache mit den eigenen Landesverbänden, dann kann ich nur eins sagen. Wer das fertig bringt, negiert die Leiden aller derer, die für ihre politische Einstellung jahrelang in den Gefängnissen der roten Diktatur geschmachtet haben. Er negiert die Leiden, die Tränen der Familien, die davon betroffen wurden sind. Er negiert das Anliegen, die Moral und die Ethik aller Gefangenen und aller Verfolgten und Betroffenen. Das ist eine Unverschämtheit. Derjenige wird natürlich seine Gedanken und auch seine

Begründungen dazu haben. Nur, wenn er persönliche Gründe dafür hat, wie kann er die Mitglieder seines Verbandes in dieser Art und Weise brüskieren. Wo dieser Bundesvorstand, das ist ja nicht eine Einzelentscheidung, das ist mir schon klar, aber wo dieser Bundesvorstand politisch, moralisch, ethisch steht, frage ich mich. Wenn dieser Bundesvorstand wissentlich seit Monaten in seinem Verband hauptamtlich eine Person beschäftigt, die in der Vergangenheit tätig gewesen war, wo jeder andere Opferverband diese Person aus seinem Verbande entfernen würde. Das ist für mich ein Zeichen, dass hier etwas nicht stimmt in diesem Verband, in diesem Bundesvorstand nicht stimmt. Und wir müssen uns fragen, wer so was macht, früher nannte man so was Steigbügelhalter für eine bestimmte Partei, wer so was macht, ist der eigentlich noch würdig, einen Opferverband zu vertreten. Wenn wir nicht rigoros uns gegen diese Dinge wehren, dann werden wir in baldiger Zukunft unsere Existenzberechtigung verlieren, weil wir unglaubwürdig werden gegenüber allen demokratisch-liberalen Politikern und Personen des öffentlichen Lebens in unserer Politik. Wollen wir das? Wollen wir uns auf diese Art und Weise das Wasser selbst abgraben. Also ich denke, hier ist ein Klärungsprozess notwendig. Und ich hoffe, dass die Verbände, die dafür zuständig sind, diese Klärung sehr schnell herbeiführen. Danke.

Harald Strunz

VOS-Bundesvorsitzender

Zunächst sind einige sachliche Mitteilungen erforderlich. In einem der neuen Bundesländer gibt es ja keinen Landesbeauftragten, aber in den anderen besteht die Tendenz, die betreffende Behörden auslaufen zu lassen. Wir müssen uns rechtzeitig dagegen wehren; und ich bitte alle Kameraden in dem betreffenden Land und ebenso in den anderen neuen Bundesländern, sich bald mit ihrem Landesbeauftragten in Verbindung zu setzen, um zu koordinieren, was gegen eine derartige Begrenzung parlamentarisch und politisch zu unternehmen ist.

Wir haben in Berlin sogar eine Entfristung beantragt, wissen allerdings bisher noch nicht, ob sie durchkommt. Aber wahrscheinlich wird wenigstens die gegenwärtig bestehende Frist des Berliner Landesbeauftragten aufgehoben, was ja schon deswegen dringlich erscheint, da er in Absprache mit der Landesregierung Brandenburgs dort inzwischen Aufgaben der Beratung übernommen hat. Dass das Land Brandenburg nicht endlich einen eigenen Landesbeauftragten ernennt, ist von der politischen Logik her nicht zu verstehen, es war aber trotz Koalitionsregierung und verschiedener anderer Vorstöße bisher nicht durchzusetzen.

Ein zweiter wichtiger Punkt betrifft das Auftreten des Staatsministers Schwanitz morgen; und ich bitte, die folgenden Einzelheiten den jetzt nicht im Saal befindlichen Kameraden und Kameradinnen noch heute Abend mitzuteilen. In den vergangenen Wochen sind wiederholt auch unter Nennung **meines** Namens, wobei ich mich zurückhaltend ausdrücke, irrtümliche Informationen verbreitet worden. Sie müssen hier richtig gestellt werden, und die Beweise dafür sind leicht zu erbringen. Staatsminister Rolf Schwanitz hat in der relevanten Regierungspressekonferenz, wohl Mai 1999, korrekt die vorher zwischen den Verbänden abgesprochene Formulierung benutzt, dass die Novellierung zum 1. Januar 2000 (Erhöhung der Kapitalentschädigung einheitlich auf 600 DM usw.) ein Schritt in die richtige Richtung sei. „Ein Schritt in die richtige Richtung“ – So vereinbart und in der Regierungspressekonferenz wörtlich gesagt; wenn aber Sprache einen Sinn hat, dann bedeutet ein Schritt in die richtige Richtung, dass weitere Schritte folgen müssen.

Rolf Schwanitz hatte die Beratungen zwischen Regierungsvertretern und den Verbänden mit der zutreffenden Forderung begonnen: Lassen Sie uns erst einmal diesen Block durchkriegen, d. h. Erhöhung auf 600 DM, Erhöhung der Stiftungsmittel, irgendwie eine Einbeziehung der Deportierten aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches (bis heute nicht verwirklicht), Umkehr der Beweislast bei der gesundheitlichen Versorgung oder wenigstens eine angemessene Versorgung aller bisher Abgelehnter (bis heute noch nicht entfernt erreicht).

Ich stelle also hiermit fest. Noch nicht einmal dieser erste Block ist abgearbeitet und erledigt worden, obwohl die Regierung nicht müde wird, zu betonen, die Verfolgten hätten ihre Leistung bekommen, und jetzt sei Schluss. Hierbei handelt es sich um eine grobe Entstellung erstens der Abmachungen, zweitens der Tatsachen und drittens der eigenen Worte des Staatsministers. Auf keinen Fall kann er sich darauf berufen, dass die Verbände seiner jetzigen Haltung zugestimmt hätten. Das genaue Gegenteil trifft zu. Wir haben darauf bestanden, dass weitere Schritte folgen, dass die erste Novellierung zum 1. Januar 2000 lediglich ein Schritt sei. So ist es ausdrücklich gesagt worden – jede andere Darstellung gehört in das Reich der Irrtümer. Ich bitte sehr darum, sich Morgen hierauf zu beziehen und sich nicht irgendwie wegdiskutieren zu lassen. Es kann in einem Rechtsstaat nicht angehen, dass Abmachungen getroffen und dann nicht eingehalten werden.

Ich wiederhole, damit es absolut klar ist: Diese Voraussetzungen sollten der erste Schritt, ein Schritt in die richtige Richtung sein. Bis heute sind noch nicht einmal sämtliche Punkte der Vereinbarung abgearbeitete. Es sterben

aber täglich Berechtigte hinweg, was wir auch damals den anwesenden Ministerialbeamten entgegen hielten. Ihre restriktive Haltung gegenüber unseren Forderungen begründete die Bundesregierung im Frühjahr 1999 damit, dass mit den Ministerien zunächst nicht mehr an die Substanz durchzudringen sei; wir sollten erst einmal die erwähnten vier Punkte hinnehmen. Das haben wir getan, aber nun muss die Verbesserung unserer Lage strikt weitergehen – nicht nur in einem, sondern in zahlreichen anderen Schritten. Bei dieser berechtigten Auffassung bleiben wir.

Entweder hast Du Dich, Kamerad Schröder, nicht richtig informiert, oder es ist dir falsch berichtet worden, wie es zwischen der VOS und der PDS steht – die Ursache Deiner falschen Meinung will ich hier erörtern; aber ich bitte alle, genau zuzuhören: Mit der PDS hat es keine Verhandlungen gegeben, auch keine Gespräche, nicht ein einziges. Mit der Bundestagsabgeordneten Petra Pau, die der PDS angehört, haben wir – nicht etwa in einem Parteibüro sondern in ihrem Abgeordnetenzimmer in Gegenwart zweier Hilfskräfte – zu dritt ein Informationsgespräch geführt, um die irriige Auffassung auf ihrer Seite zu berichtigen; z. B. dass die bisherige Kapitalentschädigung die Lage der ehemals Verfolgten wesentlich gelindert habe, wie sie im Bundestag behauptet hatte.

Andere Parlamentarier, z. B. der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Günter Nooke, haben ausdrücklich begrüßt, dass wir als Häftlingsverband der Abgeordneten Petra Pau unsere Auffassungen vorgetragen haben; z. B. dass der Mörder Mielke, der ehemalige Ministerpräsident Willi Stoph und der Posträuber Strobel sowie sonstige nicht verurteilte Staatsfunktionäre der „DDR“ mehr Entschädigung ihrer bequemen Untersuchungshaft erhalten haben, als unsere Verfolgten nach den Qualen in den sowjetischen Lagern und „DDR“-Gefängnissen.

Drittens führte ich die Entschädigungspraxis in einem Land der dritten Welt an, nämlich in Argentinien, wovon sie keine Ahnung hatte. Dort bekamen die Verfolgten der Diktatur – und diese Kenntnis verdanken wir dem Abgeordneten Rolf Schwanitz, wie ich ausdrücklich feststellen möchte – nach deutschem Geld umgerechnet 4.500 DM je Haftmonat. Dieser Betrag, erklärte ich Frau Pau, entspricht dem höchsten Gehalt eines argentinischen Karrierebeamten. Da die deutschen Karrierebeamten, nicht die Wahlbeamten, aber ungefähr 11.500 DM oder 12.000 DM je Monat verdienen, müssten also unsere Opfer des Kommunismus 12.000 DM je Haftmonat als pure Selbstverständlichkeit eines Landes der ersten Welt erhalten.

In den Vereinigten Staaten, ja auch ein Land der ersten Welt, bekämen sie noch viel mehr. Ich erläuterte Frau Pau, dass dort jemand, der irrtümlich in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen wurde, mit rund 960.000,00 US\$ ent-

schädigt wird. Aber in USA gibt es keinen Staatssicherheitsdienst und auch keine andere Behörde mit der Befugnis, in den Häusern der Psychiatrie mitzubestimmen.

Weiter erklärte ich ihr, dass ihre Partei auf ihrem Gründungsparteitag am 18./19. 12. 1989 versprach:

- 1) alle „DDR“-Verbrechen aufzuklären oder an ihrer Aufklärung mitzuwirken,
- 2) alle Täter mit zur Verantwortung zu ziehen;
- 3) den Opfern eine entsprechende Entschädigung zukommen zu lassen.

Die PDS hat keines dieser Versprechen eingelöst. Wir drei vom VOS haben Frau Petra Pau nicht ins Gewissen geredet, wie heute Vormittag gesagt wurde, sondern wir haben ihr sachliche Informationen vermittelt und Irrtümer berichtigt. Dazu gehörte noch das Thema der VVN-Ehrenrenten der „DDR“, die seit 1990 von der Bundesregierung übernommen wurden und bereits rund 200.000 Gesamtsumme ergeben. Unter den Empfängern befanden sich in der „DDR“ unberechtigte, andererseits solche, denen aus politischen Gründen die Ehrenrente wieder entzogen wurde. Unseren Verfolgten soll keine Ehrenrente gezahlt werden, diese Inkonsequenz ist niemanden zu vermitteln.

Ich möchte jetzt im Auftrag des Zentralrates kommunistisch Verfolgter eine Presse-Erklärung zu unseren zentralen Problemen vorlegen in der Hoffnung, dass sie hier gebilligt wird: ***Nach dem Beschluss der Regierungsmehrheit zur Rentenerhöhung kommunistischer Kader und zur Verweigerung einer Ehrenpension an die ehemaligen politischen Häftlinge erklären die Verfolgten der kommunistischen Gewaltherrschaft ihre Empörung über die Beschönigung der kommunistischen Verbrechen seit Jahren. Sie warnen vor der verhängnisvollen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem Staat, in dem die Verteidiger der Freiheit missachtet und die Organisatoren der kommunistischen Tyrannei hofiert werden. Die Opfer fühlen sich erneut verurteilt. Vielen kommt es vor, nicht in einem vereinten Deutschland, sondern in einer vereinten „DDR“ zu leben.*** (Die beiden letzten Sätze stammen nicht von mir, sondern von einem Kameraden, der damit meiner Ansicht nach einen außerordentlich wirkungsvollen, weil herausfordernden und plakativen, Gedanken formuliert hat.) Mit solchem Text genügen wir auch dem journalistischen Zwang zur Kürze: Mehr als zehn Zeilen werden nicht zur Kenntnis genommen, weil die Redaktionen sonst in der Papierflut untergehen.

Nun zum Schluss eine Erklärung über den Zentralrat kommunistisch Verfolgter Deutschlands (ZKVD). Am 28./29. September vorigen Jahres wurde

eine ständige Konferenz von ungefähr 40 Verbänden beschlossen, dann aus ihrer Mitte eine Kommission von neun Vertretern gewählt. Der Begriff „Kommission einer ständigen Konferenz kommunistisch Verfolgter“ ist erstens zu lang und zweitens nicht informativ und plakativ genug. Folglich konstituierte sich die Kommission in ihrer Sitzung, wie es ihr gutes Recht war, als der erwähnte Zentralrat – ebenso wie es ja einen Zentralrat der Juden, einen Zentralrat der Sinti und Roma und einen Zentralrat der Muslime gibt. Die Kommission hat sich also, um es zu wiederholen, als Zentralrat konstituiert und nicht „gegründet“, wie jemand wiederholt behauptet hat, obwohl es ihm deutlich beschrieben wurde und im „Stacheldraht“ richtig steht. Der Zentralrat versteht sich nicht etwa als Konkurrenz sondern als Partner der anderen Zentralräte, weil auch wir einen Anspruch auf die Verteidigung der Freiheit, des Rechts, der Gerechtigkeit und damit der Demokratie erheben und erheben müssen, gegen jeglichen Rassen- und Klassenwahn. Jüdische Vertreter, von mir befragt, erklärten, die Bezeichnung sei völlig in Ordnung und sogar gut gewählt, denn auch die Juden haben Menschen zu beklagen, die unter dem Kommunismus auf schreckliche Weise ums Leben gekommen sind. Markantes Beispiel: Der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins, Erich Nehlhans, ist entweder in Sachsenhausen oder in Moskau unter ungeklärten Umständen zugrunde gegangen. Auf dem jüdischen Friedhof an der Heerstraße in Berlin ist sein Kenotaph, sein leeres Grab, zu besichtigen, das dort zu seinem Gedenken errichtet wurde, um nach jüdischem Brauch seinen Namen zu bewahren.

Im kommenden Herbst wird die Ständige Konferenz zum zweiten Mal zusammentreten, um den Bericht des Zentralrats entgegenzunehmen und die weitere Arbeit zu planen. Die Anregung, in den Verbänden mehr Geld aufzubringen, ist schwierig umzusetzen, weil unsere Mitglieder und Anhänger – auch ein Ergebnis der kommunistischen Verfolgung – finanziell schlecht bis ganz schlecht dastehen und unsere Reihen eher verlassen müssen, als z. B. höhere Beiträge in Kauf zu nehmen. Es fragt sich sehr, wie der Gegensatz zwischen erforderlichen Finanzmitteln und Zusammenhalt der Verfolgten zu überbrücken ist.

Eine Zersplitterung oder gar Zerstrittenheit der Verbände, und damit komme ich zum Schluss, gibt es nicht. Im Gegenteil. Die Einigkeit unter uns ist viel größer als in Parteien, Gewerkschaften, anderen Verbänden, eben weil wir die gleichen politischen Überzeugungen haben, weil wir gegen Nationalsozialismus wie Kommunismus gleichermaßen leidenschaftlich auftreten, nach eigenem Erleben, aus Kenntnis der furchtbaren Verbrechen in beiden Systemen. Insofern haben wir keine Probleme. Bei Dissonanzen und Differenzen

geht es immer nur um charakterliche Schwierigkeiten. Wer um der Einigkeit und um der Darstellung nach außen willen auf persönliche Angriffe nicht zurückschlägt, der zeigt Stärke und nicht etwa Schwäche, mag es der eine oder andere auch irrtümlich annehmen.

Helmut Ebel

Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.

Liebe Freunde. Ich wollte heute eigentlich nicht sprechen. Aber ich stehe doch noch so sehr unter dem Eindruck der gestrigen Abstimmung im Deutschen Bundestag über das dritte SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, so dass ich diesen Vorsatz doch breche. Aber ich will es kurz machen. Ich habe nur zwei Punkte zu sagen. 1. Wir müssen besser als bisher unsere Kräfte bündeln, um unser Ziel, die Ehrenpension, durchzusetzen. Wir haben uns dazu ein hervorragendes Instrument, die ständige Konferenz der Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, geschaffen. Ihre Exekutive ist der Zentralrat der Verfolgten des Kommunismus in Deutschland. Wir müssen in diesem Jahr wieder eine Konferenz vorbereiten. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller Verbände, vor allem der großen und leistungsstarken. Auf dieser Konferenz muss eine neue Strategie zur Durchsetzung unseres gemeinsamen Zieles festgelegt und abgestimmt werden. Der Zentralrat muss die entscheidende Instanz für alle Verbände sein. Dazu müssen vor allem die großen Verbände ihre besten, fähigsten und engagiertesten Leute in den Zentralrat delegieren. Ich meinerseits bin bereit, meinen Sitz im Zentralrat zur Verfügung zu stellen. Alle Vereinsinteressen haben sich damit hinter ein gemeinsames Ziel zu stellen. Wenn wir das nicht schaffen, dürfen wir uns nicht beklagen, dass wir nicht das bekommen, was wir wollen. 2. Ich bin dafür, dass wir geschlossen den Saal verlassen, wenn Herr Schwanitz vom Moderator vorgestellt wird. Dies sollte aber diszipliniert und schweigend geschehen. Da wir aber gesprächsfähig bleiben müssen, schlage ich weiter vor, dass nur der Vorsitzende des Zentralrates, Herr Strunz, im Saal bleibt und Herrn Schwanitz die Botschaft mit auf den Weg gibt, dass wir aufgrund der jetzigen Situation nur einen Gesprächspartner sehen und das ist der Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich. Danke.

Dr. Hartwig Bernitt

Vereinigung ehemaliger Rostocker Studenten, Vorsitzender

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte zunächst den Vorschlag vom Kollegen Ebel noch einmal aufgreifen wegen des Auszuges, der vorgeschlagen wurde, wenn Herr Schwanitz morgen kommt. So ganz wohl

ist mir dabei nicht. Ich weiß nicht, ob man darüber nicht noch überlegen sollte, ob es hier noch einen besseren Weg gibt, um diszipliniert mit ihm vielleicht zu diskutieren. Eine andere Sache möchte ich nur kurz mitteilen, eine erfreuliche Sache, dass am 6. Juni, das ist der Mittwoch nach Pfingsten, in Schwerin am Demmlerplatz, dort wo lange Zeit das SMT war und dann etwa ab '52/'53 die Staatssicherheit des Bezirks Schwerin ihr Untersuchungsgefängnis und ihren Sitz hatte, das dort ein Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen oder der beiden deutschen Diktaturen eröffnet wird. Der Landtag hatte schon vor etwa zwei Jahren die Errichtung dieser Dokumentationsstelle beschlossen. Sie hat zwei Standorte: in Rostock und in Schwerin. Der Standort in Rostock wurde vor gut einem Jahr im Gebäude der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der dortigen Stasi-Bezirksstelle eröffnet. Und nach Umbauten in diesem Gefängnis in Schwerin am Demmlerplatz konnte jetzt also auch dieses Dokumentationszentrum soweit hergerichtet werden, dass es in Anwesenheit von Bundespräsident Rau und auch unter Beteiligung von Frau Birthler kurz nach Pfingsten eröffnet wird. Wie bitte? Nein, das ist nicht der Fall. Es werden zwei Opfervertreter auch zu Worte kommen. Der eine bin nämlich ich – für die Opfer, die dazu gehören, zu den SMT-Verurteilten. Ich habe übrigens, nebenbei bemerkt, 1951 am Ende des Jahres zusammen mit dem Vater von Joachim Gauck dort gesessen. Vielleicht haben manche ja von Herrn Gauck gehört, dass er seine Rede häufig damit anfängt, er hätte ja nicht gesessen, aber sein Vater hätte gesessen. Sozusagen als kleine Entschuldigung, dass er nicht zu den Gefängnisopfern des Systems gehört. Und eines der bekanntesten Opfer ist der Student Arno Esch, 1949 verhaftet mit 13 anderen, 1951 im Juli in Moskau hingerichtet. Er war Leiter einer Gruppe von 14 Widerständlern, hauptsächlich aus den Reihen der liberal-demokratischen Partei, gegen die es sieben Todesurteile gab. Das war also eine ganz harte Sache damals. Also diese kleine doch erfreuliche Mitteilung über das Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen in Schwerin, Eröffnung am 6. Juni, und sicher dann auch für Besucher der Stadt zugänglich, weil dort sicher auch eine Ausstellung sein wird. Dankeschön.

Alexander W. Bauersfeld

UOKG-Vorstandsmitglied

Lieber Jürgen Haschke, meine sehr verehrten Damen und Herren. Reibung erzeugt Wärme und ich muss sagen, als ich gestern herfuhr und im Auto telefonierte – was man ja nicht darf – und dann hörte, wie es im Bundestag ausgegangen war, war mir sehr schlecht. Und ich fühlte mich nicht gut. Und seit dem ich hier bin, diese Zeit, die wir zusammen verbracht haben, die hat

mein Herz wieder warm gemacht. Und einer von unseren Gästen, aus Weißrussland glaube ich, hat erzählt, wie ihm das Herz schwer wurde, als er am „Roten Ochsen“ stand. Das ist unsere gemeinsame Geschichte und deshalb möchte ich ein paar Dinge noch sagen. 1. Wir waren gewaltfrei, wir müssen gewaltfrei bleiben. 2. Wir sind Demokraten und keine Extremisten. Wir haben unsere Würde, die niemand antasten kann und antasten darf. Wir lassen uns weder als Schädlinge – wie das die MfS-Offiziere taten – noch als unanständig bezeichnen – wie das Herr Schwanitz getan hat. Wir müssen natürlich auch untereinander Frieden halten und solidarisch handeln. Und ich möchte alle bitten, von ganzem Herzen, bitte keine Intrigen mehr. Wir sollten nicht gegeneinander reden, sondern miteinander. Wir sollten Frieden untereinander halten, sonst schaffen wir nichts. Frieden ist das Entscheidende, was wir brauchen.

Von der Bundestagsfraktion der SPD und der Grünen/Bündnis 90 sage ich ja nichts mehr – für mich sind die gestern gestorben –, sind wir vor den Kopf gestoßen und verraten worden. Deshalb schlage ich in Absprache mit einigen Anwesenden hier vor, dass wir morgen den Saal verlassen, wenn Staatsminister Schwanitz hier das Podium betritt und sich hinsetzt. Und darüber können wir natürlich reden miteinander. Und ich muss auch sagen, ich nehme davon aus natürlich die Landesbeauftragten und die Leute, die damit zu tun haben, beruflich, die sollten wir dann nicht in die Pflicht nehmen. Das muss jeder für sich selbst auch entscheiden. Das hat folgenden Hintergrund. Das Ende der Gespräche ist jetzt erreicht. Wir haben lange Jahre versucht, etwas zu erreichen, aber gestern war ein Endpunkt, aber das war auch ein Anfang und um eine Zäsur zu setzen, wäre dieses Zeichen sehr sinnvoll, als eine Form des Nachdenkens für die Regierung. Und wenn sich Herr Schwanitz verweigert, dann sollten wir unsere Sache zur Chefsache machen lassen und direkt an den Bundeskanzler rantreten, wir können ja alle gemeinsam ins Bundeskanzleramt gehen und ich würde einfach vorschlagen, dass wir darüber abstimmen. Das kann ja vielleicht Herr Jürgen Haschke organisieren. Das wir darüber abstimmen, ob wir gemeinsam den Saal verlassen. Ich bin übrigens grundsätzlich dagegen, dass einer bleibt. Das geht nicht gegen sie Herr Schwenke, das ist einfach gegen, Herr Strunz, ihr seht euch so ähnlich deshalb, Entschuldigung. Da gibt es manchmal Verwechslungen. Von daher würde ich sagen, es sollte niemand im Saal bleiben, wir sollten ruhig, diszipliniert und höflich den Saal verlassen. Die Leute, die das wollen. Und dann soll die andere Seite den Gesprächsfaden wieder suchen. So, Jürgen, jetzt habe ich die Zeit nicht überzogen. Soll ich das jetzt abstimmen oder machst du das.

Petra Morawe

Berlin

Ich finde es eigentlich eine gute Idee, einmal zu schweigen, wo man sich sonst vielleicht bei den Auseinandersetzungen eher laut und aufgeregt geäußert hat. Aber ich denke, Rausgehen ist ein sehr starkes Mittel. Wenn morgen der Saal voller Kameras und nicht nur Sie da wären, Entschuldigung, aber so ehrenwert das ist, wenn also die öffentlich Rechtlichen hier wären und wenn sie mit dem Rausgehen im Fernsehen in den ersten Nachrichten platziert werden würden, dann würde ich sagen, es ist ganz wichtig, darüber zu reden und es auch zu machen. Dann würde ich sehr dafür sein. Aber, ich nehme an, es sind keine Medien da, zumindest keine Kameras. Vielleicht ist jemand von der schreibenden Presse da, doch dann auch nur von der lokalen. Da würde ich mir ehrlich gesagt dieses starke Mittel noch aufheben, weil, wenn man es einmal verspielt hat, kann man es im nächsten Zusammenhang nicht wieder einsetzen. Und dann finde ich diesen Herrn Schwanitz, der hier morgen als der große schlimme Mann auftaucht, irgendwie, man möge es mir verzeihen, langsam bemitleidenswert. Er ist jetzt sozusagen eine Art Punchingball für all die verfehlte Politik, die allerdings alle Parteien zu verantworten haben und bei weitem nicht nur Herr Schwanitz. Und er bekommt jetzt mit ihrem Rausgehen die gesamte Verantwortung zu spüren, das wird verpuffen. Ich denke, das Rausgehen sollte aufgehoben werden für den Moment, wo es richtig wirkt. Wenn keine Öffentlichkeit da ist, nutzt es nichts. Das würde dann nur für Herrn Schwanitz geschehen, der dann abends im Bett noch einmal daran denkt, wie grässlich es war.

Alexander Hussock

Ich möchte dem noch was hinzufügen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir 1992 hier in Halle auf Antrag der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktionen eine Anhörung zum strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz hatten. Einige werden sich erinnern. Und dass wir, obwohl die Medien im Saal waren – und sehr viele Medien: Bayerisches Fernsehen, NDR, etc. –, haben wir den Saal verlassen. Bis auf einen Verband haben alle Verbände schweigend den Saal verlassen. Und die Medien sind uns gefolgt. Die sind nicht bei den CDU-, CSU- und FDP-Politikern geblieben, sondern sie sind uns gefolgt. Es war überhaupt der größte Medienerfolg, der jemals meiner Meinung nach da war. Und noch ein Wort zu Herrn Schwanitz. Herr Schwanitz ist ja 1994 nicht mehr gewählt wurden vom Volk in Plauen. Er ist über einen Listenplatz der SPD in den Bundestag geschoben wurden, weil er der Experte war oder sich zum Experten stilisiert hat, für die SED-Unrechtsbe-

reinigungsgesetze. Und da muss er halt auch ein bisschen was aushalten können und abkriegen können, obwohl die Petra Morawe vielleicht Recht hat. Logisch, es steht die gesamte SPD-Führung und Grünen-Führung in der Pflicht. Aber die kriegen ja noch Feuerwerk aus allen anderen Rohren, unter anderem ja morgen von der verabschiedeten Erklärung. Also ich persönlich bin auch für den schweigenden Rausgang.

Hans Schwenke

Alexander Bauersfeld hat gesagt, dieser 18. Mai, der gestrige Tag, war sowohl ein Endpunkt und auch ein Anfang. Da stimme ich ihm voll zu. Es ist eine Zäsur, und eine Zäsur ist immer ein Ende und zugleich der Beginn von etwas Neuem. Vorhin, bevor das hier um 19.30 Uhr wieder weiterging, haben sich Amtsträger, gewählte Vertreter des BSV und der VOS in dem Zimmer hinten zusammengefunden und kurz einen Meinungs austausch gepflegt. Der hat dazu geführt, dass bis auf einen einzigen Vertreter alle der Meinung sind und waren, die Antwort auf diese schändliche Behandlung durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages kann nur heißen: Zusammenschluss aller Verfolgten des Kommunismus. Und wir wollen uns dafür einsetzen, dass die beiden großen Verbände, BSV und VOS, fusionieren. Helmut Ebel hat mich aufgefordert und gebeten, der BSV möge im „Zentralrat der kommunistisch Verfolgten“ mitarbeiten. Ich habe erklärt und bin durchaus bereit, namens des BSV in diesem Gremium mitzuarbeiten. Aber bitte nicht in einem „Zentralrat“, sondern in dem – wozu er auch gewählt wurde – im „Sprecherrat der Ständigen Konferenz“.

Wir haben damals – im September vergangenen Jahres – gemeint, dieser Sprecherrat und die Ständige Konferenz sind eine Übergangslösung auf dem Wege zur Erweiterung der UOKG zum Dachverband aller Vereinigungen und Verbände der Verfolgten des Kommunismus. Und diesen Weg zur organisatorischen Einheit, diese Option zu einer erweiterten UOKG, die möchte ich gerne aufrecht erhalten wissen. Denn es kann und darf nicht umsonst gewesen sein, die Auseinandersetzung, die wir innerhalb des BSV geführt haben, nämlich die Auseinandersetzung um die Rückkehr des BSV in die UOKG. Die hat stattgefunden im Februar diesen Jahres. Wir möchten, dass diese UOKG zum Dachverband aller Vereinigungen kommunistisch Verfolgter wird, dass sie sich öffnet, ihre Satzung auch entsprechend verändert. Daran mitzuwirken im Rahmen dieses Gremiums, das im September vergangenen Jahres gewählt wurde, dazu bin ich durchaus bereit. Danke, das war es.

Nach einem Abstimmungsverfahren entschieden sich die Kongressteilnehmer für folgende Presseerklärung. Diese wurde von den Veranstaltern unterstützt:

Bundeskongreß der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen

Hallenser Erklärung

Wiedergutmachung für die Opfer der Diktatur ist eine Bringschuld der Gesellschaft

Das vereinte Deutschland gründet seine Existenz auf den jahrzehntelangen Widerstand gegen das kommunistische Regime, der in die Friedliche Revolution von 1989 mündete. Die Wegbereiter dieser Revolution warten noch immer auf die Würdigung ihrer Verdienste durch die Gesellschaft. Statt dessen müssen sie selbst um die Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts kämpfen.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner gestrigen Sitzung eine fatale Entscheidung getroffen: Unter Berufung auf Bundesverfassungsgerichtsurteile erhalten die Funktionäre der DDR-Diktatur Spitzenrenten, die von ihnen Verfolgten dagegen sind weiter auf minimale Entschädigungen angewiesen.

Der Bundestag verzichtete freiwillig auf jeden politischen Gestaltungsspielraum. Die legitime Forderung nach einer Ehrenpension für die politisch Verfolgten wird seit Jahren parteipolitischem Kalkül geopfert. „Unanständig“ ist nicht diese Forderung, sondern ihre Verweigerung bei gleichzeitiger Besserstellung der Täter.

Statt ein Signal für die Anerkennung von Zivilcourage zu setzen, werden die Träger der Diktatur für ihr damaliges Tun honoriert. Wie soll unter diesen Umständen gerade an die junge Generation vermittelt werden, daß sich Bürgermut und der Einsatz für Menschenrechte lohnt? Die Demokratie aber kann ohne sie nicht bestehen.

Wir fordern daher:

1. eine Ehrenpension für politisch Verfolgte und eine Erhöhung der Haftentschädigung
2. die Entfristung der Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsgesetze
3. die gesetzliche Vermutung gesundheitlicher Folgeschäden für politische Häftlinge
4. Festschreibung der bevorzugten Einstellung politisch Verfolgter bei gleicher Eignung
5. die angemessene Finanzierung der Arbeit von Gedenkstätten, Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen durch die Bundesregierung und die Länder

Halle (Saale), den 19. Mai 2001



Konferenz der Landesbeauftragten

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Presseerklärung

Kongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 18.–20. Mai 2001 in Halle/Saale

Unter dem Thema „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“ fand vom 18.–20. Mai 2001 in Halle/Saale der 5. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in Deutschland und Gästen aus Rumänien und Weißrussland statt. Die 170 Teilnehmer informierten sich über die Projekte zur Aufarbeitung von kommunistischem Unrecht in Halle, so z. B. in der Gedenkstätte Roter Ochse, der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Georgenkirche zu den Ereignissen des Herbstes 1989. Daneben wurden die Möglichkeiten und Grenzen von Entschädigung und Wiedergutmachung diskutiert. Die anwesenden Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen verabredeten hierzu eine „Haller Erklärung“.

Die Veranstalter halten die Aufhebung der Fristen der Rehabilitierungsregelungen, die Beseitigung bestehender Defizite sowie eine Verbesserung der sozialen Lebenslage ehemals politisch Verfolgter auch vor dem Hintergrund der Diskussionen während des Kongresses für dringend erforderlich.

Der 6. Bundeskongress wird vom 24.–26. Mai 2002 in Leipzig stattfinden.

Im Namen der Veranstalter

Edda Ahberg
Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt

Halle/Saale, 20. Mai 2001

Rückfragen unter der Tel.: 03 91 / 5 67 50 51

Anlage: Hallenser Erklärung

Sonntag, 20. 05. 2001

Vorstellung von Projekten aus Sachsen-Anhalt

Der 17. Juni 1953 in Halle (Anmerkungen zu einer Ausstellung)

Udo Grashoff

Im Auftrag des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V.

Ja, schönen guten Tag. Ich bin Historiker an der Universität Leipzig und bin im Moment dabei, meine Promotionsarbeit zu verfassen. Und das Thema dieser Arbeit hat auch in gewisser Weise etwas damit zu tun, wie ich überhaupt dazu gekommen bin, mich mit dem 17. Juni 1953 zu beschäftigen. Ich befasse mich in meiner Promotion mit dem Umgang mit Selbsttötungen in der DDR. Und was mich an diesem Thema interessiert, ist die Frage, wie die Gesellschaft, wie der Staat auf das menschliche Leben und auch auf den Tod zugreift. Im Vorfeld meiner Promotion hatte ich mich kurzzeitig beschäftigt mit dem Umgang mit der Todesstrafe in der DDR. Und in diesem Zusammenhang bin ich auf eine Geschichte gestoßen, die mit dem 17. Juni zu tun hat. Und zwar ist eine Frau aus Halle nach dem 17. Juni hingerichtet – genauer: enthauptet – worden. Diese Geschichte hat mich interessiert, ich habe recherchiert und versucht, alles, was es an Dokumenten dazu gab, anzusehen. Und ich habe zunächst versucht, die verworrene Geschichte dieser Frau durch einen literarischen Text für mich zu klären. Dies ist mir aber nicht gelungen, muss ich dazu sagen. Also, ich war selbst nicht damit zufrieden.

Kurz darauf habe ich im „Zeitgeschichte(n)“-Verein bei einer Diskussion erfahren, dass der Tod dieser Frau, die als angebliche „Kommandeuse“ Erna Dorn bekannt wurde, kein Einzelfall war, sondern dass es in Halle noch einen zweiten Fall gab, wo der Tod eines Menschen nach dem 17. Juni propagandistisch ausgenutzt wurde. Und auch dieser Fall war nicht nur in Halle relevant, sondern wurde im „Neuen Deutschland“ republikweit publiziert. Und auch in diesem zweiten Fall war es so, dass der Staat getötet hat und das auch noch propagandistisch verwendet hat. Dieser zweite Tote hieß Gerhard Schmidt, war ein junger Aspirant der landwirtschaftlichen Fakultät hier in Halle an der Universität und ist – wie wir jetzt durch unsere Recherchen ziemlich eindeutig belegen konnten – durch eine Polizeikugel getötet worden. Damals wurde das allerdings völlig anders dargestellt. Damals inszenierte die FDJ einen riesigen Sternmarsch durch Halle für seine Beerdigung. In der Zeitung wurde geschrieben, dass der Jugendfreund und FDJ-Funktionär Gerhard Schmidt sich den Provokateuren entgegengestellt hätte und

dann von diesen erschossen wurde. Das war eine infame Lüge. Es war genau anders herum. Gerhard Schmidt ist als zufälliger Passant von den Wachmannschaften des Zuchthauses „Roter Ochse“ erschossen worden.

Diese beiden Fälle nun, also einmal der Fall von Erna Dorn, die nach dem 17. Juni hingerichtet wurde, und der Fall dieses jungen Wissenschaftlers – das war der inhaltliche Kern, der uns so interessant erschien, dass wir im „Zeitgeschichte(n)“-Verein spontan beschlossen haben, dazu eine Ausstellung zu machen. Unser Ziel war es einfach, diese Propagandalügen zu demontieren. Hinzu kam, dass in einer Stasi-Akte eines Mitglieds des „Zeitgeschichte(n)“-Vereins, der nach dem 17. Juni verhaftet worden war, Fotos von den Demonstrationen am 17. Juni in Halle gefunden wurden. Und das war für mich, der ich den 17. Juni überhaupt nicht erlebt habe, eine große Überraschung. Es ist ja so, dass die historische Überlieferung oft sehr einseitig die Opfer und die Zerstörungen betont und auch als Erinnerungen weiter gibt. Und was auf diesen Fotos zu sehen ist, ist etwas ganz anderes. Es ist eine heitere, fröhliche Stimmung. Es ist eigentlich genau das Gegenteil von dem, was man sonst mit dem 17. Juni verbindet. Und diese Stimmung, die aus diesen Fotos spricht, diese Hoffnung, diese Freude, vielleicht auch das Gefühl, die Befreiung ist nahe – das alles wollten wir in unserer Ausstellung auch zum Ausdruck bringen, sozusagen als Kehrseite der Propagandalügen, als das, was durch die Propaganda vertuscht werden sollte.

Eine wichtige Frage war dann, wo wir die Ausstellung machen. Wir haben uns als Ort das „Marktschlösschen“ ausgesucht, eine Galerie in Halle am Markt, und zwar aus zwei Gründen. Der erste Grund war, dass es sehr zentral gelegen ist. Es ist eine Galerie, wo man, wenn man über den Markt läuft, in die Fenster hinein schauen kann. Es ist also auch für Passanten interessant, einfach mal zu schauen, was da ist. Und der zweite Punkt ist, dass dieses Haus auch ein historischer Ort ist. Dort befand sich nämlich 1953 die SED-Stadtbezirksleitung West. Und dort sind am 17. Juni, wie wir durch Zeitzeugen erfahren haben, Stalin-Bilder aus dem Fenster geworfen worden und Schreibmaterialien, und wir haben auch ein Foto von diesem Tag, wo das zu sehen ist.

Es war nicht ganz einfach, diesen Ort zu bekommen. Dass es uns gelungen ist, den Verein, der an diesem Ort die Ausstellungen organisiert – das ist ein Verein Bildender Künstler – von unserem Konzept zu überzeugen, liegt sicherlich auch daran, dass es ein Team gibt, das diese Ausstellung jetzt produziert. Das ist vor allem der sehr aktiven Arbeit der Geschäftsführerin des „Zeitgeschichte(n)“ e. V., Heidi Bohley, zu verdanken. Sie konnte einen Galeristen gewinnen, der für das ästhetische Gesamtkonzept verantwortlich ist, sowie eine Grafikerin, die die Gestaltung der Schautafeln und der Fotos

übernommen hat. Drittens hat sich auch eine Filmemacherin beteiligt, die mit Zeitzeugen Interviews geführt hat. Diese Interviews werden dann auch in der Ausstellung zu sehen sein. Neben den Fotos, die in dieser Stasi-Akte gefunden wurden und deren Fund für uns ein großer Glücksfall war, wollen wir für die Ausstellung Akten verwenden. Wir haben im Stadtarchiv und im Landesarchiv in Merseburg die Akten, die dort zum 17. Juni vorhanden sind, gesichtet und wir wollen die Perspektive dieser Akten, die ja die amtliche Perspektive ist, konterkarieren durch die Zeitzeugeninterviews, und dadurch eine etwas andere Sicht auf den 17. Juni bringen, nämlich die der Aktiven. Und das ist uns, denke ich, in diesem Fall auch gelungen.

Durch die Zeitzeugeninterviews können wir jetzt auch mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit die Todesumstände dieses jungen Wissenschaftlers Gerhard Schmidt rekonstruieren. Es ist zum Beispiel gelungen, den Arzt ausfindig zu machen, der ihm noch erste Hilfe geben wollte und in dessen Obhut er dann seine letzten Minuten gelebt hat. Es ist uns gelungen, den Doktorvater von Gerhard Schmidt ausfindig zu machen. Und wir haben auch noch einen Brief von der inzwischen verstorbenen Witwe von Gerhard Schmidt.

Zusätzlich zu den Zeitzeugeninterviews, die dann während der Ausstellung auf Fernsehbildschirmen zu sehen sein werden, ist eine CD-ROM entstanden, um auch jugendliche Interessenten, die vielleicht eher gewohnt sind, sich die Welt per Mausclick zu erschließen, für den 17. Juni zu interessieren. Die können sich dann auf dieser CD-ROM durch die Ereignisse dieses Tages hindurch klicken. Das zahlreiche Archivmaterial, das wir kopiert haben – das sind Akten von SED-Bezirksleitung, Polizei und Staatssicherheitsdienst – wollen wir in Aktenordnern in der Ausstellung zugänglich machen, so dass Interessenten, die sich auch über den Inhalt der Schautafeln hinaus informieren möchten, sich dann dort hinsetzen und nachlesen können.

Die Ausstellung wird auch verbunden sein mit einigen Veranstaltungen. So wird es einen historischen Stadtrundgang geben. Es wird eine Gedenkfeier am Grab von Gerhard Schmidt stattfinden sowie ein Zeitzeugenforum und ein Vortrag eines Historikers. Zusätzlich zu dem Plakat, dem Faltblatt und dem Ausstellungskatalog ist auch noch eine Postkartenedition in Arbeit mit einem Teil der Fotos, die Demonstranten des 17. Juni zeigen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz ein Wort sagen zum Anlass, zu der aktuellen Motivation, die sich auch für mich damit verbindet, diese Ausstellung zu machen, als jemand, der den 17. Juni ja selbst nicht erlebt hat. Und ich denke, letztlich kann ich das ganz kurz machen, denn diese Motivation drückt sich aus in dem Titel, den wir für die Ausstellung gewählt haben. Der lautet nämlich „Der 17. Juni in Halle – Ein Tag der Zivilcourage“.

Die Publikationen des Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. über das Wirken des MfS in der Medizinischen Akademie Magdeburg (MAM)

Dr. Klaus Kramer

Im Auftrag des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Anknüpfend an die letzten Worte meines Vorredners möchte ich damit beginnen, Ihnen zu erläutern, wie es zu diesen Untersuchungen gekommen ist.

1989/90 hat sich in der MAM ein unabhängiger Untersuchungsausschuss gebildet, der die MfS-Unterwanderung dieser Einrichtung untersuchen wollte. Die Mitglieder dieses Ausschusses waren weder ehemalige Mitglieder der SED noch früher in irgend einer Weise für die Staatssicherheit tätig gewesen. Es gelang, einen ehemaligen Major des MfS, den Leiter des Referates 1 der Abteilung XX ausfindig zu machen und zu einer Befragung vorzuladen. Unter anderem sollte er Auskunft darüber geben, wie viele Spitzel des MfS sich unter den nahezu 5.000 Mitarbeitern der MAM befunden haben. Er bezifferte die Zahl auf „ungefähr 30“, was schon damals unglaublich erschien. Nähere Einzelheiten zu Namen oder Dienststellungen dieser Zuträger nannte er nicht.

Auffällig war in der Zeit des Umbruches, dass sich seltsamerweise eine ganze Anzahl z. T. hochrangiger „Kader“, ob Instituts- oder Klinikdirektoren oder leitende Angestellte aus Verwaltungspositionen von ihren attraktiven Posten zurückzogen und andernorts neue Arbeitsstellen annahmen, ohne dass damals dafür schlüssige Erklärungen vorhanden waren. Diese Personen umgingen damit allerdings die später von allen Mitarbeitern der MAM geforderte schriftliche Erklärung, nie für das MfS tätig gewesen zu sein. Die meisten aller Mitarbeiter haben auch ruhigen Gewissens eine solche Versicherung unterschrieben. Andere allerdings glaubten, mit Unwahrheiten weiterzukommen nach dem Motto: „was mir nicht bewiesen wird, ist nicht gewesen“, und solche Verhaltensweisen werden ja bis heute noch aufgedeckt.

Dr. Ulrich Mielke, Mitglied dieses Ausschusses (und hier sei es besonders betont: nicht verwandt oder verschwägert mit „Ich liebe doch alle“) und noch heute Mitarbeiter in der nunmehr Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, regte schon 1990 an, eingehende Untersuchungen zur Stasi-Geschichte in der MAM vorzunehmen.

Aber erst als die Gauck-Behörde (eigentlich die Behörde mit dem fast unaussprechlich langen Namen) existierte und die ersten Möglichkeiten zur Akteneinsicht nach dem Stasiunterlagengesetz (StUG) vorhanden waren, rückte das in die Nähe der Realität. Wir dachten, dass die Untersuchung dann in vielleicht ein bis eineinhalb Jahren beendet sein würde, inzwischen sind allerdings fünf Jahre vergangen und noch immer ist kein Ende der Auf-

arbeitung zu sehen. Inzwischen sind sieben Publikationen zu diesem Thema unter Federführung des Bürgerkomitees erschienen, Sie finden sie dort hinten im Saal auf einem der Tische. Das BK stellte auch den entsprechend StUG nötigen Antrag für die Akteneinsichten beim BStU. Wie Sie sehen werden, haben die Bände z. T. einen erheblichen Umfang, was allerdings seine Ursachen hat. (Wir bezeichnen sie salopp oft als „Lesebengel“). Wir hielten es auf jeden Fall für nötig, die von uns im Text dargestellten Fakten durch Kopien der Originaldokumente zu belegen. Die Praxis hat uns recht gegeben, denn in keinem Falle hat es bisher einer der von uns mit Klarnamen genannten Stasimitarbeiter gewagt, Anzeige wegen angeblicher Verleumdung zu erstatten, die Aussichtslosigkeit lag auf der Hand.

Bei der Arbeit hatten wir von Anfang an ein „glückliches Händchen“, denn wir fanden in einer Opferakte den Namen eines so genannten HFIM, also eines hauptamtlichen Führungs-IM, der zahlreiche andere IM geführt hatte und deren Decknamen und z. T. Registriernummern wir so bei der Behörde als erste Quellen angeben konnten. Dieser HFIM führte 38 weitere IM persönlich und 15 andere Führungs-IM, die auch mehrere IM „anleiteten“. Seine umfangreiche Kaderakte und mehrere Arbeitsakten lagen uns dann im Herbst 1995 bei der ersten Akteneinsicht vor. Daraus entnahmen wir u. a., dass ein „Operativer Vorgang“ mit dem Decknamen „Labor“ aus der Anfangszeit der MAM existierte, der zum Gegenstand der ersten Publikation wurde.

Im Jahre 1957 wurde die Medizinische Fakultät der Universität Greifswald in eine Militärmedizinische Hochschuleinrichtung umgewandelt, an der nur noch Militärmediziner ausgebildet werden sollten. Es hatte in Greifswald Proteste und Vorlesungsstreiks bei den Studenten gegeben, die mit Inhaftierungen und Gefängnisstrafen endeten. Alle Studenten, die sich nicht einverstanden erklärten, die Laufbahn eines Militärarztes einzuschlagen, wurden zwangsweise an andere Hochschulen der DDR versetzt. So kamen auch 15 Studenten an die MAM. Sie fühlten sich zusammengehörig und hielten engeren Kontakt untereinander als zu anderen Mitstudenten und „gedachten“ jährlich des Tages ihrer Umsetzung. Das blieb nicht ganz unbemerkt und beim ewig misstrauischen MfS kam der Verdacht der Bildung einer „Gruppe“ auf. Besonders aktiv war in dieser Denkrichtung einer der wenigen weiblichen „operativen Mitarbeiter“ der Abteilung V (später in XX umbenannt), Gisela Rätzel. Sie war Oberfeldwebel und vielleicht dachte sie, hier ihr „Gesellenstück“ erarbeiten zu können, auf jeden Fall war sie der Meinung, dass diese „staatsfeindliche Gruppe“ zerschlagen werden müsste. Sie erarbeitete einen mehrseitigen umfangreichen Operationsplan mit Angabe von Terminen und Verantwortlichen für einzelne Ermittlungen. Diesen Plan können Sie im Band 1 in Kopie nachlesen.

Die betreffenden Studenten wurden beim Studium durch Kommilitonen bespitzelt, ihre Reaktionen eingeschätzt, ihre Freizeitaktivitäten genau unter die Lupe genommen bis hin zu eventuellen Fahrten nach Berlin. Noch war Berlin nicht abgeriegelt und es konnten vermutete „Feindkontakte“ aufgenommen werden. Bei der Volkspolizei wurden Eintragungen in die Fahndungsbücher zur Kontrolle der Berlinreisenden erwirkt und letztlich den Studenten ihre Personalausweise entzogen. Als durch einen Spitzel bekannt wurde, dass unter Studenten eine Geldsammlung zugunsten der Aufständischen in Ungarn erfolgt und die Summe von ca. 100 Mark über Westberlin einem Ungarnkomitee zugeflossen war, stand für das MfS nunmehr fest: Das kann nur die staatsfeindliche Gruppe gewesen sein. Es erfolgten Verhaftungen, nach Abschluss des Untersuchungsvorganges, der u. a. in der Beschuldigung gipfelte, man habe versucht, die MAM und die DDR zu stürzen, wurden vier der Studenten zu Haftstrafen von bis zu zwei Jahren und drei Monaten verurteilt, die sie auch verbüßen mussten. Andere Mitverdächtige wurden der Universität verwiesen und dem „Allheilmittel“, der „Bewährung in der Produktion“ übergeben, damit sie „an der Brust der Arbeiterklasse“ die richtige Kraft tanken können. Bei Bewährung durften sie das Studium dann fortsetzen.

Im zweiten Band behandelten wir ein von der SED und dem MfS inszeniertes Verfahren, das sich gegen einen Professor für Innere Medizin in der MAM richtete. Prof. Linke, ein international anerkannter Wissenschaftler, hielt eines Tages bei einer Weiterbildungsveranstaltung für DDR-Ärzte in Dresden einen Vortrag, in dem er zur Therapie von unheilbaren Leiden äußerte, dass man Patienten nicht unnötig die Leidenszeit durch Gabe von Medikamenten verlängern sollte. Die Mehrzahl der anwesenden Ärzte reagierte zustimmend, nur einige der anwesenden SED-Mitglieder glaubten, darin einen Aufruf zur Euthanasie zu erkennen. Daraufhin musste sich Prof. Linke in der MAM einem Strafkolloquium unterziehen, das von anderen, systemnahen Professoren und eigens dazu eingeladenen Parteifunktionären durchgeführt wurde. Ihm wurde die Erlaubnis zur Ausbildung von Studenten entzogen und die Teilnahme an Auslandskongressen untersagt. Dass er auch noch kirchlich engagiert war, passte in das Feindbild der SED. Erst nach massivem Protest von Prof. Linke gegen die Beschränkung für Kongressreisen gestattete das Ministerium für Hochschulwesen, dass er zu einem Kongress nach Wien fahren durfte, auf dem er einen Vortrag halten wollte. Man gesellte ihm aber einen Aufpasser aus einer Berliner Klinik bei, dem es aber nicht gelang, Prof. Linke bei der Abreise zu hindern, einen Zug in die Bundesrepublik zu besteigen. Nach dem DDR-Verständnis hatte damit Prof. Linke Verrat an der DDR begangen, ihm wurden alle seine Titel aberkannt,

sein Name erschien nicht mehr in den Annalen der MAM und alle seine Publikationen wurden negiert. Außerdem wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen und die Anträge seiner Frau und Tochter auf Übersiedlung abgelehnt. Es gelang Prof. Linke trotzdem, beide Personen 1972 in den Westen zu holen, worauf für ihn ein weiterer Haftbefehl wegen Mittäterschaft in einer Schleuserorganisation, einer so genannten „kriminellen Menschenhändlerbande“ erlassen wurde. Erst 1994 wurde Prof. Linke durch den Wissenschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt vollständig rehabilitiert, die MAM allerdings hat es versäumt, zumindest in einem Ehrenkolloquium das begangene Unrecht zu bedauern und Prof. Linke zu ehren.

Im dritten Band der Reihe behandeln wir den Vorgang „Labor“. Das Institut für Pharmakologie der MAM erforschte u. a. eine hochtoxische Substanz, die von einem Bakterium produziert wird, das in Lebensmitteln auftreten kann. Schon ganz geringe Mengen dieses Toxins können, wenn sie z. B. dem Trinkwasser beigegeben werden, Tausende von Menschen töten. Für eine eventuelle chemische Kriegführung wäre das ein teuflisches Mittel. Mit dieser Forschung beschäftigte sich ein Arzt, der zugleich Inoffizieller Mitarbeiter der Auslandsspionage, der HVA, war und der dafür von der NVA der DDR abgestellt war. Im Verlaufe seiner Untersuchungen kam es mehrfach zu nicht geklärten Vorgängen: Kühlschränke, in denen die Versuchssubstanzen aufbewahrt wurden, fielen über das Wochenende plötzlich aus, Versuchstiere starben, weil Heizleuchten nicht abschalteten, wertintensive Untersuchungsgeräte (Importe) wurden unbrauchbar und Forschungsunterlagen kamen abhanden. Sofort wurde der Tatbestand der Sabotage vermutet und umfangreiche Untersuchungen eingeleitet. Trotz immensen Aufwandes hat es nie Erfolge bei der Spurensuche gegeben und der Vorgang „Labor“ wurde zu den Akten gelegt. Auch als nach Jahren ein erneute Durchsicht der Unterlagen erfolgte, konnte der Bearbeiter des MfS nur feststellen, dass so viele Zufälle wohl doch eine Ursache gehabt und es mit mehr Sorgfalt der Bearbeiter doch Ergebnisse hätte geben müssen. Um wenigstens eine gewisse Richtung der Ermittlungen vorzuweisen, wurde nicht ganz ausgeschlossen, dass ein früherer Mitarbeiter des Instituts an diesen Vorgängen beteiligt gewesen sein könnte. Er hatte inzwischen einen Ausreiseantrag gestellt und was lag näher, als hier einen Verdacht anzusiedeln. Allerdings war auch das erfolglos.

Wie ich eingangs schon ausführte, fanden wir bei unseren ersten Untersuchungen den Namen eines HFIM, der den Decknamen „Dirk Heuer“ führte. Er erhielt sein Gehalt von der Stasi, wurde als Sachbearbeiter in die Kaderabteilung der MAM eingeschleust und baute hier eine Pyramide der Spitzelorganisation auf. Ihm unterstanden zahlreiche IM und zeitweise 15 FIM mit

deren IM. Deshalb wurden in dem wohl umfangreichsten, zweiteiligen Band dieses System des Überwachungsnetzes dargestellt. Darin wurden die FIM-Systeme mit Deck- und Klarnamen ihrer IM benannt und die Untersuchungsergebnisse mit den notwendigen Kopien aus den IM-Akten belegt. Wichtig dabei sind jeweils von den einzelnen IM, deren Unterlagen uns bis dahin zugänglich waren, immer die handschriftlichen Verpflichtungserklärungen. Einen breiten Raum nimmt naturgemäß in dieser Veröffentlichung die zentrale Figur, der HFIM „Dirk Heuer“ ein. Er wurde später nach seinem Ausscheiden aus der MAM bei der Deutschen Post als „Postamtmann“ geführt, war aber immer weiter hauptamtlich für das MfS tätig. Von der Post erhielt er sogar eine Abschlussbeurteilung seiner angeblichen jahrelangen „Post-tätigkeit“ und in seinem (vom MfS gefälschten) Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung erschienen sogar angebliche Beiträge, die für eine Freiwillige Zusatzrentenversicherung gezahlt worden sein sollten.

Zu Anfang der Untersuchungen konzentrierten wir uns vor allem auf die Mitarbeiter und IM der Abteilung XX bis uns bewusst wurde, dass auch Inoffizielle Mitarbeiter anderer MfS-Abteilungen in der MAM tätig waren. So fanden wir Hinweise auf eine ganze Anzahl IM der Abteilung II, die sich mit der Abwehr von angeblicher Spionage befasste, so dass auch hier das Material in einem Band zusammengefasst veröffentlicht werden konnte. Schwieriger war es, die IM der so genannten Auslandsspionageabteilung zu finden. Es handelt sich um Mitarbeiter der HVA, deren Zentrum in der MfS-Zentrale in Berlin lag, die aber in jeder MfS-Bezirksleitung eine Abteilung mit der Bezeichnung XV besaß. Deren IM durften in den anderen Abteilungen des Geheimdienstes nicht einmal mit ihren Decknamen erwähnt werden. Wenn Berichte von ihnen weitergegeben wurden, erschien nur die Bezeichnung „Quelle“.

Leider sind der größte Teil der Unterlagen der Abteilung XV vernichtet worden. Mit Zustimmung des Zentralen Runden Tisches in Berlin 1989/90, an dem die damals noch DDR-verbundenen Organisationen mehrheitlich beteiligt waren, wurde der Vernichtung zugestimmt. Trotzdem sind einige Reste der Akten in einzelnen Archiven erhalten. Aus der MAM sind uns inzwischen 15 IM der Abteilung XV bekannt, bei weiteren sechs Personen erhärten sich die Verdachtsmomente. Auch diese IM-Tätigkeit wurde in einem gesonderten Band der Publikationsreihe behandelt.

Alle IM der verschiedenen Abteilungen des MfS trafen sich mit ihren Führungsoffizieren in konspirativen Wohnungen, deren Anzahl im Bericht des Beauftragten der Modrow-Regierung zur Auflösung des MfS/AfNS für Magdeburg mit insgesamt 48 angegeben war. Uns sind allerdings allein für die

Referate 1 und 3 der Abteilung XX bisher nachweislich dreiundachtzig solcher Treffquartiere bekannt. Von Ihnen wurden 32 ausgewählt und im Band 7 kurz dargestellt. Man erkennt darin, auf welche vielfältige Weise die Werbung der Wohnungsinhaber vor sich ging und wie auch diese konspirativen Wohnungen dem gleichen geheimen Führungsprinzip durch MfS-Mitarbeiter unterlagen wie andere IM. Auch hier wurden die von uns getroffenen Feststellungen jeweils durch Kopien aussagekräftiger Dokumente belegt.

Zum Schluss möchte ich Sie noch auf die gerade in den letzten Tagen in der „Jungen Welt“, dem Nachfolger der früheren FDJ-Zeitung der DDR, erschienenen Artikel hinweisen, in denen jede Bespitzelung der Bevölkerung der DDR durch MfS und IM in Abrede gestellt wird. Man spricht nur von „Patrioten“, die dazu beigetragen hätten, Verbrechen an der DDR aufzudecken und scheut sich nicht, alle Opfer zu verleumden. Zahlreiche ranghöchste frühere MfS-Offiziere haben diese Pamphlete unterzeichnet, darunter z. B. auch der ehemalige Generalmajor Schmidt, der jahrelang Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle war. Wie zu hören ist, wurde gegen ihn wegen seiner verleumderischen Anschuldigungen Strafantrag gestellt. Ich kann nur hoffen, dass er dann entsprechend zur Rechenschaft gezogen wird.

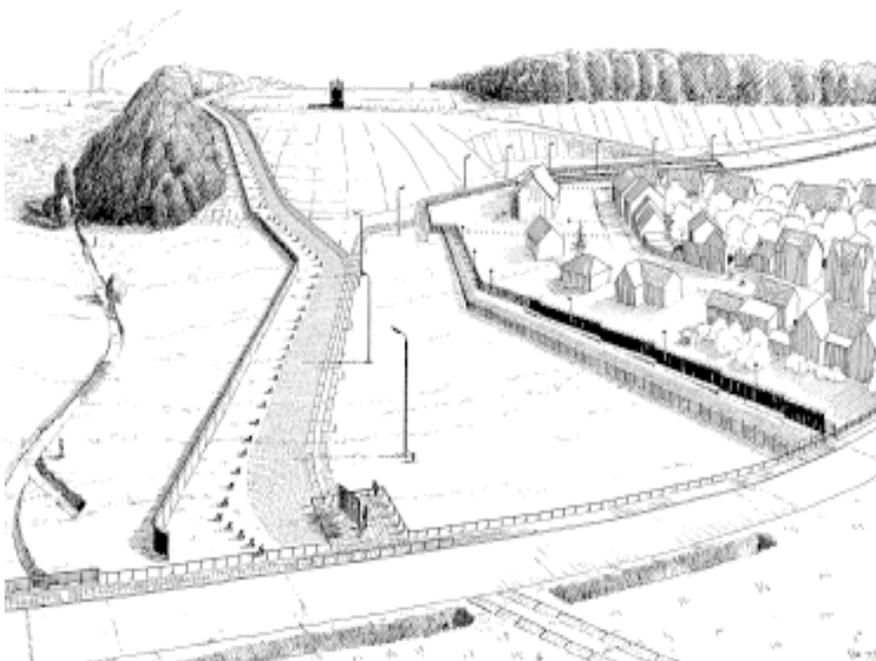


Blick ins Plenum (Foto: Anja Siebeneicher)

Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.: „Heringsbahn“

Achim Walther

Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V., Vorsitzender



Meinen Damen und Herren, auf diesem Bild ist die innerdeutsche Grenze im Ortsbereich von Hötensleben so dargestellt, wie sie zur Wendezeit ausgesehen hat.

Von rechts nach links ist zu sehen: Der äußere Bereich des Dorfes, die „Sichtblindmauer“, der „Signalzaun“ 5 m neben der Mauer, in der Mitte das „Sicht- und Schussfeld“ mit den Beobachtungstürmen und Lichttrassen, mit dem Kolonnenweg, dem Spurensicherungsstreifen und dem Kraftfahrzeughinder- nis. Dann kommt eine zweite äußere Mauer, das „vorgelagerte Hoheitsge- biet“ mit dem Grenzpfahl und schließlich in der Mitte des Baches die eigent- liche Grenze. Der Beobachtungsturm steht auf der Abraumhalde eines dahin- ter liegenden Braunkohletagebaues, der seit den 70er Jahren nicht mehr in Betrieb ist. Im Hintergrund sehen Sie ein Kraftwerk, dass auf der Westseite

liegt. Durch unsere Bemühungen ist es gelungen, ein Stück dieses Berei- ches im Originalzustand zu erhalten.

Um das Informationsbedürfnis der vielen Besucher zu befriedigen, wollten wir zunächst eine Broschüre herauszugeben, die 64 Seiten umfasst und die Grenze im Ortsbereich von Hötensleben über den gesamten Zeitraum von 1945 bis zur Wende darstellt. Von Frau Ahrberg war uns dazu eine Förde- rung zugesagt worden.

Unser Presseauftrag zur Meldung von Zeitzeugen hatte nun eine solche Flut von interessanten Informationen zur Folge, dass uns klar war: Beim Umfang von 64 Seiten hätten wir viele wichtige Fakten und Erlebnisse zurückhalten müssen, die zu einer lebendigen Darstellung des dramatischen Grenzgesche- hens unverzichtbar waren.

Deshalb haben wir das Projekt so geändert, dass bei gleichbleibender Förde- rhöhe nur noch die Zeit von Kriegsende bis zur Schließung der innerdeut- schen Grenze im Mai 1952 dargestellt wird. Herausgekommen ist nun ein Buch mit ca. 230 Seiten, 80 Schwarzweiß-Abbildungen, vielen Zeitzeugen- berichten, Presseauszügen und z. T. geheimen Dokumenten, das für eine Schutzgebühr von 10 DM abgegeben wird. Die Nachfrage in der Region und besonders bei den Zeitzeugen hat unsere Erwartungen übertroffen; bisher sind mehr als 3.000 Exemplare verkauft.

Den Titel „Heringsbahn“ haben wir deshalb gewählt, weil er im Volksmund üblich und gleichzeitig ein Synonym für die Nachkriegszeit ist. Den Zügen haf- tete damals nämlich ein durchdringender Heringsgeruch an, denn aus Nord- westdeutschland kommend kreuzten hier viele mit Heringen beladene Ham- sterer illegal die Grenze.

Genau genommen ist zusammen mit diesem Buch noch ein zweites Projekt entstanden, das nicht weniger Arbeit gekostet hat: Eine Sammlung von etwa 50 Zeitzeugenaussagen, die ständig fortgesetzt wird.

Ich möchte nun versuchen, Ihnen an Hand von zwei Beispielen einen Ein- druck von dem Bild zu geben, das wie anhand unserer Arbeit an der Herings- bahn über die Grenze im Raum Hötensleben gewonnen haben.

Da muss zunächst der Grenzpolizist Wolfgang Baaske genannt werden, der 1951 in Hötensleben stationiert war und uns mit vielen Fotos und Briefen einen tiefen Einblick in das Grenzgeschehen der damaligen Zeit gegeben hat. Aus dem vielen wertvollen Material möchte ich Ihnen nur diese Foto- grafie zeigen, das die damals typische Grenzsituation recht anschaulich ver- deutlicht.



Foto: W. Baaske, 1951

Es zeigt die Grenze am Nachbarort Offleben. Wie man sieht, bestand die Absperrung hier lediglich aus einem Schlagbaum, der mit einem ständigen Posten besetzt war. Links vom Standort des Fotografen stand noch eine kleine hölzerne Kontrollbude. Die Häuser im Hintergrund gehören bereits zum Westen.

Diesen Übergang passierten im sogenannten „Kleinen Grenzverkehr“ bis zur Grenzschließung im Mai 1952 täglich ganz legal mehrere hundert Personen, die auf der einen Seite der Grenze wohnten und auf der anderen arbeiteten. Möglich war das, weil die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nach alliierterm Beschluss trotz der Aufteilung in Besatzungszonen erhalten bleiben sollte. Das betraf in unserer Gegend auch den oben genannten Braunkohlentagebau, der von der Demarkationslinie durchquert wurde.

Während aber Arbeitskräfte und Güter die Demarkationslinie ungehindert überqueren durften, war der Grenzübertritt in Privatangelegenheiten lediglich mit Interzonenpass erlaubt, und der wurde nur sehr restriktiv ausgegeben. Doch die menschliche und materielle Not war groß, es gab viele Notwendigkeiten, auf die andere Seite zu gelangen. So ist es kein Wunder, dass die Menschen sehr schnell heraus fanden, wie und wo die noch völlig hindernislose „grüne Grenze“ illegal zu überqueren ist. Und dieser „schwarze“ Grenzübertritt wurde in den Jahren bis Mai 1952 vor allem in Familienangele-

genheiten, zum „Hamstern“ und zum Schwarzhandel millionenfach praktiziert. Allein im Bereich Hötensleben kann die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf ein bis zwei Millionen geschätzt werden.

Zur Illustration möchte Ihnen nun den Bericht einer Frau vorlesen, die auf der Westseite in einem Dorf nahe der Grenze wohnte und zwei Kinder hatte. Ihr Vater arbeitete auf der Ostseite dieses Tagebaus in einem Stellwerk der Grubenbahn. Er war befreundet mit dem Wärter eines Stellwerks auf der Westseite des Tagebaues. Wie sie sich diesen Vorteil zu nutze gemacht hat, zeigt dieser Brief:

[Ohne Datum]

[Eingang GDH e. V. am 15. 1. 2000]

Im Juni 1945 brachte mich mein Vater Hermann Lohse von Barneberg nach Warberg. Wenige Tage später besetzte der Russe die Orte bis zur ehemaligen Braunschweiger Grenze. Darunter auch Barneberg und Hötensleben. Nun war ich ganz abgeschnitten von zu Hause und meine Eltern grämten sich sehr.

Da mein Vater seine Arbeitsstelle in einem Stellwerk im Tagebau Viktoria hatte, ergab sich für uns aber eine Möglichkeit, einander zu besuchen.

So nutzte ich das kräftig aus und wir gehörten zu den Grenzgängern.

Es war eine böse Zeit. Viele Heimatvertriebene und natürlich auch „Hamsterer“ nutzten den Weg durch „Viktoria“.

Wenn ich mit meinen Kindern, 4 und 1 Jahr alt, von Warberg mit dem BKB¹-Bus bis Alversdorf fuhr, so hatte ich schon immer ein mulmiges Gefühl. Am Rand vom Tagebau Viktoria, also bei Alversdorf, stand ein kleines Stellwerk. Dort konnte ich mich aufhalten.

Der damalige Wärter rief dann bei meinem Vater an, um ihm mitzuteilen, dass seine Kinder bei ihm sind. „Hermann, Deine Kinder sind hier, schicke eine Lok röbber“, waren seine Worte.

Es dauerte auch nicht lange, und eine einzelne Lok oder ein ganzer Kohlenzug kam. Wir in den „Kohlentender“². Meine Edda sagte zu dem kleinen Bruder: „Pst, ganz leise, Russe hört das“.

Heute kann man darüber lächeln, aber es war eine ganz ernste Sache. Viele Frauen, die entdeckt wurden, waren den Vergewaltigungen ausgesetzt. Mein Vater, der auf dem Hauptstellwerk eingesetzt war, konnte aber durch Bestechung der Russen mit Schnaps dafür sorgen, dass uns nichts passierte. Er half auch vielen anderen Grenzgängern, indem er sie im Keller unter dem Stellwerk versteckte.

Nun wieder zu uns.

Wir stiegen beim Stellwerk aus unserem dunklen Bunker, bedankten uns bei dem netten Lokführer und begrüßten erst mal den Opa. Wenn dann die Luft rein war, trabten wir, soweit kein Zug fuhr, zur Hötenleben Kippe. Von dort konnten wir die Straße benutzen, die nach Barneberg führt.

Oft ließ ich die Kinder in Barneberg zurück, um meine Mutter aufzumuntern, die, weil mein Bruder im Krieg gefallen war, sehr unter der Trennung von ihren Kindern litt.

Der Rückweg war der gleiche: Von Barneberg bis zum Stellwerk zu Fuß, von dort mit dem Kohlenzug nach Alversdorf. Dann wieder mit dem BKB-Bus nach Warberg.

Es war immer eine Tagesreise!

Wir machten diese Touren nur bei gutem Wetter.

... Heute kann ich über vieles lächeln und denken, was haben wir doch für ein Glück in dieser schrecklichen Zeit gehabt!

Gruß Edith Kühne

1 BKB: Braunschweigische Kohlenbergwerke

2 Der Kohlenbehälter der Lokomotive war leer und dadurch zur Aufnahme von Grenzgängern geeignet.



Foto vom 1.8.1950 (Quelle: BKB-Archiv- Nr. 5583 / 30201)

Dampflokomotive 114, Abraumbau Treue 3

Versteckt im Kohlenbunker X einer Lokomotive dieses Typs hat Frau Kühne mit ihren Kindern sieben Jahre lang im Tagebau Viktoria die Grenze überquert!

Berufsschulzentrum Dessau:

„10 Jahre deutsche Einheit – Die Wende in der DDR“

Uta Berger

Anhaltisches Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ Dessau/BbS I

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Frau Ahrberg eben schon einleitete, unterrichte ich Geschichte am Fachgymnasium des Berufsschulzentrums in Dessau. Mit dem Grundkurs des 13. Schuljahrganges nutzten wir während des gesamten laufenden Schuljahres ein von der Robert-Bosch-Stiftung aufgelegtes Sonderprogramm für Ostdeutschland mit dem Thema „10 Jahre deutsche Einheit – die Wende in der DDR“. Die Ergebnisse unserer Arbeit sehen Sie in der hier vorliegenden Ausstellung. Zusätzlich beabsichtigen wir bis zum Herbst d. J. eine Broschüre mit Beiträgen aller am Projekt beteiligten Schüler und deren Forschungsarbeiten zu erstellen. Hoffentlich wird diese einen so reißenden Absatz wie die meines Vorredners erfahren.

Wir begannen also im September zunächst uns zu überlegen, wie man dieses Projekt angehen könnte und wir stießen auch auf die Tatsache, dass es inzwischen eine Schüलगeneration gibt, für die die friedliche Revolution von 1989/90 schon nicht mehr zum eigenen Erleben gehört. Die Teilnehmer meines Kurses besuchten damals den Kindergarten und konnten auf einige Erinnerungen zurückgreifen. Das brachte uns Vorteile und Nachteile: Das woran man sich erinnert, damit kann man sich leichter beschäftigen, andererseits gaben überlieferte Vorstellungen und Meinungen die Aufgabe auf, das Abgleiten in Stammtischmentalität zu bekämpfen. Wir mussten die Projektarbeit auf eine wissenschaftliche Basis stellen und gleichzeitig das Abitur vorbereiten. Material- und Quellenstudium, Analysieren und Vergleichen, historische Quer- und Längsschnitte bildeten die Grundlagen.

Im Dessauer Stadtarchiv durchforsteten die Schüler die Berichterstattung des SED-Organs „Freiheit“ und einer Blockparteizeitung. Sie interviewten Dessauer Politiker, die sich vor, während und nach der Wende engagiert hatten, befragten Eltern, Verwandte und Nachbarn. Mit der Einbeziehung der Familien der Schüler in unsere Diskussion zog unser Projekt immer größere Kreise.

Wir hatten das Glück, mehrere wichtige Gäste bei uns begrüßen zu können. Ich lud Herrn Müller-Enbergs von der Gauck-Behörde Berlin zu uns ein. Er hielt einen vierstündigen Einführungsvortrag in die Materie und bearbeitete mit uns dann zwei Tage lang in seminaristischer Form Originalakten und führte die Schüler in die Tätigkeit seiner Behörde ein. Es war erstaunlich, welcher Wandel sich durch diese intensive Beschäftigung in den Köpfen

vollzog. Neue Fragen wurden aufgeworfen und konnten beantwortet werden: Wie individuell muss man jeden Fall behandeln? Wie diffizil ist die Problematik der IMs? Welche gesetzlichen Schwierigkeiten ergeben sich? Nach meiner und der Einschätzung der Schüler ist diese Arbeit des direkten Herangehens an die Probleme über Quellenstudium von unschätzbarem Wert. Wir sammelten Fakten und Erfahrungen und weiteten unseren Blick. Anschließend besuchten wir die Außenstelle der Gauck-Behörde hier in Halle. Herr Dr. Löhn führte uns durch die Ausstellung, hielt einen Vortrag und wir durften wesentliche Informationen und auch Material für die eigene Präsentation mitnehmen. Zwischendurch nahm ich Kontakt zu Frau Ahrberg auf und bestätigte uns die Nützlichkeit unserer Arbeit. Auch ihre Unterstützung hat uns immer wieder vorangetrieben, denn geplant war eigentlich nur der Rahmen des Unterrichts, aber die Dimensionen überschritten bald seine engen Grenzen bei weitem, vor allem zeitlich.

Am 7. März dieses Jahres luden wir unseren Ministerpräsidenten zum Gespräch ein, da er Vizepräsident der letzten Volkskammer der DDR gewesen war und damit ein wichtiger Zeitzeuge für uns. Einigen Kongressteilnehmern liegt der Artikel der FAZ über dieses Treffen vor. Meine Schüler und ich schätzten Vortrag, Gespräch und Diskussion mit Herrn Dr. Höppner als interessant und aufschlussreich ein. Er präsentierte sich natürlich, wandte sich den Jugendlichen und den von ihnen aufgeworfenen Fragen und Problemen offen zu. Uns, die wir uns intensiv mit DDR, Staatssicherheit und Wende auseinandergesetzt hatten, fiel jedoch auf, dass der Ministerpräsident z. B. die Rolle und Bedeutung von IM-Tätigkeit und Staatssicherheit insgesamt etwas herunterspielte. Seine persönlichen Intentionen standen nach unserer Beobachtung im Widerspruch zur Verantwortung, die ihm als Person des öffentlichen Lebens bei der Behandlung von Spezifika der DDR-Diktatur obliegt.

Unseren regionalgeschichtlichen Forschungen gaben die Veranstaltungen mit überregionalen Politikern und Wissenschaftlern zusätzliches Verständnis, tiefere Einsichten und einen Rahmen. Schließlich gingen wir dann daran, Material, welches wir gesammelt hatten, Aufzeichnungen von Interviews und Akteneinsichten, die uns gewährt worden waren, zu ordnen und zusammenzustellen. So konnten wir Ende März d. J. eine sehr umfangreichen Ausstellung in der Aula der Schule eröffnen. Vertreter des offiziellen Lebens der Stadt, unsere Gesprächspartner und Referenten, sowie ein Mitarbeiter von Frau Ahrberg waren unserer Einladung gefolgt. Es war wichtig für uns, die Presse und Politik der Stadt und damit die Öffentlichkeit Dessaus nach über

zehn Jahren wieder für ihre friedliche Revolution von 1989/1990 zu interessieren. Wir haben es geschafft, die Ereignisse jenes Jahres in die Köpfe zurückzuholen und erfuhren z. B. vom ersten Nachwendebürgermeister Dessaus, wie spannend es für ihn war, im Zuge unseres Projektes wieder nachzustöbern, und sich zu fragen, wie das denn damals eigentlich war. Hiermit komme ich zu einem wichtigen Anliegen, das mich als Lehrer betrifft: Geschichte wurde für Schüler nachvollziehbar, erlebbar. Es bewährte sich für sämtliche Teilnehmer des Kurses der Grundsatz, dass man am Besten begreift und versteht, womit man sich selbst beschäftigt. Und so kamen meine Schüler durch die eigene Tätigkeit zu wesentlichen Erkenntnissen und erweiterten ihre Fähigkeiten stark. Sie hatten Material zu sichten und zu vergleichen, so objektiv wie möglich zu beurteilen, verschiedene Sichtweisen anzunehmen, zu werten, zu diskutieren, zusammenzufassen etc. Ich denke, dieses Projekt bot eine gute Möglichkeit geschichtliche Ereignisse in den Blickpunkt junger Leute zu rücken. Dazu sind natürlich sehr starke Partner nötig: Es wäre nicht im entferntesten möglich gewesen, ein solches Projekt durchzuführen ohne die Stiftung im Rücken, ihre finanzielle Ausstattung oder auch die Hilfe der Behörden, die uns hier in Halle, Magdeburg und Berlin mit Material unterstützten. Dahin geht mein Dank. Wir legen heute hier ein vorgefertigtes Exemplar unserer Broschüre, wie sie einmal aussehen soll, vor. Bisher enthält sie die Erfahrungsberichte der Schüler und Interviews. Mit der Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und in Zusammenarbeit mit Herrn Müller-Enbergs als Mitautor werden wir die erweiterte Ausgabe in Druck geben. Damit erhöhen wir hoffentlich die Wirksamkeit für die Öffentlichkeit weiter.

Mich drängt es, nochmals zu betonen, dass bei allen guten Ergebnissen, bei allem Stolz und aller Freude, die wir durch unsere Arbeit empfanden, dennoch eine Ausnahmesituation für die Schüler herrschte: Sie entwickelten im Verlaufe des Schuljahres großes Interesse nicht nur für die spezielle Thematik, sondern für politische und geschichtliche Fragestellungen überhaupt, sie engagierten sich außergewöhnlich und gaben einen erheblichen Teil ihrer Freizeit der bloßen Unterrichtsarbeit hinzu. Ähnliche Dimensionen kann man nicht für jedes Schuljahr und sämtliche Kurse vorsehen, dennoch sind wir auch in Zukunft, Frau Ahrberg, immer wieder aufgeschlossen für Ideen und Anstöße, die Sie der Arbeit mit Schülern geben können.

Vielen Dank!

Der Gertraudenfriedhof (Feld 39) in Halle: Vorstellung eines Gestaltungsentwurfs

Steffi Kaiser

Wettin

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte schon öfter Gelegenheit mit dem Zeitgeschichte(n) Verein hier in Halle zusammenzuarbeiten. Zuletzt bei der Erstellung der Broschüre „Spurensicherung“. In dieser Broschüre können Sie alles Wesentliche zum Thema der Torgau-Urnen nachlesen.*

Ich bin dann gefragt worden, ob ich mir Gedanken über die Gestaltung eines Gedenkortes machen – ich habe dies gern getan – und möchte Ihnen hier das Ergebnis vorstellen. Das Gräberfeld 39 auf dem Gertraudenfriedhof in Halle, wurde jahrelang vernachlässigt und befand sich dementsprechend in einem verwilderten Zustand. Jetzt wurde das Feld beräumt und man kann es in seiner äußeren Umgrenzung wieder erkennen. Und die inneren Strukturen, die Gräberfelder und Wege, sind nicht mehr sichtbar. Ich schlage vor, vom Hauptweg, einen Abzweig wieder neu anzulegen, der zu einer Stelle hinführt – eine ehemalige Wegkreuzung – an welcher sich ein alter Brunnen befindet. Diese Stelle halte ich für geeignet, einen kleinen Platz anzulegen, der geschaffen ist, einen Gedenkstein aufzunehmen. Der Stein soll so ausgerichtet werden, dass man vom Hauptweg auf diesen Platz zukommend, die Schmalseite des Gedenksteins erblickt.

Auf diesem Platz befinden sich an seinen vier Ecken Bäume, die einen guten Rahmen bilden. Zu beiden Seiten des Steines sollen Bänke aufgestellt werden. Sie werden sich heute den Platz ja noch anschauen. Der ausgewählte Stein ist ein Granit aus Südindien mit blaugrauer Färbung. Er weist eine feine Struktur auf und lässt sich gut bearbeiten. Er hat außerdem den Vorteil, dass man den durch die Bearbeitung entstehenden Farbkontrast zwischen polierten und stumpfen Stellen, erhabenen und flachen, auch bei nassem Wetter noch gut erkennen kann. Die Kanten des Steins sollen bruchrauh belassen werden, d. h. so wie er aus dem Steinbruch kommt. Die Flächen werden poliert und aus diesen werden die einzelnen Buchstaben dann mittels Sandstrahltechnik herausgearbeitet. Der Untergrund des Steines – der Hintergrund – wird abgetragen und die Buchstaben stehen erhaben (glänzend und dunkel) auf diesem helleren (stumpfen) Untergrund.

* Auf dem Gräberfeld 39 befinden sich heute Urnen von Gefangenen, die in den Jahren 1950–54 in der Strafvollzugseinrichtung Torgau verstorben sind. Welche Schicksale sich hinter den Namen der Verstorbenen verbergen, ist Teil laufender Forschung. Erste Ergebnisse werden in dieser Broschüre der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bei einer Schrifthöhe von mindestens 3 cm benötigen wir eine Textfeldfläche, die schon 1,60 m breit und ungefähr 2,60 m hoch sein wird, d. h. der gesamte Stein würde die Ausmaße von mindestens 1,70 m in der Breite und 2,70 m in der Höhe erreichen und ungefähr eine Tonne auch wiegen. Ich habe den Platz ausgemessen und denke, dass wir den Stein dort unterkriegen.

Wie sich die 120 Namen im Größenverhältnis zum Stein darstellen, zeigt diese Abbildung. Es ist gewünscht, die Personen mit ihren Vor- und Zunamen zu nennen und dem ausführlichen Geburts- und Sterbedatum, d. h. Tag, Monat und Jahr. Der ausgewählte Schrifttyp ist die „Optima“, eine 1958 von Hermann Zapf entwickelte, serifenlose Antiquaschrift, die ein harmonisches, in sich ausgewogenes Bild bietet und sich auch gut in der Technik des Sandstrahlens bearbeiten lässt.

An der Stelle, wo der neue Weg vom vorhandenen Hauptweg abzweigt, soll eine Informationstafel aufgestellt werden, die ausführlich Auskunft gibt zur Geschichte dieses Ortes und der Geschichte der Urnen. Hierzu gibt es Entwürfe. Auch der Text ist noch in Arbeit.

Wir hoffen, dass es gelingt dieses Projekt zur Ausführung zu bringen.*

* Dieser Vorschlag wurde der Stadt Halle im Anschluss an die Veranstaltung übergeben.



Entwurf, Ansicht von vorn und von der Seite

Podiumsdiskussion

„Wie lässt sich Vergangenes an heutige und zukünftige Generationen vermitteln?“

Im Folgenden soll aus Gründen der besseren Lesbarkeit nicht der ganze Wortlaut der Podiumsdiskussion wieder gegeben werden. Sie erfolgte sehr engagiert. Allen, die sich trotz der vorherzusehenden Schwierigkeiten beteiligt haben, sei an dieser Stelle gedankt. Moderiert wurde die Diskussion von Wolfgang Kusior.

Es folgt eine Zusammenfassung.

Vor der aktuellen Debatte um die Einführung einer Verfolgtenrente trat das eigentliche Thema, nämlich die Vermittlung des Vergangenen an zukünftige Generationen, zurück. Die einzelnen Beiträge zeigten jedoch, dass die Geschichte der Verfolgung nicht von dem gegenwärtigen Umgang mit den Verfolgten kommunistischer Gewaltherrschaft getrennt werden kann.

Frau Bohley eröffnete die Diskussion mit den Worten: Die Frage ist gar nicht „WIE lässt sich Vergangenes vermitteln?“, sondern „WAS wollen wir eigentlich vermitteln“. Dazu gehörten für sie auch die Signale, welche der Bundestag mit seiner Entscheidung ausgesendet hat.

Frau Birthler antwortete aus Sicht der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes: „Es ist ein Unterschied, ob künftige Generationen bei dem Stichwort DDR an Kindergarten und Vollbeschäftigung denken oder, ob sie an Mauer denken, an Verrat, an Stasi. Dieser Streit ist noch nicht entschieden. Deswegen ist es so wichtig, dass auch Wertsetzungen erfolgen.“ Dazu gehört der aktuelle Umgang mit den Verfolgten und Verletzten. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein „Beschweigen von Schuld“ und eine „mangelnde Wertschätzung der Opfer“ auch den nachfolgenden Generationen schaden werden.

Mit Beginn des Beitrages von Staatsminister Schwanitz verließ ein Teil der Kongressteilnehmer aus Protest gegen die Entscheidung des Bundestags den Raum.

Herr Schwanitz erläuterte die Entscheidung und deren Hintergründe. In diesem Zusammenhang verwies er auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches die Bundesregierung gezwungen hat, die Renten der MfS-Mitarbeiter auf den Durchschnitt der Bevölkerung anzuheben. Darüber hinaus beschrieb er die Bemühungen der SPD in der Vergangenheit, die Situation der Opfer zu verbessern. Für den Herbst 2001 stellte er eine Prüfung der Verfahren zur Anerkennung von Haftfolgeschäden, der Situation der verfolgten Schüler und der Fristverlängerung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze in Aussicht.

Diejenigen, welche den Raum verlassen hatten, kehrten nach dem Beitrag von Herrn Schwanitz zurück. Ihre Beiträge sollen als Reaktion auf die Bundestagsentscheidung und die vorhergegangene Diskussion im Wortlaut wieder gegeben werde.

Hans Schwenke

Marianne, den Schaden hat die Demokratie genommen, das hast Du völlig richtig erkannt. Den Schaden haben auch jene genommen, die Zivilcourage gezeigt haben, und es ist schwer vermittelbar, wenn selbsternannte „Anständige“ heute von Menschen Zivilcourage fordern, und zugleich jene, die sie gezeigt haben, einfach achtlos beiseite stehen lassen. Ich will auch nicht darauf eingehen, ob diese oder jene Partei all den Erfordernissen Rechnung getragen hat. Uns ist es völlig klar, dass auch die CDU- und FDP-geführten Regierungen dem nicht entsprochen haben und dass die bisherigen Unrechtsbereinigungsgesetze defizitär sind. Aber die Schere ist größer geworden seit dem Karlsruher Urteil. Die soziale Schere ist so unerträglich groß geworden, dass wir – auch ich ganz persönlich – erwartet haben, dass wenn schon eine Regierungskoalition nicht dem Vorschlag oder Gesetzentwurf einer Oppositionspartei zustimmen will, sie dann wenigstens einen eigenen einbringt.

Ich bitte einfach um Verständnis dafür, dass hier jene, die sich düpiert und brüskiert fühlen – und zurecht brüskiert fühlen! – dass sie den Saal verlassen haben bei der Nennung des Namens und nachdem ein Vertreter dieser Regierung, nachdem Staatsminister Schwanitz das Wort ergriffen hat. Das ist einfach mal Protest. Der musste auch gezeigt werden. Und es wird bei dem einen nicht bleiben. Ich habe gestern Abend hier schon kund getan: Vertreter der beiden größten Verbände, der VOS und des BSV haben als Antwort darauf, auf diesen – wie wir ihn sehen – schwarzen Tag der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung, gesagt: Wir werden alles tun, diese beiden Verbände zu einen, um dann etwas massiver unsere Forderungen gegenüber Politik und Regierung zu artikulieren und um uns auch in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Das war's.

Bernd Stichler

VOS Landesverband Berlin-Brandenburg

Sehr geehrter Herr Schwanitz, gehen wir mal davon aus, dass der allergrößte Teil, die von Ihnen angeführte finanzielle Begründung für Ihre Entscheidung nicht akzeptiert und damit wollen wir es belassen. Eine andere Frage wäre, sozusagen eine Grundsatzfrage: Wäre es denkbar, dass bei dieser Entscheidungsfindung im Bundestag bei einem nicht unerheblichen Teil Ihrer Partei ebenso wie bei den Grünen eine sogenannte geistige Verwandtschaft mit den Genossen der SED hier eine Rolle gespielt hat?

Margret Hatzius

Travemünde

Mein Name ist Margret Hatzius. Ich bin ein ganz normales DDR-Opfer und finde es traurig, dass wir zehn Jahre nach der Einheit immer noch über das Geld reden müssen. Leider ist die Situation so, dass die meisten von uns von Sozialhilfe leben müssen, weil sie in der DDR inhaftiert oder um ihre Berufschancen gebracht wurden. Sie, Herr Schwanitz, möchte ich fragen, was meinen Sie eigentlich mit dem Begriff „Ehrentension“, die es mit Ihnen nicht geben wird – das ist ja auch ein komischer Ausdruck. Es geht doch offenbar allen, die in der DDR gelitten haben und krank geworden sind, um eine Rente, mit der sie unbesorgt ihr Leben bestreiten können.

Marietta Jablonski

Hannover

Mein Name ist Marietta Jablonski, ich habe wegen Staatsfeindlicher Hetze gesessen. Meine Frage: Was verstehen sie unter einer Durchschnittsrente? Das Renten-Urteil ist noch nicht lange her. Ich habe gelesen, dass Margot Honecker 40.000 DM nachgezahlt bekommt? Ich weiß nicht, was Sie unter einer Durchschnittsrente verstehen? 800 DM bis 1.000 DM, ein Betrag, den die meisten Bürger erhalten? Zum Beispiel Frauen, die Kinder großgezogen haben, die von morgens bis abends an der Kasse gesessen haben oder Verkäuferinnen. Was verstehen Sie unter Durchschnittsrente? Wenn ich an meinen Vernehmer denke, Major. Die MfS-Mitarbeiter haben zwar tolle Titel, aber können weder richtig lesen, noch richtig schreiben. Sie haben einen Dr.-jur.-Titel, aber schreiben die Juristische Hochschule mit „ou“. Ich weiß nicht, was ein Major und ähnliche Leute an Rente erhalten. Auf jeden Fall haben sie nicht das Bildungsniveau, das ihrem Titel entspricht. Während bei uns eine Einzelfallprüfung stattfindet, kann man das diesen Leuten natürlich nicht zumuten. Was verstehen Sie unter einer Durchschnittsrente: 3.000 DM oder 4.000 DM?

Harald Strunz

VOS Bundesvorsitzender

Als Sprecher des Zentralrats kommunistisch Verfolgter Deutschlands und Bundesvorsitzender des VOS erkläre ich Ihnen Herr Staatsminister: Es ist etwas faul im Staate Dänemark, sagt der große englische Dichter. Es ist vieles falsch und fehl im Staat der Bundesrepublik Deutschland und ich konzentriere mich auf zwei Punkte. Der erste wurde gestern hier schon erwähnt: Die gesamte innenpolitische Richtung hin zu einer linken Republik und zu

dem Bündnis mit denen, die die furchtbarsten Verbrechen und Begünstigungen dieser Verbrechen auf sich geladen haben – eine uns unerträgliche Entwicklung.

Diese Vorwürfe richten sich, wie ich ganz offen sage, am wenigsten gegen Sie, sondern gegen die Regierung, gegen den Bundeskanzler und gegen diejenigen, die zu dieser Richtung stehen. Dies hat absolut nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern nur mit der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie. Der Bundestagspräsident spricht immer wieder von rechter Gewalt. Es gibt keine rechte Gewalt, sondern nur rechtsextreme Gewalt, ebenso wie es keine linke Gewalt, sondern nur linksextreme Gewalt gibt. Die parlamentarische Demokratie ist keine linke Republik, sondern eben eine parlamentarische, in der die rechte Seite, die Mitte und die linke Seite ihren Platz haben. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac ist ein Rechter und damit ein hervorragender Demokrat. Der jetzige amerikanische Präsident George Bush ist ein Rechter, kein Linker und deswegen ein hervorragender Demokrat. Dass die Bundesregierung und Länderregierungen jetzt Bündnisse mit einer linksextremen Partei eingehen, ist uns absolut unerträglich, unfassbar zehn Jahre nach dem Mauerfall.

Die PDS ist ebenso gründlich zu verurteilen wie die NPD und andere rechts-extreme Positionen, gegen die wir uns gleichermaßen wehren. Die jüdischen Opfer sind nicht nur von Rechtsextremen verfolgt worden, sondern auch von Linksextremen. Wie gestern schon erwähnt, wurde der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins nach dem Kriege, Erich Nehlhans, in Sachsenhausen oder Moskau, wir wissen es bis heute nicht, umgebracht von Linksextremen, von Kommunisten. Die alten Kader bestimmen die Linie dieser Partei weiterhin. Immer mehr hören wir, dass sie im Hintergrund die Strippen ziehen und die Bolschewisierung, die Sozialisierung, oder wie sie es nennen wollen, ganz Deutschlands, nicht nur der ehemaligen DDR, jetzt über den Weg über die Bundesregierung oder einer folgenden Regierung erreichen wollen. Ich komme zu dem zweiten Punkt,

Gut, mein ganzer Beitrag dauert vermutlich fünf Minuten, jetzt folgen noch zwei Minuten. Was Sie, Herr Staatsminister, über die Finanzierung vorbringen, ist sicherlich im Auftrag des Bundesfinanzministers gesagt, dennoch ganz unglaubwürdig. Die Zinsen allein der UMTS-Milliarden betragen bereits 5 Milliarden DM. Der Vorgänger des jetzigen Bundesfinanzministers hat unsäglicherweise die Gewinne aus den Grenzgrundstücken eingesackt, was ihm überhaupt nicht zustand. Der jetzige Finanzminister muss sie wieder herausgeben. Der Staat verzeichnet viele Einnahmen, die einfach von Privatvermögen stammen – ebenfalls in einem Rechtsstaat unerträglich, der auf solche Weise beschädigt wird.

Studieren Sie bitte weiterhin den Bericht des Bundesrechnungshofes von 1999: 80 Milliarden DM Verschwendung auf Bundesebene. Nach Berichten der Landesrechnungshöfe wurden im selben Jahr Hunderte von Millionen DM hinausgefeuert. Abseits dieser Berichte der Rechnungshöfe wird viel Geld verschwendet, wobei ich aus Zeitgründen auf Beispiele verzichte, so unerträglich die Zustände in unseren Augen sind. Und nun sagen sie bitte etwas gegen meinen Schlusssatz, obwohl es ihnen nicht gelingen wird: Wir betrachten die Ablehnung einer Ehrenpension und vor allem die Behauptung, es sei kein Geld da, als einen Ausdruck der Geringschätzung uns gegenüber; denn niemandem gegenüber, auch nicht den nationalsozialistisch Verfolgten, mit denen wir uns solidarisch fühlen, wird eine solche Rede gebraucht, auch nicht gegenüber den Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Terrors. Wo bleiben denn **unsere** Zwangsarbeiter? Diese politische Geringschätzung passt zu dem politischen Willen, sich mit den linksextremen Kräften zu verbinden. Das können wir nicht ertragen.

Klaus-Dieter Krause

Recht§druck e. V.

Mein Name ist Klaus-Dirk Krause. Ich bin wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt worden. Ich möchte mal darauf eingehen, was das Thema bisher war, und zwar: Wie vermitteln? – Wie sollen wir das vermitteln oder was sollen wir vermitteln. Eins ist doch klar, unsere Sache war, es Widerstand gegen ein bestehendes System zu leisten, aber das nicht mit dem letztendlichen Ziel es zu überwinden. Und ich denke einfach: Es entsteht die Frage, ob wir nicht Widerstand leisten müssen gegen ein bestehendes System, um es zu überwinden. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Petra Morawe

Wir haben hier gestern in Halle, daran können wir uns alle gut erinnern, eine rechte Demonstration erlebt. Parallel dazu hatten das Bürgermeisteramt und alle anderen Kräfte in der Stadt die Bürger aufgerufen eine Gegendemonstration durchzuführen. Es gab Übergriffe, wie wir aus den Nachrichten wissen. Es sind Polizisten verletzt worden. Das ist die Situation, die wir gestern erlebt haben. Vor dem Hintergrund unserer Debatte frage ich mich, welchen Schaden richten solche Entscheidungen wie am Donnerstag an, was bedeuten sie für die Demokratie. Gucke ich hier aus dem Fenster und nehme die Dinge, die vor meiner Nase sind. Da steht ein Altneubau und ich frage mich, wie kommt diese Entscheidung bei den Familien in diesen kleinen Wohnungen an? Es ist doch letztlich so, dass die schweigende Mehrheit, das wissen wir aus der Zeit vor 1945, und das ist noch ganz lebendig in uns, dass diese schweigende Mehrheit das Zünglein oder besser die große Zun-

ge an der Waage ist, wenn es darum geht, Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Als wir vom Dorint-Hotel hier rüber gingen, kam ein Pulk junger Männer diesen Boulevard entlang. Den Unterschied zu den Rechten habe ich gar nicht wahrnehmen können. Erst als sie vor mir standen, sah ich, dass es Fußballfans waren. Ich frage mich, ist den politisch Verantwortlichen überhaupt klar, wenn sie solche Fragen debattieren, bedenken, abwägen und gucken, ob im Haushalt noch ein bisschen Geld in der Ecke liegt, ist ihnen eigentlich klar, um was es hier geht und welche Dimension ihre Entscheidung hat? Ich meine, es geht hier nicht nur um die Knete. Es geht nicht nur darum, eine Rente für jemanden zu beschließen, sondern zu schauen, wie sich die politischen Gewichte in der Gesellschaft verlagern. Hier geht es nicht nur um Knete. Hinter dem Rausgehen, dem Protest steht die große Angst, die Befürchtung, dass die Politiker diese Waage, die Gewichtung ihrer Entscheidungen nicht mehr im Blick haben.

Und ich denke an unsere ausländischen Gäste, die hier am Kongress teilnehmen. Sie kommen aus Weißrussland, aus der Ukraine und aus Rumänien und haben es ungleich schwerer als wir. Aber welche Impulse nehmen sie jetzt mit? Wie stellen wir uns vor Herrn Putin und sprechen über Menschenrechte oder fragen ihn, wie es bei ihnen damit steht. Wir reden über europäische Integration und entscheiden symbolisch und de facto, dass es den Tätern, den Verantwortlichen, den Mitläufern und denen, die sich irgendwie ein bisschen mit dem System arrangierten wesentlich besser geht als den Opfern, jedoch die ideellen Sieger der Geschichte sitzen hier im Saal. Das sind die Sieger, die haben sich durchgesetzt, sie haben mit bewirkt, dass wir in einer Demokratie leben.

Wenn wir über einen Bildungsauftrag im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur reden, dann ist dieses Unrechtsverhältnis nicht kommunizierbar. Die Politiker haben aus meiner Sicht dafür den Blick verloren. Da nutzt auch keine große Demonstration in Berlin als Aufstand der Anständigen. Zu denen kann ich dann auch nicht mehr gehören. Die Kluft ist zu groß.

Edwin Franz

VOS

Herr Staatsminister Schwanitz, mein Name ist Edwin Franz. Ich bin Opfer, Geschädigter. Ich freue mich, dass ich eingeladen wurde zu dieser Veranstaltung. Ich war nicht lange in Haft. Ich war nur neuneinhalb Jahre bei dem Ministerium für Staatssicherheit in Haft. Wissen Sie, was es bedeutet, einen Tag in Haft zu sein? Waren Sie einen Tag in Haft oder neuneinhalb Jahre. Auch alle anderen Anwesenden, die das noch nicht durchgemacht haben, Herr Staatsminister, uns geht es nicht um Geld. Diese neuneinhalb Jahre machen mich nicht gesund. Ich bin lungenkrank. Man hat mir gesagt, ich

habe Krebs. Ich weiß nicht, wie lange ich noch hier stehen darf. In diesem Land. Wir haben die Voraussetzungen 1959 in der Zeit des heißen Krieges/kalten Krieges – aber es war ein heißer –, politisch haben wir die Voraussetzung im Graben gebracht, damit alle anderen 1970, 1980 über uns gehen konnten, um heute eine Demokratie im Land zu haben, wie wir sie uns gedacht und gewünscht haben. Ich betone, uns geht es nicht um Geld. Ich finde es verwerflich, wenn auch heute wieder vor einer ca. einer halben Stunde gesagt wurde: Ja damals die CDU. – Herr Staatsminister, wir leben heute, nicht vor zehn Jahren, egal was die CDU, wie auch immer, vermasselt hat. Mein Landsmann, Theo Waigel, ist bestimmt nicht mein Freund. Ich weiß, was für Gelder eingestrichen wurden. Ich bitte Sie mal darauf Rücksicht zu nehmen, wie viel Leute sind seit 1990 – Opfer, Geschädigte – gestorben bis heute. Wie viel sollen noch sterben, bis wir die Minimalgrenze haben, dass wir vernünftig in diesem Lande leben können, genau wie jeder andere. Ich bedanke mich.

Siegfried Jablonski

Hannover

Mein Name ist Siegfried Jablonski, Hannover. Ich möchte Ihnen etwas nach Berlin mit auf den Weg geben. Sie haben mit Ihrer Entscheidung der Integration das linke System stabilisiert. Ehemalige Staatsfunktionäre der SED, des MfS haben alle heute hohe Ämter, höher als die Rechten zur Zeit. Ich befürchte, dass wir eine neue Gesellschaftsordnung erhalten. Das ist beschissen! Ob es rote Knüppel sind oder braune, beide schmerzen. Wir gehen einen Weg, nicht gestützt durch totalitäre Systeme von rechts, sondern von links. Es wird eine andere politische Volksvertreterära eingeläutet, weil die anderen – die Linken – in unerträglichem Maße stabilisiert werden. Danke!

Helmut Schröder

Herr Minister Schwanitz. Mein Name ist Helmut Schröder. Ich komme aus Thüringen. Der Freitag war nicht nur ein schwarzer Freitag für die Opferverbände, sondern in erster Linie ein schwarzer Freitag für die Demokratie. An diesem Tag wurde diesem Personenkreis, der 40 Jahre lang für Demokratie, Liberalität und Menschenrechte gekämpft hat, eine Anerkennung ihres mutigen Kampfes verweigert. Es ist eine Verachtung und Verhöhnung dieser Menschen, die Opfer geworden sind, weil sie sich für die Werte der heutigen Gesellschaft mit Leib und Leben mit ihren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und mit ihrer Gesundheit eingesetzt und geopfert haben. Diesem Personenkreis haben Sie an diesem schwarzen Freitag den Lohn für ihre gesellschaftliche Courage – und es ist mehr gewesen, als nur Courage

– verweigert. Ich frage Sie und die Regierung – und die Regierungsparteien: Wie wollen Sie zukünftig in unserem Volk klar machen, dass die Menschen sich für die gesellschaftlichen demokratischen Belange mit ihrer Courage einsetzen sollen, wenn sie deutlich – wie an diesem schwarzen Freitag – gezeigt bekommen, dass sich das nicht lohnt, sondern sie, im Gegenteil, bestraft werden?

Ich möchte Sie bitten, dass darüber auch noch einmal nachgedacht wird, denn so wie das am schwarzen Freitag von den Regierungsparteien abgelehnt wurde, ist es ein Skandal, der so nicht bestehen bleiben darf, wenn Sie für die Zukunft Deutschlands und für die Demokratie in diesem Lande eintreten wollen. Danke.

Achim Grill

Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.

Sehr geehrter Herr Minister Schwanitz, sehr geehrtes Präsidium. Ich bin Achim Grill, Betroffener als Zwangsausgesiedelter. Wir sind schon einmal nach der Wende von der Wiedergutmachung ausgeschlossen und vertröstet worden, aber das, was sich jetzt abspielt, ist eine Missachtung der anerkannt rehabilitierten Verfolgten. Ich will nur so viel sagen, wie soll ich das verwirklichen, was hier heute auf dem Programm steht – Zivilcourage und Öffentlichkeitsarbeit an Schulen –, an Schulen oder in der eigenen Gemeinde, wenn der Bürgermeister als gewendeter SED-Mann, der heute parteilos ist, lächelt und sagt: Na bitte, was habt Ihr denn nun gehabt? Dieser Staat lässt Euch doch auch im Stich. Und Ihr seid doch selber Schuld, wie Ihr nun behandelt werdet. Es ist eine Missachtung derjenigen, die verfolgt aus dem SED-Regime hervorgegangen waren. Ich hatte eine Begegnung mit Herrn Müntefering und er hat dann öffentlich erklärt, dass auch er Verwandte und Bekannte hat, die SED-Mitglieder waren. Und er hat gar keine Berührungsängste und er hat dann erklärt, dass diese Menschen ja doch immer wieder die selben sind, die aktiv in den Kommunen sind. Er würde sich auch immer aktiv in jeder Gelegenheit einbringen. Schließlich ist das Ziel der Gesellschaft, dass sich jeder Bürger einbringt. Aber mir war die Frage nicht mehr möglich, ob er sich dann in den Parteibüros aktiviert hätte, in der ehemaligen DDR oder ob er auf der Widerstandsseite gestanden hätte? Diese Frage werde ich ihm noch schriftlich stellen. Ich kann nur appellieren, noch einmal hier: Setzen Sie nicht bloß Zeichen, sondern setzen Sie Grundlagen – diese Schiefelage der Bundesregierung oder Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Demokratie, hinsichtlich der Schwächung durch Leute, die am Schluss wieder gleichschalten, vielleicht auch Wahlkabinen abschaffen, wenn sie an der Macht die richtigen Position erlangt haben –, das zu verhindern. Das können Sie nur erreichen, wenn sie den Leuten ein Zeichen setzen, die ei-

gentlich Verfolgte der Republik, der sogenannten DDR, die sich „Demokratische Republik“ nannte, waren. Ich muss aber noch erinnern, dass Herr Hacker (MdB), der unsere Gruppierung eigentlich positiv begleitet hat – auch wir hatten uns in einer Anhörung in diesem Zusammenhang in Berlin mit engagiert – damals gesagt hat, die Zeit der Sonntagsreden, Sonntagsklärungen und Lippenbekenntnisse gegenüber den Opfern muss endlich ein Ende haben. Aber Sie verlängern diese Lippenbekenntnisse bzw. wandeln das ja sogar um in Kontrapunkte. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Günther Großmann

Berlin

Ganz kurz, mein Name ist Großmann. Ich wohne und komme aus Berlin. Bin dort Berufsschullehrer am Oberstufenzentrum Kfz-Technik in Charlottenburg.

Nun ganz kurz zu unserer eigentlichen Problematik. Wir sprechen so viel darüber, wie bringen wir das unserer Jugend herüber! Ich muss im Moment sagen – überhaupt nicht, weil die Lehrpläne, welche die Kultusminister beschlossen haben, diesen Abschnitt der Vergangenheitsbewältigung nicht vorgesehen haben, und auch kein einziges Wort darüber in der Literatur erscheint. Ich unterrichte z. Z. – am Ende meines Berufslebens – nur noch Sozialkunde und die dazugehörige Politik. Ich habe festgestellt, dass ich an unserem OSZ z. Z. der einzige Lehrer bin, der dafür eintritt, die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen mit seinen Schülern zu besuchen. Diese verlangen es sogar persönlich von mir und sagen: Machen Sie doch bitte einen Plan, dass wir dorthin gehen können – dort bin ich selbst Zeitzeuge. Ich mache das so, dass diese spezielle Sache – die Verfolger, die Vernichtung von Menschen in der ehemaligen DDR – so herübergebracht wird.

Der Lehrplan und die Lehrbücher – Herr Schwanitz, Sie sprachen davon – zeigen ganz deutlich, dass die DDR in den Lehrbüchern einfach als normaler Staat dargestellt wird, gar nicht als der, der die Menschen eingesperrt hat, so wie wir hier alle sitzen. Diese DDR wird auch noch in den Lehrbüchern mit „Demokratisch“ bezeichnet – Deutsche Demokratische Republik. Und ich sage Ihnen folgendes: Eine der bittersten Erfahrungen machte ich in der Siemens-Werks-Berufsschule. Ich habe auf Honorarbasis dort den Ost-West-Konflikt angefangen zu unterrichten, als ein dortiger Berufsschullehrer zu mir kam und zu mir sagte, ich solle damit aufhören, weil ich ihm das schöne Bild der DDR bei seinen Lehrlingen kaputt mache. Da habe ich mich gefragt: Wo bist du denn hier eigentlich? In einem Siemens-Werk, wo die Schule direkt bei Siemens drin ist. Wir wissen das doch als Berliner. Und da stellt man sich vor und sagt, das ist die schöne DDR. Wir haben lauter Gefängnisse um uns, die sind aber angeblich gar nicht da, die werden den Menschen überhaupt nicht vermittelt und schon gar nicht unserer heutigen Generation.

Und als letztes will dazu ich sagen, welchen Konflikt ich habe, nein Konflikt nicht, welche Kraft ich aufbringen muss, um diese Besuche in der Gedenkstätte durchführen zu können. Ich habe Lehrlinge – oder Auszubildende, sagt man ja, Azubi, ein blöder Name, wer den erfunden hat, der muss auch nicht normal gewesen sein, Lehrlinge ist würdig –, ich habe Lehrlinge, die kommen aus Ostberlin, die kommen aus Hohenschönhausen und die kommen genau daher, wo die Eltern als Stasi-Offiziere heute noch wohnen. Und dann habe ich die Westberliner, die überhaupt nicht begreifen konnten, weil die Eltern so viel Geld haben, dass sie ohne Probleme durch die Welt fahren konnten. Und dieser Konflikt sitzt gemischt in der Klasse! Die einen sagen zu mir: Warum hat man Sie denn nicht gleich umgebracht, dann wären Sie gar nicht mehr hier bei uns. Dann brauchten wir uns nicht mit Ihrem Blödsinn zu befassen. Aber da ich ja nun Großmann heiße, ist das kein Problem, damit kann ich umgehen – aber die Kraft dazu! Die Lehrpläne müssen ... – und das an Sie, die Sie Einfluss haben –, Sie müssen versuchen, dass die Kultusminister gezwungen werden, dass dieser Lehrplan und die Lehrbücher zu dieser Sache verändert oder erweitert werden, dass dort reinkommt: wie ist man dann mit diesem Menschen, wie wir es sind, umgegangen? Sonst brauchten wir doch hier nicht zu sitzen. Die Generation, die da draußen mit dem Reichtum ankommt – mit Lehrlingen mit einem BMW –, na glauben Sie denn, alle wie wir hier sitzen, dass die sich jemals um uns kümmern? Das muss man denen beibringen.

Hans Schwenke

Ja, das mag alles sein. Dennoch, Herr Schwanitz, der Begriff „Ehrenpension“ ist in Gesprächen mit Mitgliedern ihrer Fraktion geboren worden. Frau Margot von Renesse hat uns diesen Begriff im Grunde genommen nahegelegt. Sie hat gesagt, es passe nicht ins Rentenrecht, da müsse etwas anderes her. Und sie kam dann auf den Begriff „Ehrensold“. Da haben wir gesagt: Also, Sold ist nun doch nicht das Rechte. Und so kam es dann zu dem Begriff „Ehrenpension“. Wir können uns über Begriffe streiten, wie wir wollen, das tut nichts zur Sache. Entscheidend sind zwei Dinge: Die Opfer dürfen nicht schlechter gestellt werden, als die Täter und es darf nicht Opfer erster und zweiter Klasse geben.

Ich möchte noch einmal auf eines aus meiner Sicht hinweisen: Wir reden über den Symbolwert von Politik. Ich meine, der Symbolwert von Politik wird immer größer. Politik funktioniert in der Übertragung fast nur noch über Symbole. Wieso hatten Sie z. B. diese zwei hochbrisanten Themen an einem Tag in der Verhandlung. Wer damit rechnet, dass er es mit Wählerpotential zu tun hat – und das machen Politiker meistens –, der würde so einen Idiotismus niemals machen, wenn er meint, es gehe um ein **ernsthafte** Wählerpotential. Das ist

der Punkt, an dem mir deutlich geworden ist: Sie sind nicht nur in der Debatte wenig emphatisch, Sie sind auch ... es ist etwas wie Dreck aus Ihrer Sicht.

Wir behandeln ein Thema, das also zu einem Wahlerfolg beiträgt oder nicht. Fußballmannschaften, die ein schlechtes Spiel gemacht haben, sehen sich das Spiel noch einmal an. Ich hoffe, das machen alle Fraktionen auch. Dann werden sie feststellen, dass sie in einen ordinären, parteipolitischen Schlagabtausch verfallen sind. In diesem Schlagabtausch kam von den hier Anwesenden niemand vor. Diese Gesellschaft muss sich damit beschäftigen, dass ihre politischen Eliten weit entfernt sind von einem antitotalitären Konsens. Das ist eine Aufgabe, eine Bildungsaufgabe, die nicht nur an die Schulen adressiert ist, sondern auch an unsere politische Klasse.

Alexander W. Bauersfeld

Ich fordere den Rücktritt von Staatsminister Schwanitz und fordere den Bundeskanzler auf, dass er die Sache der Opfer der DDR und der SBZ-Diktatur zur Chefsache macht.

Hildigund Neubert

Ich möchte vor allem Marianne Birthler und Herrn Schwanitz anfragen. Wir haben mit diesem Gesetz jetzt auch ein verfassungsphilosophisches Problem. In der DDR gab es nur ein demokratisches Parlament. Es gab keine demokratisch bestimmte Verfassung und deswegen haben die Gesetze, die dieses einzige demokratische Parlament verabschiedet hat, ein besonderes Gewicht. Dazu gehörte die Kürzung der Staatsnahenrenten. Es stand dahinter ein bestimmter politischer Wille, der aus der friedlichen Revolution, auf die sich das vereinte Deutschland gründet, hervorging und dieser politischer Wille wird jetzt verneint. Auch das Bundesverfassungsgericht verdankt den Zuwachs des Verfügungsbereiches um das Gebiet der DDR dieser friedlichen Revolution, diesem politischen Willen und es hat dagegen verstoßen.

Das ist ein rechtsphilosophisches Problem, was wir nicht werden auflösen können. Aber der deutsche Bundestag lässt sich vom Bundesverfassungsgericht nötigen, das inzwischen auch schon viele problematische Entscheidungen gefällt hat, politisch zu handeln. Es gibt viele Bundesverfassungsgerichtsurteile, die nie umgesetzt wurden. Ich erinnere an die vielen Urteile zu Familienfragen, die 10, 20 Jahre auf ihre Umsetzung warten mussten. Und hier wird eine große Eile an den Tag gelegt und viel Geld verschenkt.

Ebenso wichtig ist der Umgang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, das wir hüten müssen, das wir weiter brauchen, das wir sorgfältig behandeln müssen. Es geht um die Erbschaft der friedlichen Revolution, und die müssen wir pflegen.

DIE ZIVILCOURAGE

Die mitteldeutschen Industriegebiete um Halle gehörten zu den aktivsten Zentren des Juni-Aufstandes in der DDR. Am 17. und 18. Juni 1953 demonstrierten hier etwa 160 000 Menschen gegen die Politik der SED. In Halle kam es noch bis zum 19. Juni zu Streiks und Kundgebungen. Erst nach einer zweiten Welle lokaler Streiks im Juli wurde der Widerstand endgültig gebrochen.

Die wichtigsten Forderungen, denen mit einer Generalstreikdrohung Nachdruck verliehen wurde, waren: „Rücktritt der Regierung“, „Freilassung aller politischen Gefangenen“, „Freie Wahlen zur Herstellung der deutschen Einheit“, „Abschaffung der neuen Arbeitsnormen“, „Senkung der Preise in den HO-Geschäften“.

Der 17. Juni 1953

Das am Vortage in Berlin gegebene Signal zum Generalstreik hat sich inzwischen über das gesamte Land verbreitet. In Halle lösen die Ammendorfer Waggonbauer (damals **LOWA**) im Süden der Stadt die Streik- und Protestwelle aus. Ihrem Marsch in Richtung Stadtmitte schließen sich Belegschaften am Wege liegender Betriebe, Personal der **Poliklinik Süd** und Menschen aus anderen Bevölkerungskreisen an.

Ca. 8 000 Demonstranten erreichen gegen 12 Uhr den **Thälmann-Platz** (heute Riebeck-Platz) ⁽⁴⁸⁾.

Eine Gruppe junger Arbeiter versucht in das „weiße Haus“, den Sitz der **SED-Stadtleitung** einzudringen. Mit Pistolenschüssen werden sie vom Wachschutz vertrieben.

Ca. 30 Personen dringen in das **Gerichtsgebäude** am Hansering ⁽⁴⁰⁾ ein und befreien einen gerade vor Gericht stehenden Angeklagten.

Die **U-Haft** Kleine Steinstraße ⁽³²⁾ wird erfolgreich belagert und alle Gefangenen befreit. Mehrere Personen werden schwer verletzt.

* Dieses Faltblatt wurde anlässlich der Veranstaltung erarbeitet und dort der Öffentlichkeit vorgestellt. An der Erarbeitung waren beteiligt:
Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale), Am Kirchtor 20a, 06108 Halle/S.
Informations- und Dokumentationszentrum in der Außenstelle Halle der BStU, Gimritzer Damm 4, 06122 Halle/S.
Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte, Gr. Ulrichstraße 51, 06108 Halle/S.
Stadtarchiv Halle, Rathausstraße 1, 06108 Halle/S.
Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemalige DDR in Sachsen-Anhalt, Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg
Die Wiedergabe des Stadtplans erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Stadtvermessungsamtes Halle (Saale); Kartengrundlage: Amtliche Stadtkarte Halle (Saale), Stadtvermessungsamt. Jede Art der Vervielfältigung bedarf der schriftlichen Genehmigung des Stadtvermessungsamtes.
(Der Stadtplan wird in der Netzversion nicht wiedergegeben)

Die **SED-Bezirksleitung** am Steintor (30) wird gestürmt und Transparente, Plakate und Propagandamaterial auf die Straße geworfen.

Im **Rat des Bezirkes** (14) werden Volkspolizisten entwaffnet und das Gebäude besetzt. Demonstranten dringen in den Sitz der **SED-Stadtbezirksleitung West** im Marktschlösschen (33) ein und werfen Akten aus den Fenstern.

Am **Reileck** (11) besetzen vier Studenten das Verkehrspostenhaus und rufen zur Demonstration um 18 Uhr auf dem Hallmarkt auf. Das gleiche geschieht über die Lautsprecher des HO-Warenhauses am **Markt** (38). Gegen 14 Uhr findet die erste Kundgebung auf dem **Hallmarkt** (34) statt. Auf dem Balkon des Umspannwerkes konstituiert sich das „Zentrale Streikkomitee“ der Stadt Halle. Zur gleichen Zeit nähern sich ca. 700 Demonstranten dem **Zuchthaus „Roter Ochse“** (18). Mit einem LKW wird das Haupttor aufgedrückt, Menschen stürmen in den Hof. Die Wachmannschaft schießt in die Menge. Vier Männer werden erschossen und weitere zum Teil schwer verletzt. Auch am Eingang **Hermannstraße** (19) werden zwei junge Männer erschossen und andere verletzt.

Gegen 18 Uhr sind ca. 60 000 Menschen auf dem **Hallmarkt** versammelt. Das Streikkomitee verkündet nochmals die Forderungen und ruft zum Generalstreik am 18. Juni auf. Die Versammelten singen das Deutschlandlied. Sowjetische Panzer rollen auf den Hallmarkt. Mit Handzetteln und Plakaten wird der Ausnahmezustand verkündet. Trotzdem formiert sich ein weiterer Demonstrationzug, der über die Leipziger Str./Thälmann-Platz/Steintor in Richtung Roter Ochse marschiert.

Hier ist schon alles abgesperrt und die Demonstranten ziehen über das Neuwerk zum Robert-Franz-Ring. Als sie das Gebäude der **Bezirksverwaltung des MfS** (24) passieren, wird von dort in die Menge geschossen. Ein junger Arbeiter wird tödlich getroffen. Die Menschen laufen in panischer Angst auseinander.

Auf dem Markt gehen Volkspolizei (VP) und Kasernierte Volkspolizei (KVP) mit Bajonetten und Gewehrkolben gegen die Menschen vor. Es kommt zu Massenverhaftungen.

Gegen 21.30 Uhr ist die Ausgangssperre in Halle durchgesetzt.

Am 18. Juni ist das Stadtzentrum von sowjetischen Panzern und KVP besetzt.

Eine junge Frau wird beim Überqueren des Marktplatzes erschossen.

Die Staatssicherheit in Halle wurde von den Ereignissen völlig überrascht. Deshalb trat das MfS am 17. Juni kaum in Erscheinung. Erst in den folgenden Wochen, bei der Ermittlung, Verhaftung und Maßregelung der Aufständischen, entwickelte die Geheimpolizei wieder ihre gewohnten Aktivitäten.

In der Stadt Halle gab es 8 Tote (Aufständische und Unbeteiligte), 22 Schwerverletzte, davon 6 Vertreter der Staatsmacht, 6 mittelschwer Verletzte, davon 3 Vertreter der Staatsmacht, 15 Leichtverletzte, davon 7 Vertreter der Staatsmacht.

Bis zum 30. Juni 1953 wurden in der Stadt Halle 151 Personen (bis zum Mai 1954 insgesamt 171) festgenommen. 76 von ihnen wurden im Zeitraum von Juli 1953 bis August 1954 vom Bezirksgericht verurteilt zu: 1 Todesstrafe; Zuchthaus 162 Jahre u. 6 Monate; Gefängnis 67 Jahre u. 10 Monate.

Nach dem 17. Juni 1953

Mit der Besetzung durch russische Panzer ging „die Straße“ als Ort für politische Willensäußerungen verloren. Von nun an herrschte hier nur noch die SED-Propaganda. Einzelne Versuche, dieses Diktat zu durchbrechen – wie Flugblattaktionen (1968 gegen die Zerschlagung des Prager Frühlings und 1976 gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann) – beantwortete die Macht mit flächendeckenden Fahndungen und Verhaftungen.

Auch an der Universität war der Widerstand gebrochen. Gab es Anfang der fünfziger Jahre noch Aktionen gegen die Zwangsvereinnahmung durch SED und FDJ – „**Wir wollen einen Studentenrat und keinen SED-Rat**“ stand an der Mauer des Hauptgebäudes (25) – verzeichnete man 1958 eine „Höchstquote an westflüchtigen Wissenschaftlern“.

Die Mehrzahl der Bürger passte sich den Verhältnissen an.

Andere wehrten sich gegen Denkverbote, Gleichschaltung und verordnetes Grau und erfanden neue Formen widerständigen Verhaltens: Es entstanden die für Halle in den nächsten Jahren typischen Gruppen und Freundeskreise.

Öffentliches Leben in privaten Wohnungen – immer am Rande der Legalität, denn was legal und was strafbar war, entschied die Staatsmacht. Gummi-Paragrafen wie „Staatsfeindliche Gruppenbildung“, „Staatsfeindliche Hetze“, „Staatsfeindliche Verbindungsaufnahme“ oder „Rowdytum“ konnten jederzeit in Anwendung kommen und wer solcherart kriminalisiert wurde, hatte keine Chance, einer Verurteilung zu entgehen.

Es bildeten sich **Lesekreise** (Friedenstr. 31 (4) und Ulestr. 15), **politische Diskussionszirkel** (Fleischerstr. 41 (21), Jägerplatz 19 (23) – (Verhaftungen 1973), Spitze 22 (35)), **Philosophiezirkel** (Senffstr. 11 und Kellnerstr. 11) (36).

1969 gründete sich der Aktionskreis Halle (AKH) in der katholischen Gemeinde Heilig Kreuz, (Gütchenstr. 21) (20) und verschickte **Rundbriefe** mit dem erklärten Ziel „in einer autoritären Kirche und einem totalitären Staat, Demokratie zu üben“.

Auch scheinbar ganz unpolitischen Aktionen, wie der ab 1973 jährlich stattfindenden „**Petersberg-Rallye**“, einer Radtour bunt kostümierter, gutgelaunter junger Leute mit vielen Kindern von der Burg Giebichenstein (2) zum Petersberg, kam – unter den Bedingungen der Diktatur – der Rang einer Demonstration freier Selbstbestimmung zu und sie wurden vom MfS wie eine politische Kundgebung beobachtet und mit heimlich gemachten Fotos und IM-Berichten dokumentiert.

Feste mit **selbstinszenierten Varietevorführungen und Versteigerungen** ersetzen fehlende öffentliche Kulturangebote (Grellstr. 2, Kirschbergweg 10, Rainstraße) (3).

1977 wurde der Erlös einer solchen Versteigerung der Familie eines im Zusammenhang mit der Biermann Ausbürgerung politisch Inhaftierten übergeben.

Künstler, deren Bilder man in öffentlichen Galerien vergeblich suchte, veranstalteten **Ausstellungen in Hinterhöfen** (Burgstr. 61) (5) oder Abrisshäusern („Feuchtraumgalerie“ Fleischerstr. 13) (22).

In den Jahren nach der Biermann-Ausbürgerung 1976 stieg auch in Halle die Zahl der **Ausreiseanträge** enorm an. Wenigen gelang die Flucht über osteuropäische Grenzen in den Westen. Viele saßen bis zum Freikauf durch die Bundesregierung im Gefängnis.

1977 begann ein Diakon im Neubaugebiet Halle-Neustadt, im Brennpunkt gravierender sozialer Probleme, mit **Offener Jugend-Sozial-Arbeit**. Beliebt bei den Jugendlichen, misstrauisch beobachtet vom Staat und der traditionellen Kirchengemeinde, organisierte er u. a. „Jugendwerkstatttage“, die sich zunehmend mit Friedens- und Umweltproblemen befassten. 1983 organisierten die Jugendlichen am Weltumweltag eine **Fahrraddemo nach Buna**. Die Teilnehmer versammelten sich an der Lutherkirche, (Damaschkestr. 100) kamen aber nur bis zum Ortsausgang Ammendorf, wo sie von der Polizei festgenommen und zu Verhören gebracht wurden.

In den 80er Jahren waren es vor allem die **Umweltprobleme im Chemiedreieck** Halle-Leuna-Bitterfeld, die zunehmende **Militarisierung der Gesellschaft**, mit Wehrkundeunterricht an den Schulen, einem neuen Kindergarten gesetz und einem neuen Wehrdienstgesetz (das die **Rekrutierung von Frauen** vorsah), **Menschenrechte** und Ausreiseproblematik, die kritische Bürgerinnen und Bürger beschäftigte und sie in frei gebildeten Gruppen zusammenführte.

Da freie Zusammenkünfte die Beteiligten der Gefahr von Strafverfolgung aussetzten und viele der Aktiven selbst Kirchenmitglieder waren, entstan-

den Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche, die allen Interessierten offenstanden:

- Frauen für den Frieden
- Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges (Mitglied bei IPPNW)
- Ökologische Arbeitsgruppe (ÖAG)
- AG Homosexualität und Kirche
- AG Menschenrechte
- Kirche von Unten
- Solidarische Kirche
- Umweltbibliothek.

Es gab Friedenswerkstätten, die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“, Klagegottesdienste, Politische Nachtgebete, „Fasten für das Leben“, Punk-Konzerte, Protestaktionen gegen Saale-Verschmutzung, gegen Asphaltierung der Heide-Wege, Lesungen, Solidaritätskonzerte, Aktionen zum Weltfriedenstag (Kinderfest am 1. 9. 83 (44) im Hof der Moritzkirche war begleitet von Verhaftungen von Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe), Weltumweltag (Aktion „Mobil ohne Auto“) und „Die BRÜCKE“, einen Stern-Marsch zum Abschluss der jährlich stattfindenden Friedensdekade, der 1987 erstmals auch mit Kerzen, Plakaten und anderen Friedenssymbolen von der Petruskirche (Kröllwitz), über die Bartholomäuskirche (Giebichenstein) und die Friedenskirche (Ludwig-Wucherer-Str. 39) zur Marktkirche zog.

Um die **Erhaltung denkmalgeschützter Bausubstanz** sorgte sich der „Arbeitskreis Innenstadt (AKI)“. In selbstorganisierten Arbeitseinsätzen sicherte eine Gruppe junger Leute mit provisorischen Mitteln vom Einsturz bedrohte Häuser und rettete dadurch einige Gebäude vor dem totalen Ruin (zum Beispiel Schmeerstr. 25, heute Sitz des AKI).

Zivilcourage bewies auch die Archivarin der Jüdischen Gemeinde, Große Märkerstr. 13 (43), als sie sich mit der Staatsmacht anlegte, indem sie das Ergebnis eigener Nachforschungen öffentlich machte: Die vom Staat eingesetzte Vorsitzende war nicht das Kind jüdischer Eltern, als dass sie sich ausgab – sie diente der SED, um nach außen die Existenz einer jüdischen Gemeinde zu demonstrieren, nach innen aber jedes eigenständige jüdische Leben zu verhindern.

Die ÖAG druckte ab 1984 das Mitteilungsblatt „**Blattwerk**“.

Gegen Ende der achtziger Jahre wurden die „**Nachtgebete**“ in der Marktkirche, später Gesundbrunnengemeinde (Diesterwegstr. 15), zu einem Treffpunkt für Ausreise-Antragsteller. Ab 1988 erschien auch eine gleichnamige selbstgedruckte Zeitung.

Nach der Zerschlagung der offenen Jugendarbeit in Halle-Neustadt, durch Verhaftung des Jugenddiakons (1983) ging diese Arbeit in der Christuskirche (Freiimfelderstr. 89) weiter, wo auch die ersten DDR-weiten **Punker-Treffen** stattfanden.

In der Georgenkirche (Glauchauer Str. 77) (45) entstand 1988 eine Basisgruppe der Kirche von Unten, die dann im Herbst 1989 mit einer **Mahnwache** zum Informationszentrum für die Öffentlichkeit wurde.

Das Jahr 1989

Der Kommunalwahl 1989 folgte – aufgrund der Differenz zwischen öffentlichen Auszählungen in Wahllokalen und dem amtlich veröffentlichten Wahlergebnis – eine **Anzeige wegen Wahlbetrug**.

Und dann drehte sich auch in Halle das Rad der Geschichte, das seit dem 17. Juni 1953 scheinbar stillgestanden hatte:

- 11. 09. 1989 Gründungsaufruf des NEUEN FORUMs
 Unterschriftensammlung für die Zulassung als politische Organisation über Kontaktadressen in privaten Wohnungen (Erstunterzeichner Marthastr. 12) (26)
- 07. 10. 1989 Festnahmen auf dem Markt und „Zuführungen“ in den Garagen der Transportpolizei-Schule
- 09. 10. 1989 „Prügel-Montag“ mit willkürlichen Festnahmen auf dem Marktplatz, 37 Zuführungen, Misshandlungen
- 10. 10. 1989 Mahnwache für die Inhaftierten auf dem Gelände der Georgenkirche
- 15. 10. 1989 Erste freie Bürgerversammlung in der Pauluskirche (12) mit der Forderung „Gewaltfreiheit für unsere Stadt“
- 16. 10. 1989 Erste große, von der Polizei unbehelligte, Montagsdemo
- 26. 10. 1989 Öffentliches Bürgerforum im Volkspark, Burgstr. 27 (7) mit 1 300 Menschen in und 7 000 vor dem Gebäude
- 05. 12. 1989 Besetzung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit

DAS VOLK HAT GESAGT
WER DAS VOLK IST
LAUT
AUF DER STRASSE
OHNE GEWALT
Jürgen Fuchs

DER MACHTAPPARAT

Haftanstalt „Roter Ochse“ (18)

Am Kirchtor 20a

1942–45: Hinrichtungsstätte

1945 bis Anfang der 50er Jahre: Gefängnis der Sowjetischen Militäradministration, Sowjetisches Militärtribunal und NKWD-Gefängnis

1952–1989: Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS und andere MfS-Abteilungen (VII, XXII), in den übrigen Gebäuden Strafvollzugseinrichtung (StVE) für Frauen

heute: Justizvollzugsanstalt und Gedenkstätte für Opfer beider Diktaturen

Untersuchungsgefängnis (32)

Kleine Steinstraße 7, später Eingang Hansering

17. Juni 1953: Befreiung aller Insassen (248 Frauen und 3 Männer – am großen Holztor in der Kleinen Steinstraße sind noch Spuren der gewaltsamen Öffnung erkennbar)

Ende 1989: erfolgreicher gewaltloser Streik der Häftlinge für bessere Haftbedingungen – Selbstorganisation – Wahl von Sprechern – neue Hausordnung gemeinsam mit Wachpersonal erarbeitet

heute: Leerstand

Jugendhaftanstalt „Jugendhaus“ Halle

Wilhelm-Busch-Straße 38 (Stadtteil „Frohe Zukunft“)

1972–1989: Jugendhaus Halle mit durchschnittlich 1 500 männlichen, zum größten Teil jugendlichen Häftlingen aus der gesamten DDR

heute: Jugendanstalt Halle

Bezirksverwaltung (BV) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

1952–1971 Robert-Franz-Ring 14–16 (24)

heute: AOK

ab 1971 Neubau am Gimritzer Damm 4 (17)

heute: Finanzamt, Martin-Luther-Universität, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Gauck-Behörde)

Kreisdienststelle (KD) des MfS

für Halle: ab 1950 Dr.-Richard-Sorge-Straße/Ecke Ludwig-Stur-Straße (28)

heute: (Luisenstraße/Ecke Ludwig-Stur-Straße) Verwaltung Saalkreis, private Nutzung, Leerstand

für Halle-Neustadt: ab 1971 Gimritzer Damm 4 (17)

heute: Martin-Luther-Universität, Deutsches Rotes Kreuz

Sowjetische Kommandantur

bis 1992 Ludwig-Stur-Straße (28) Villen aus jüdischem Besitz

heute: Leerstand

Sowjetische Kaserne an der Dölauer Heide

vorher: Luftwaffenschule der Wehrmacht und Nervenklinik
heute: Martin-Luther-Universität, Existenzgründerzentren, Wohnungsbau

Garnison der Sowjetischen Streitkräfte in Wörlitz

heute: Deutsche Telekom, Wohnungsbau, Leerstand

Kasernen der Nationalen Volksarmee (NVA)

Reilstraße, heute: Arbeitsamt (8)
Heide-Nord, heute: Bundeswehr-Kaserne „Dorothea-von-Erxleben“
Leninallee, heute (An der Fliederwegkaserne): Landesbehörden
Paracelsusstraße, heute: Landesversicherungsanstalt (13)

Wehrbezirkskommando (10)

Maxim-Gorki-Straße 5–7, heute: Amt für Versorgung und Soziales

Wehrkreiskommando

für Halle: Albert-Schweitzer-Straße 40 (9), heute: Kreiswehrrersatzamt
für Halle-Neustadt: Adolf-Menzel-Straße 4, heute: Wohnungsbau

Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP)

Dessauer Straße 70, heute: Regierungspräsidium

Volkspolizeikreisamt (VPKA) (37)

Dreyhauptstr. 2 (am Hallmarkt), heute: Polizeidirektion

Polizei-Reviere, darunter besonders berüchtigt für „Zuführungen“ zum MfS:

für Halle: Ludwig-Stur-Straße 4 (29), heute: Polizei-Revier Mitte

für Halle-Neustadt: An der Feuerwache 5

heute: Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Rat des Bezirkes (14)

Willy-Lohmann-Straße 7, am 17. Juni 1953 gestürmt, heute: Regierungspräsidium

Rat der Stadt (39), Marktplatz, heute: Rathaus

Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

ab 1946 Am Steintor 14–16 („Haus der Einheit“) (30)

17. Juni 1953: von den Aufständischen besetzt

danach **Bezirksvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)**, heute: Leerstand

ab 60er Jahre Leninallee 70 (49)

wegen eines für damalige Verhältnisse (Ende 70er Jahre) luxuriösen Anbaus „Cafe Böhme“ genannt (Achim Böhme: Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED)

1989: Ziel der Montagsdemonstranten („Böhme komm raus!“)

heute (Merseburger Straße 41): Kongress-Zentrum

SED-Stadtbezirksleitung-West

17. Juni 1953: im Marktschlösschen (33) von Demonstranten besetzt
heute: Galerie und Büros

Bezirksvorstand der Nationalen Front (27)

Joliot-Curie-Platz 27/28, heute: Haus der Fraktionen des Stadtrats

Tribüne zum 1. Mai (42)

Terrasse des „Klubs der Anlagenbauer“ des VEB Starkstromanlagenbau Leninallee, heute (Magdeburger Straße): umgebaut als Parkhaus

Gertraudfriedhof (50)

Landrain 25 (im Gräberfeld 39 wurden über hundert in Torgau verstorbene Häftlinge anonym verscharrt), heute: Gedenk-Ort

Bergschänke (1), Kröllwitzer Straße

1945: Auffanglager für befreite KZ-Häftlinge (am 30. 6. 45 teilte der für die Betreuung zuständige Leiter des „Antifaschistischen Blocks“ den jüdischen Häftlingen mit, sie seien hier unerwünscht, da sie „keine politischen Gefangenen“, sondern „nur wegen ihres religiösen Bekenntnisses“ inhaftiert worden seien), heute: Ausflugslokal

Pionierhaus (16), Peißnitzinsel, heute: Leerstand

Fahnenmonument (31) „Flamme der Revolution“, Hansering
großräumige Anlage, genutzt für NVA-Vereidigungen u. a. Aufmärsche ab November 1989: Ziel der Montags-Demonstranten (hier konnte eine Lautsprecheranlage installiert werden)

Silvesteraktion 1989: symbolisches Bewerfen der „Roten Fahne“ mit bunten Farbeiern (Spuren noch heute sichtbar)

heute: als Denkmal durch Stadtratsbeschluss erhalten, Anlage überbaut durch Gebäude der Deutschen Telekom und Tiefgarage

Fäuste (47) „Monument der revolutionären Arbeiterbewegung“

Thälmannplatz (heute Riebeckplatz)

1999: Ergänzung der Jahreszahlen 1953 (für den 17. Juni), 1961 (für den Mauerbau am 13. August), 1989 (friedliche Revolution) und 1990 (Deutsche Einheit) von halleschen Bürgern in Eigeninitiative

Der kleine Trompeter (6), Fritz-Weineck-Ufer (heute Rive-Ufer)

Denkmal für die Propagandageschichte des Fritz Wineck, genutzt für Vereidigungen der Pionierorganisation, befindet sich heute im Museum für Stadtgeschichte

Ernst-Thälmann-Denkmal (46), Voßstraße

Denkmal des „Helden der Sowjetunion“ Alexander Matrossow (41)

im Lenin-Park (heute Stadtpark), befindet sich heute auf dem Südfriedhof
